Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. April 1978
Jg. 6 Nr. 15

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Schluß mit den Erpressungsmanövern der beiden Supermächte gegen die Völker der Welt!

Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! Raus aus der NATO!
Friedensvertrag zur Anerkennung der Souveränität beider deutscher Staaten!

Von all den geschäftigen Reiseaktivitäten, Konferenzen und Gesprächen auf der Ebene der Regierungen der westlichen Imperialisten war der Blitzbesuch Genschers in Washington Mitte letzter Woche der geheimnisvollste. Angeblich, um Carter „umzustimmen" in bezug auf seine überraschende Ablehnung in der Frage der Stationierung der Neutronenbombe, war der Bundesaußenminister von seinem Kanzler auf die Reise geschickt worden. Verteidigungsminister Apel wollte letzten Donnerstag nichts Genaues sagen über den Inhalt der Gespräche Genschers mit Carter. Anders dagegen die westdeutschen Presseorgane, die sich seit diesem Besuch ins Zeug werfen, um die „Gefahren von Carters Entscheidung für die NATO und die Sicherheit des Westens" zu betonen.

In den letzten Wochen hatte es den Anschein, als ob die Frage von Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe wie eine heiße Kartoffel zwischen den US-Imperialisten und ihren NATO-„Verbündeten" hin- und hergeschoben würde. Tatsächlich geht es Carter darum, sich von den westlichen Imperialisten um die Stationierung dieser notwendigen „Modernisierung unserer Streitkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz", wie sich sein General NATO-Oberbefehlshaber Haig ausgedrückt hat, bitten zu lassen. In wenigen Wochen findet eine UN-Sonderkonferenz zu Abrüstungsfragen statt, und Carter will sich seinen Manöverspielraum nicht verstellen durch eine offene Erklärung *für* die Neutronenwaffe. Schließlich hat er die ideologische Kampagne für die „Sicherung der Menschenrechte" gerade zu dem Zweck eingeleitet, um gegenüber

ideologische Kampagne für die „Sicherung der Menschenrechte" gerade zu dem Zweck eingeleitet, um gegenüber

der „Friedensoffensive", die die Sozialimperialisten seit der Helsinki-Konferenz auf ihre Fahnen geschrieben haben, Boden gutzumachen. Die Bundesregierung ist davon gar nicht begeistert, daß sie nun den schwarzen Peter zusammen mit den anderen westeuropäischen Imperialisten zugespielt bekommt.

Nach wie vor äußern sich die Mitglieder der Regierung zurückhaltend, verweisen, wie SPD-Geschäftsführer Bahr, auf die „autonome Entscheidung des amerikanischen Präsidenten" oder, wie Genscher, auf die „Kompetenz des Bündnisses", um wenigstens bis zum NATO-Gipfel Ende Mai Luft zu bekommen. Folgende Taktik hatte Carter von der Bundesregierung verlangt: „Die Allianz werde die Entscheidung Carters zur Produktion der Neutronenbombe zur Kenntnis nehmen; Carter werde später den Beginn von Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Verzicht auf die Neutronenwaffe bei angemessener Moskauer Gegenleistung bekanntgeben und dabei auf die Zustimmung der Verbündeten rechnen können; schließlich werde die NATO einer Stationierung der Waffe in Europa zustimmen, sofern mit der Sowjetunion kein Tauschgeschäft zustandekäme." (Die Zeit, 5.4.78)

Offener Druck ist von der US-Besatzungsmacht auf die westdeutschen Imperialisten ausgeübt worden, wie auf das gesamte imperialistische NATO-Bündnis, um die Interessen der Supermacht USA gegen die andere Supermacht durchzusetzen. Dazu ist dieses Bündnis auch da, und Schmidt wie auch der britische Premier Callaghan wissen seit letzter Woche, was sie sich damit einhandeln. Die ideologischen Manöver der SPD sind geplatzt; allzusehr hatte die Bundesregierung versucht, eigenständige Politik zu verfolgen. Das wird Genscher nicht nur in bezug auf die Neutronenbombe von Carter erfahren haben. Es gibt noch

(Fortsetzung Seite 2)

Den britischen Besatzern in Nordirland ergeht es schlecht



Die britische Armee hat nach ihren Angaben im März in Nordirland die schwersten Verluste seit mindestens einem Jahr erlitten. Unter anderem wurden vier Besatzungssoldaten getötet. Die britischen Imperialisten, deren Nordirlandsminister Mason noch im Dezember die Niederlage der IRA proklamierte, verlegen neue Truppen in die Kolonie. Darunter auch das Fallschirmjägerregiment, das im Januar 1973 am „Bloody Sunday" das Feuer auf eine unbewaffnete Demonstration in Derry eröffnete und 13 Demonstranten umbrachte. Die erneute Stationierung des Regiments, das damals nach Massenkämpfen abgezogen werden mußte, ist eine Provokation gegen die irischen Volksmassen. Mit über 25000 Polizisten und Soldaten wollen die britischen Imperialisten ihre Profitinteressen an Irland aufrechterhalten. 14000 davon stammen aus westdeutschen Standorten, die werden regelmäßig ausgewechselt. Das irische Volk versetzt den Besatzern heftige Schläge. Dazu gehört auch die Gehorsamsverweigerung von 200 politischen Gefangenen gegen die brutalen Haftbedingungen in Long Kesh. Im Bild die Osterparade in Belfast. In 43 Orten führten mit großer Unterstützung der Volksmassen die republikanischen Organisationen Paraden gegen die britische Besatzung durch in Erinnerung an den bewaffneten Aufstand Ostern 1916.

Die Kapitalisten können zahlen! – Schluß mit den Lohnsenkungen!

Die Tarife im Nordverbund, VW, Westberlin und NRW sind noch offen.

„Der Metalltarifabschluß ist nicht akzeptabel", schrieb das „Handelsblatt" nach den Verhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden. Die Kapitalisten schlugen die Strategie ein, in verschiedenen Tarifgebieten noch unter dem Abschluß von Nordwürttemberg/Nordbaden abzuschließen.

Demgegenüber waren die Arbeiter über das Ergebnis in Nordwürttemberg/ Nordbaden nicht begeistert. Allen war klar, daß mit diesem Abschluß den dauernden Lohnsenkungen kein Einhalt geboten ist. Die Kapitalisten können mit diesem Abschluß ihre Lohnsenkungen fortsetzen, obwohl das Ziel der Kapitalisten nicht völlig aufgegangen ist. 3,5% war ihr Ziel.

Der sozialdemokratischen Verhandlungspraxis ist eine Urabstimmung über die 5% zu verdanken. Das Urabstimmungsergebnis über diesen Abschluß war in der Arbeiterschaft gespalten. 55,41% stimmten mit Ja. Über 44% stimmten gegen diesen Abschluß.

Wie die Arbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden über den Abschluß entscheiden würden, war für die Kapitalisten immer ein unsicherer Ausgangspunkt in den weiteren Verhandlungen. Die Kapitalisten wollten nämlich auf der anderen Seite diesen 5%-Abschluß in Nordwürttemberg/Nordbaden haben.

In den Verhandlungen im Norden war die Strategie der Kapitalisten jeweils zweigleisig. Auf der einen Seite wollen sie unter 5%, auf der anderen Seite machten sie Zugeständnisse, als sie merkten, daß sich die Kampfkraft entwickelte.

So stimmten die niedersächsischen Kapitalisten dann einem Abschluß von 5% zu, nachdem es z.B. im Bremsenwerk Teves zu Warnstreiks gekommen ist und nachdem auf verschiedenen Betriebsversammlungen in der letzten Woche die Kapitalisten scharf angegriffen wurden. Urabstimmung und Streik wurde von den Arbeitern gefordert.

Nur wenige Kilometer entfernt vom Teves-Werk liegt das VW-Werk. Die Kapitalisten wissen genau, würde sich ein Streik von VW und dem Tarifgebiet Niedersachsen ergeben, wäre es für sie schlecht bestellt. Dies bahnte sich bereits an. Denn ziemlich gleichzeitig streikten auch bei VW die Arbeiter. Angeblich soll es eine direkte Verbindung zwischen den zwei Gewerken geben, erzählt man sich in den Kapitalistenkreisen. Dies war Warnung für die Kapitalisten, den 5% zuzustimmen. Denn würde es zu größeren Streiks in diesem Tarifgebiet kommen, wäre schnell klar gewesen, auf was die Sache hinausläuft. Denn die Metallarbeiter in Niedersachsen und wahrscheinlich im Nordverbund würden fordern, daß eine Lohnerhöhung, wie sie für die VW-Arbeiter in Mark und Pfennig herauskommt, gezahlt wird. Die Preissteigerungen, die Mieten werden nicht höher oder gar billiger sein in Wolfsburg. Die VW-Arbeiter hätten diese Forderung sicher unterstützt, denn die VW-Kapitalisten stellen oft Metallarbeiter aus dem niedersächsischen Gebiet ein, die dann billiger angekauft werden können, weil sie vorher schon einen niedrigeren Lohn hatten.

Weil diese Lage sich so abzeichnete, mußten die Kapitalisten in Niedersachsen in Bezug auf die unteren Lohngruppen Zugeständnisse machen. So sind die 40 Pfennig in den unteren Lohngruppen prozentual natürlich viel mehr.

Lohngruppe I	6,3%
Lohngruppe II	6,2%
Lohngruppe III	5,3%
Lohngruppe IV	5,1%

Bei den Angestellten wirken die 69 DM für die Lohngruppen I und II noch viel krasser:

Lohngruppe 1a	6,67%
Lohngruppe 1b	6,00%
Lohngruppe 2	5,15%

Diese Zugeständnisse haben die Kapitalisten im Nordverbund nicht gemacht. 5% und für die Monate Januar und Februar sollen jeweils 137 DM gezahlt werden. Dies ist in Bezug auf das Tarifgebiet Niedersachsen ein klarer Verlust. Obwohl auch im Nordverbund eine Mindestforderung von 111 DM aufgestellt worden ist.

Eine „günstige" Seite hat dieser vorläufige Vertrag, nämlich eine Einspruchsfrist bis zum 17.April! Sie muß schnell genutzt werden, indem man der Tarifkommission mitteilt, daß man diesen Einspruch machen muß. Entfalten die Arbeiter in den Betrieben diesen Einspruch nicht kraftvoll, wird daraus nichts werden. Die sozialdemokratischen Tarifkommissionsmitglieder werden bestimmt nicht von alleine diese Initiative entfalten. Die Forderung steht. 7,8%, mindestens 111 DM, muß der Einspruch heißen! Damit ist klar, im Nordverbund ist noch keine Entscheidung gefallen, bei VW noch nicht und in Westberlin und NRW ebenfalls noch nicht.

Mit welcher Dreistigkeit die Kapitalisten vorgehen, konnte am Samstag den Zeitungen entnommen werden. Die VW-Kapitalisten schütten ihre Dividende aus:

„Die Entscheidung über die Kapitalerhöhung und Dividendenausschüttung bei der Volkswagen AG (Wolfsburg) sind nach einer Marathon-Aufsichtsratsitzung am Donnerstagabend gefallen. Wie das Unternehmen am Freitag mitteilt, schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 4. Juli für das Geschäftsjahr 1977 die Ausschüttung einer Dividende von sieben Mark zuzüglich eines Bonus von einer Mark je 50-Mark-Aktie vor. Das entspricht einer Gesamtausschüttung von acht Mark. Einschließlich Steuergutschrift für anrechnungsbereechtigte Aktionäre ergibt sich eine Bruttoausschüttung von 12,50 Mark. Für 1976 waren fünf Mark Dividende verteilt worden." Weiter soll die Hauptversammlung „das Kapital um 300 Millionen Mark auf 1,2 Milliarden Mark erhöhen."

Dies macht ziemlich deutlich, die Kapitalisten bereichern sich an der Ausbeutung der Arbeiterklasse immer mehr. Die Kapitalisten haben Geld, die Arbeiter müssen es ihnen abringen.

Solidarität belgischer und schwedischer Volvo-Arbeiter

Etwa 2000 Arbeiter der Volvo-Fabrik in Gent haben nach dem Abschluß des Tarifkampfs Mitte März ihren Streik wiederaufgenommen, als deutlich wurde, daß die Konzernleitung weit ausgedehntere Entlassungen als angekündigt plant. Sie verweisen auf die unerhörte Verschärfung der Ausbeutung, die bereits in den letzten Jahren stattgefunden hat. Seitdem die Volvo-Konzernleitung erkannt hat, daß sie nur eine unbedeutende Zahl von Streikbrechern an die Arbeit bekommt (150 in der letzten Woche), hat sie versucht, Teile der Produktion aus Gent in den schwedischen Fabriken fertigen zu lassen. Die schwedischen Metallgewerkschaften haben sofort aufgerufen, alle Streikbrecherarbeiten zu verweigern. Daraufhin hat Volvo ihnen eine Klage mit massiven Schadensersatzdrohugen an den Hals gehängt. Die schwedischen Gewerkschaften haben ihren Aufruf zurückgezogen, jedoch erklärt, weiterhin mit den belgischen Arbeitern solidarisch zu sein und jede Streikbrechertätigkeit zu verurteilen.

„Frühjahrsoffensive" der japanischen Gewerkschaften

Die japanischen Arbeiter führen in der „Frühjahrsoffensive" des Gewerkschaftsverbandes zur Durchsetzung ihrer Forderung nach mehr Lohn, gegen die Intensivierung der Ausbeutung, Massenentlassungen und gegen die ständigen Preiserhöhungen im ganzen Land fortgesetzte Proteststreiks, Demonstrationen und Veranstaltungen durch. Am 26. März fand in Tokio eine Protestveranstaltung des Gewerkschaftsverbandes statt, an der sich 150000 Arbeiter aus Tokio, Kanagawa, Saitama und Chiba beteiligten. Im Anschluß an die Veranstaltung organisierten die Arbeiter eine Demonstration durch die Innenstadt. In 33 anderen Städten Japans wurden am selben Tag ebenfalls Demonstrationen und Veranstaltungen durchgeführt. Am 30. März traten die Eisenbahnarbeiter in 28 von 43 Verwaltungsbezirken zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik. Der Verkehr von 125 Zugverbindungen kam zum Erliegen.

Im öffentlichen Dienst New York Lohnerhöhung durchgesetzt

Im öffentlichen Dienst New York Lohnerhöhung durchgesetzt

Die Ankündigung der 33000 New Yorker Bus- und U-Bahnfahrer und der 1400 Eisenbahner von Long Island, am 3. April gemeinsam in einen unbefristeten Streik zu treten, hat den Bürgermeister in letzter Stunde zum Nachgeben gezwungen. Noch 12 Stunden vor Streikbeginn hatte er mitgeteilt, eine Lohnerhöhung sei wegen der Verschuldung der Stadt bei den Großbanken in diesem Jahr ausgeschlossen. Das während des Streiks zu erwartende Verkehrschaos wollte er per Notverordnung zu einer großangelegten Polizeiübung nutzen, mit der die Volksmassen diszipliniert und gegen die öffentlich Bediensteten aufgehetzt werden sollten. In Manhattan sollte die Benutzung von Autos nur mit mindestens zwei Personen erlaubt sein und auf sieben Hauptausfallstraßen nur mit mindestens vier Personen. Wenige Stunden später mußte er einer Lohnerhöhung von 6% und einem Inflationsausgleich von 250 Dollar zustimmen. Eine weitere Inflationsausgleichszahlung wurde für Anfang 1979 vereinbart. Das Ergebnis ermutigt die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst New Yorks. Am Dienstag haben die Krankenschwestern an 74 Krankenhäusern den Streik aufgenommen.

Streikwelle in Israel

Die israelische Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, die Kriegskosten für die zionistischen Aggressionen gegen die arabischen Völker zu tragen. Seit drei Monaten streiken die Seeleute der israelischen Handelsmarine für höhere Löhne, gegen die galoppierende Inflation, die die Preise fast täglich steigen läßt. Ihnen schlossen sich in der vorletzten Woche die Beschäftigten der Fluggesellschaft El Al an, am Donnerstag vergangener Woche 60000 Beschäftigte im Ausbildungswesen. Der Flugverkehr von und nach Israel ist weitgehend eingeschränkt; für rund eine Million Kinder und Jugendliche fallen Kindergarten und Schulunterricht aus. Auch die zionistische Propagandamaschinerie – besonders schmerzlich für die Imperialisten und Zionisten – ist ins Stocken geraten: 1200 Journalisten und die Beschäftigten beim Fernsehen streiken ebenfalls für höhere Löhne.

Wie weit die Zersetzung des Siedlerregimes fortgeschritten ist, bewies eindrucksvoll die Demonstration am 1.4. in Tel Aviv, auf der 45000 Menschen, unter ihnen zahlreiche Soldaten, auf einen Aufruf von 300 Reserveoffizieren hin gegen die Besiedlungspolitik, gegen den Einfall in den Südlibanon und für „Frieden jetzt" demonstrierten.

Schluß mit den Erpressungsmanöver der beiden Supermächte gegen die Völker der Welt!

(Fortsetzung von Seite 1)
einen weiteren Punkt, an dem die US-Imperialisten kein Hehl daraus machen, daß sie ihren Anspruch als unumschränkte Supermacht geltend zu machen gedenken. Das eigenmächtige Brasiliengeschäft der BRD-Imperialisten ist durch das neue Atomgesetz Carters in Gefahr. Kurzerhand hat dieser den Vertrag mit der europäischen Atombehörde Euratom über Uranlieferungen bis 1995 gebrochen, indem er die Fortsetzung der Lieferungen von dem Blankoscheck der EG-Staaten abhängig macht, daß sie völlig neuen Verhandlungen über verschärfte Lieferbedingungen zustimmen. Die französischen Imperialisten sind darob äußerst empört, zu Recht, denn es handelt sich schlicht darum, daß Carter die uneingeschränkte Kontrolle der USA über sämtliche Uranlieferungen und deren Verwendung beansprucht. Die „Welt" bemerkt, daß „Carter es seinen Partnern nicht leicht macht", und das ist noch sehr verhalten ausgedrückt, weil sich die BRD-Imperialisten in einer unangenehmen Lage befinden. Sie verfügen im Gegensatz zu den französischen Imperialisten nicht über eigene Uranvorkommen, und nicht einmal über die Neutronenwaffe, die beiläufig den Vorteil hätte, daß die BRD dann als „Kernwaffenstaat" sich „in einer bevorzugten Rolle befinden" würde nach den Bestimmungen des US-Atomgesetzes.

Anfang Mai besucht Breschnew die BRD. Vielleicht tut sich da eine Möglichkeit auf, immerhin beziehen die BRD-Imperialisten inzwischen genausoviel Uran aus der Sowjetunion wie aus den USA. Aber das Problem der Aufbereitungsanlagen, d.h. insbesondere Gorleben, ist damit immer noch nicht gelöst, denn die US-Imperialisten wollen soweit gehen, nur multinationale Aufbereitungsanlagen zuzulassen, am besten in den USA. Ihre Absicht ist, das Kernwaffenmonopol umfassend durchzusetzen.

In der Konkurrenzschlacht mit der sozialimperialistischen Supermacht haben sich die Fronten beträchtlich verschärft. Diese versucht die Regierung der westeuropäischen Imperialisten unter Druck zu setzen, daß sie nicht wagen, die Neutronenwaffe zu stationieren, es vor allem deshalb nicht wagen sollen, weil die „friedliebende" Sowjetunion, die ungefähr gleichzeitig einen unverschämten Provokationsakt gegen die VR China unternimmt durch großangelegte Manöver an deren Grenze, den Widerstand der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westeuropa gegen die Neutronenbombe unterstützt.

Es handelt sich dabei nicht nur um Heuchelei, sondern um ein übles Verwirrspiel, um die Arbeiterklasse vor den Karren der sozialimperialistischen Supermacht zu spannen, womit sie sich ideologisch entwaffnet und wehrlos wird gegenüber der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung.

Die revisionistische Kapitulationsformel propagiert der „Horizont", in dem die neue Bourgeoisie der DDR die Kampagne der Sozialimperialisten stützt: „Die Entspannungsfeinde (möchten) ... zum ‚Schülerberg', zum ‚Lehrlingsberg' und zum ‚Akademikerberg' nun auch noch einen ‚Neutronensprengkopfberg' schaffen." Abgesehen davon, daß sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland bedanken, von den Sozialimperialisten als „Berge" verhandelt zu werden, die die Bourgeoisie „schafft", sind sie auch nicht deshalb gegen die Neutronenwaffe, weil etwa die Waffenarsenale die Kriegsgefahr hervorbrächten. Und das Interesse der westdeutschen Monopolbourgeoisie an verschärfter Auspressung der Arbeiter, Senkung des Lohnstandards und Ausplünderung der Massen wird nicht verschwinden durch Senkung des Rüstungshaushalts, sondern durch die soziale Revolution des Proletariats.

Dabei muß sich die Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht nur der eigenen Bourgeoisie, sondern auch der Einmischung und Interventionsversuche der beiden Supermächte erwehren, womit sie zugleich den entschiedensten Beitrag zum Kampf der Völker der Dritten Welt für ihre Befreiung leistet. Ein Friedensvertrag, in dem die Supermächte die Souveränitätsrechte der beiden deutschen Staaten anerkennen müssen, steht auf der Tagesordnung des Klassenkampfes, das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen muß gegen die sozialimperialistischen Verwirrmanöver gefordert werden, und der Austritt aus der NATO erleichtert die Vorbereitung der proletarischen Revolution. Dieses Programm ist die selbständige Antwort der Arbeiterklasse auf die Versuche der beiden Supermächte, sie in den Strudel der imperialistischen Konkurrenz hineinzureißen. Es ist die Leitlinie für die Vorbereitung des diesjährigen 1. Mai.

UNO-Konferenz beschließt Reederhaftung

Ein neues Übereinkommen über die Beförderung von Gütern auf See ist auf der UNO-Konferenz in Hamburg geschlossen worden. 78 Staaten haben an dieser Konferenz teilgenommen. An der Schlußabstimmung nahmen 71 Staaten teil. Bis auf Kanada, Griechenland und der Schweiz, die sich der Stimme enthielten, stimmten alle für das neue Übereinkommen. Nach Ratifizierung durch die einzelnen Staaten verliert das bisher angewendete „Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente" (Haager Regeln) vom 25.8.1924 seine Gültigkeit. Die Haager Regeln waren damals von den großen imperialistischen Staaten, die über bedeutende Handelsflotten verfügen, geschlossen worden.

Sie bedeuteten für die Länder der Dritten Welt erhebliche Nachteile. So konnten die Reeder aus den imperialistischen Staaten, die den Handelsverkehr auf See majorisieren, jede Haftung für verlorengegangene oder beschädigte Waren, die sie gegen Entgelt (Frachtrate) transportieren, auf Grundlage der Haager Regeln zurückweisen. Bis auf eine geringfügige „Mindesthaftung" kamen sie für keinerlei durch sie verursachte Schäden auf.

Insbesondere dagegen sind die Länder der Dritten Welt aufgetreten. Sie verlangen eine Vollhaftung der Reeder für die gesamte Dauer des Transports. Beschlossen werden konnte vorerst eine Ausdehnung der Haftung des Reeders. Insbesondere im Falle eines Unfalles infolge „nautischen Verschuldens" auf See ist der Reeder im Gegensatz zu früher jetzt haftbar. Er ist haftbar für die gesamte Dauer des Transports einschließlich Liegezeiten in Häfen, einschließlich der Zeit, wo die Waren noch im Kaischuppen lagern, aber bereits von ihm übernommen sind. Ferner gilt eine neue Haftungsregelung für den Transport von Containern, wo nach bisheriger Praxis die großen Reedereien auf Container, die sie übernommen haben, schlicht aufdrucken ließen: *„Inhalt unbekannt"* und sich damit von jeder Haftung ausschlossen. Sie sind jetzt auch für die Container haftbar, allerdings nur eingeschränkt. Mit Haut und Haaren haben sich die Imperialisten gegen eine Vollhaftung der Reeder gewehrt, sie hätten die Hamburger Konferenz darüber platzen lassen. So ist die Höchsthaftungssumme auf Basis von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds festgesetzt worden auf 6,20 DM je Kilogramm oder rund 2150 DM je Packung oder Einheit, wobei ein Container hier als eine Packung gilt. Das ist natürlich in bezug auf die Werte, die in Containern transportiert werden, viel zu wenig.

Die neuen sogenannten Hamburger Regeln werden zur Folge haben, daß die Reeder, statt wie bisher die Verfrachter, die zu transportierende Ware versichern müssen. Ministerialdirektor Rolf Herber, Leiter der westdeutschen Delegation auf der Hamburger Konferenz hat bereits vor der Konferenz deutlich gemacht, daß dann sofort die Frachtraten erhöht werden, um die Kostenmehrbelastung abzuwälzen. Zweifellos werden die Imperialisten jetzt zu diesem Mittel greifen. Allerdings wird sich das auf die Konkurrenzfähigkeit insbesondere der westdeutschen Handelsflotte nicht eben günstig auswirken. Zumal die UdSSR große Anstrengungen unternimmt, durch Unterbieten der Frachtraten den westeuropäischen Seeverkehr unter Kontrolle zu bringen. Darüberhinaus macht die Erhöhung der Frachtraten für die Länder der Dritten Welt den Aufbau eigener Handelsflotten rentabel und das werden sie sich zweifellos überlegen.

Die westdeutschen Reeder werden versuchen, über Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und Seeleute, über verschärfte Kontrolle in den Häfen, wo sie ja jetzt auch für die Waren haftbar sind, den Konkurrenznachteil auszugleichen. Dagegen wird man sich einstellen müssen. – (Z-Red.)

Wieder sonntags ohne Auto?

„Ein Sonntag ohne Auto" – das ist ein Vorschlag, den das Bundesverkehrsministerium den Länderverkehrsministern zur Prüfung übermittelt hat. Dem zuständigen Staatssekretär Haar fiel dazu gleich die Notstandsübung, das Autofahrverbot im Herbst 1973, ein, mit dem die westdeutsche Bourgeoisie spalten wollte, um die Massen in Westdeutschland für die Hetze gegen die erdölproduzierenden Staaten der OPEC zu gewinnen: „Mein Eindruck damals war, daß ein großer Teil der Autofahrer sich an den Wochenenden wieder auf sich selbst besinnen konnte." („Bild am Sonntag", 2.4.) Der Vorschlag sei gleichzeitig ein Beitrag zur „Vertiefung des Umweltbewußtseins".

Der Plan des Ministeriums ist in verschiedener Hinsicht ausbaufähig. Die Bundesregierung im Heiligenschein von Umweltschutz und Gesundheitsfürsorge („Radfahren ist gesünder"). In Wahrheit bedeutet der Plan Schikane und Unterdrükkung der Massen, und, aus einem Sonntag könnten auch mehrere werden ...

Deswegen findet dieser Plan auch nicht die Unterstützung der Massen. In einer Umfrage der Wickert-Institute hat die Bourgeoisie für ihren Plan nur 5% der Befragten gewinnen können, 88% waren strikt dagegen.

Das Umfrageergebnis ist leicht erklärlich: Für viele Arbeiterfamilien ist Sonntag der einzige Tag, an dem sie sich erholen können von der Schinderei in Fabrik und Büro. Wer ein Auto hat, wird es so oft wie möglich nutzen, um aus der Stadt rauszufahren in ein Erholungsgebiet. Viele fahren am Wochenende auf einen Campingplatz in der Lüneburger Heide. Ohne Auto muß das flachfallen, denn mit Zug und Bus ist da nicht heranzukommen.

Eine Familie, die in Altona wohnt, ist mit dem Auto in einer Viertel-
ist mit dem Auto in einer Viertel-
stunde in den Harburger Bergen. Ist Autofahrverbot, wird es schwierig. Mit dem Fahrrad darf sie nicht durch den Elbtunnel und muß den Umweg über die Elbbrücken wählen, das sind 60 km hin und zurück durch die Innenstadt und dicht besiedeltes Industriegebiet. Bleibt nur das Ausweichen auf den öffentlichen Nahverkehr. Nach zehn Minuten Fußweg zum Altonaer Bahnhof erwischt sie den 250er Bus und kann einigermaßen pünktlich abfahren, weil sie sich vorher einen Fahrplan des Hamburger Verkehrs-Verbundes (HVV) für zwei Mark besorgt hat.

Nach zweimaligem Umsteigen mit ein bzw. dreißig Minuten Wartezeit, wenn kein Anschluß verpaßt wird, und nochmals zehn Minuten Laufen ist das Ziel, der Hochwildschutzpark, erreicht. Gesamtdauer der Fahrt von 9.49 Uhr bis 11.01 Uhr: 72 Minuten statt einer Viertelstunde. Kosten für eine vierköpfige Familie, hin und zurück: 17,60 DM. Das ist mit Fußweg hin und zurück nicht nur zweieinhalb Stunden längere Fahrtzeit, sondern auch viel teurer als mit dem Auto.

Lange Fahrtzeiten und saftige Preise, wohin man auch immer sonntags fahren will, denn der gesamte Fahrplan des HVV ist sonntags gegenüber den Werktagen um durchschnittlich 50% ausgedünnt. Statt 10 oder 15 Minuten muß man 20 oder 30 Minuten auf den nächsten Bus warten, oder er fährt gar nicht mehr. – (Hamburg-Unterelbe)

Verfrühte Freude der Imperialisten über Verschiebung der OPEC-Konferenz

Pressespiegel aus den arabischen OPEC-Ländern

„OPEC-Konferenz verschoben", melden die bürgerlichen Zeitungen frohlockend. Auf der OPEC-Sonderkonferenz, die zunächst auf den 3. April in Genf angesetzt war und die auf den 4. Mai verschoben wurde, wollen sich die OPEC-Länder verständigen, welche Gegenmaßnahmen sie gegen die Dollaraggression ergreifen. Die verstohlene Freude der Imperialisten über die Verschiebung ist fehl am Platz, das zeigt der folgende Pressespiegel aus den arabischen Mitgliedsstaaten der OPEC.

Der USA-Imperialismus wird angegriffen, weil er mit der Dollarentwertung rücksichtlos seine Profite auf Kosten der erdölproduzierenden Länder sanieren will. Der Ölminister des Irak, Tayeh Abdul-Karim, erklärte, „daß der Verfall im Wert des Dollar Teil eines überlegten Planes zur Wiederbelebung der US-Wirtschsft" ist. „Der Inflationsschub, den die Industrieländer in die Entwicklungsländer exportiert haben, beträgt seit 1974 mehr als 160 Prozent und die Kaufkraft eines Barrel Rohöl mit einem Preis von etwa 13 Dollar beträgt nun nicht mehr als 5 Dollar." (Baghdad Observer) Der Vorsitzende der „Kuwait International Investments Company", Sala Al Marzouk, betont, daß sein Land „stark durch die Dollarentwertung beeinflußt wird, da all seine Öleinnahmen in Dollar erfolgen ebenso wie die meisten Investitionen von kuwaitischen Banken und Gesellschaften. Die Verluste aufgrund des Dollarverfalls werden auf etwa 20 bis 25 Prozent geschätzt und belaufen sich für Öl auf 200 bis 300 Millionen Dollar pro Jahr und einen Verlust bei Gas in unbestimmter Höhe. Der Dollarverfall ist eine amerikanische Taktik, um mit amerikanischen Gütern auf den Weltmarkt einzufallen." (Kuwait Times) Der „Arabische Pressedienst" kommt zum Schluß, „daß der US-Wirtschaft verbessern soll. Die OPEC-Staaten sollen nicht nur dazu beitragen, das Handelsbilanzdefizit der USA mit 28 Milliarden Dollar zu subventionieren, sondern ebenso den amerikanischen Handelskrieg gegen die westdeutsche und japanische Wirtschaft." Die Regierungszeitung des Irak „Al-Jumhouriya" erklärt, der Dollarverfall „stützt die US-Exporte und hilft den USA, den Welthandel zu beherrschen", die kuwaitische Tageszeitung „Al Rai Al Aam" greift die Supermacht an, daß sie den Dollarverfall „in der Absicht organisiere, die Wirtschaften der erdölproduzierenden Nationen zu untergraben".

Die Verluste der erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt sind groß – für Dollar, die kaum das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt werden, liefern sie wertvollen Rohstoff. Der OPEC-Generalsekretär Ali M. Jaidah schätzt, daß „die Verluste sich aufgrund der fallenden Kaufkraft des US-Dollar auf 14 Milliarden Dollar jährlich belaufen". „Die OPEC hat durch den Verfall des Dollar in den letzten 14 Monaten zwischen 10,5 und 15 Prozent an Kaufkraft verloren". Das kuwaitische Regierungsmitglied Aziz Hussain beziffert die Verluste seines Landes „als Ergebnis des Dollarsturzes und der Weltinflation auf eine Million Dollar pro Tag".

In der „Kuwait Times" erklärte der Ölminister, die Verschlechterung der amerikanischen Währung habe die OPEC-Mitglieder ihrer Verpflichtung auf die Einfrierung des Ölpreises entbunden. Die iranische Regierungszeitung „Daily Rastakhiz" schreibt, „der unkontrollierte Fall des Dollar ist das einfachste, aber brutalste Mittel, die erdölproduzierenden Länder ihrer Einkünfte zu berauben. Die USA haben die Gelegenheit, die ihnen durch die Ölproduzenten durch das gegenwärtige Einfrieren des Ölpreises gegeben wurde, nicht genutzt."

„Inzwischen wurde eine ‚hochgestellte' algerische Quelle zitiert, nach der mit dem Einfrieren des Ölpreises seit der Doha-Ministerkonferenz die OPEC 25 Prozent ihrer möglichen Einnahmen aufgrund der Verschlechterung der Kaufkraft des Dollar weggeworfen habe."

Infolgedessen findet eine ausführliche Erörterung statt, welche Gegenmaßnahmen eingeleitet und durchgeführt werden sollen. Bereits im Februar hatte der Ölminister Kuwaits erklärt, daß „die OPEC-Mitglieder schwere Verluste aufgrund des Dollarverfalls erlitten haben und die OPEC den USA offen mitteilen muß, daß die USA den Wert des Dollars aufrechterhalten müssen, falls sie wünschen, daß die OPEC am Dollar als Zahlungsmittel für Öl festhalte". (Arab News) Obschon die imperialistische Presse immer wieder Saudiarabien als Schwachpunkt innerhalb der OPEC-Staaten ausgemacht zu haben glaubte, so hatte der saudiarabische Erdölminister Yamani schon Januar erklärt, daß „die erdölexportierenden Länder ein Ölpreissystem beschließen könnten, das auf einem Korb von Währungen basiert". (Arab News) Dieser Vorschlag wird weiter erörtert, denn er kann den erdölproduzierenden Ländern zwei Vorteile verschaffen: ein solcher Währungskorb schränkt auf der einen Seite die Abhängigkeit vom US-Dollar wie dessen Entwertung ein, wie er die Möglichkeiten verbessert, in allen imperialistischen Ländern einzukaufen und die Konkurrenz zwischen den Imperialisten auszunutzen. Der OPEC-Generalsekretär vertritt die Auffassung, daß „es zwei Möglichkeiten gibt, die Frage der sinkenden Kaufkraft des Dollar zu lösen: ein System, das 1973 benutzt wurde, um die Dollarabwertung durch die Festsetzung des Ölpreises auf einer Mischung von elf Währungen auszugleichen, könne wiederbelebt werden oder der Ölpreis könnte auf Grundlage von Sonderziehungsrechten festgesetzt werden, die auf der Grundlage von sechzehn Währungen berechnet werden". Der Erdölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Dr. Mana Saeed Otaiba, schlägt vor, „den schwankenden Dollar durch einen Korb von Währungen zu ersetzen. Nur 70 Prozent eines solchen Korbes sollten auf Währungen der Industriestaaten basieren, drei OPEC-Währungen und Gold sollten in ihn aufgenommen werden." Die OPEC-Länder könnten sich überlegen, eine neue Währung „OPEC-Dollar" herauszugeben, um den Preis des Rohöls zu berechnen.

Der Öl- und Finanzminister von Quatar, Scheich Abdul Aziz Bin Khalifa Al Thani, erklärt, daß die erdölproduzierenden Länder bei Fortgang des Dollarverfalls gezwungen sein könnten, ihn durch eine andere Währung zu ersetzen. Ebenso tritt der Generalsekretär der OPEC, der Organisation der erdölproduzierenden arabischen Länder, Dr. Ali Attiga, für energischere Maßnahmen der ölproduzierenden Staaten für die Trennung vom Dollar ein, da er nicht die geeignetste Währung für den Verkauf des Erdöls sei.

Weiter wird die *Erhöhung* des Ölpreises erörtert. Der irakische Finanzminister Fawzi El-Kaissi erklärt, es gebe für die OPEC die Alternative: „entweder den Ölpreis um einen solchen Prozentsatz zu erhöhen, der ausreichend für den Ausgleich der Verluste ist, oder ihn an einen stabileren Währungskorb zu binden". Im Interview mit der „Arab Times" vertritt der Erdölminister Kuwaits: „Der einzige Weg, die Verluste wettzumachen, ist eine beträchtliche Erhöhung des Ölpreises".

Vielleicht hätten die Imperialisten gut getan, die Beschlüsse des Zehnten Arabischen Ölkongresses vom Januar dieses Jahres genauer zu studieren. In der Entschließung heißt es, daß der Kongreß Maßnahmen für notwendig erachtet, „einen fortdauernden Ausgleich für die arabischen erdölproduzierenden Länder für jeglichen Verlust in ihren Einkünften zu sichern und einen Preis durchzusetzen, der die wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Staaten garantiert", ebenso wie er beschlossen hat: „Der Kongreß betont die Notwendigkeit, das arabische Öl in den Dienst der arabischen Sache zu stellen, an deren Spitze die Befreiung der besetzten arabischen Gebiete und die Wiederherstellung der legitimen arabischen Rechte des palästinensischen Volkes steht." – (Korrespondentenbericht Wien)

Alle Zitate aus den OPEC-Bulletins, herausgegeben von der Informationsabteilung des OPEC-Sekretariats in Wien.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/73 02 31 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion Hindenburgstr. 15, Postfach 34 06, 3000 Hannover, Telefon: 0511/81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 15/78: 32 000

30 000 gründen in Madrid „Einheitsbewegung der Arbeitlosen"

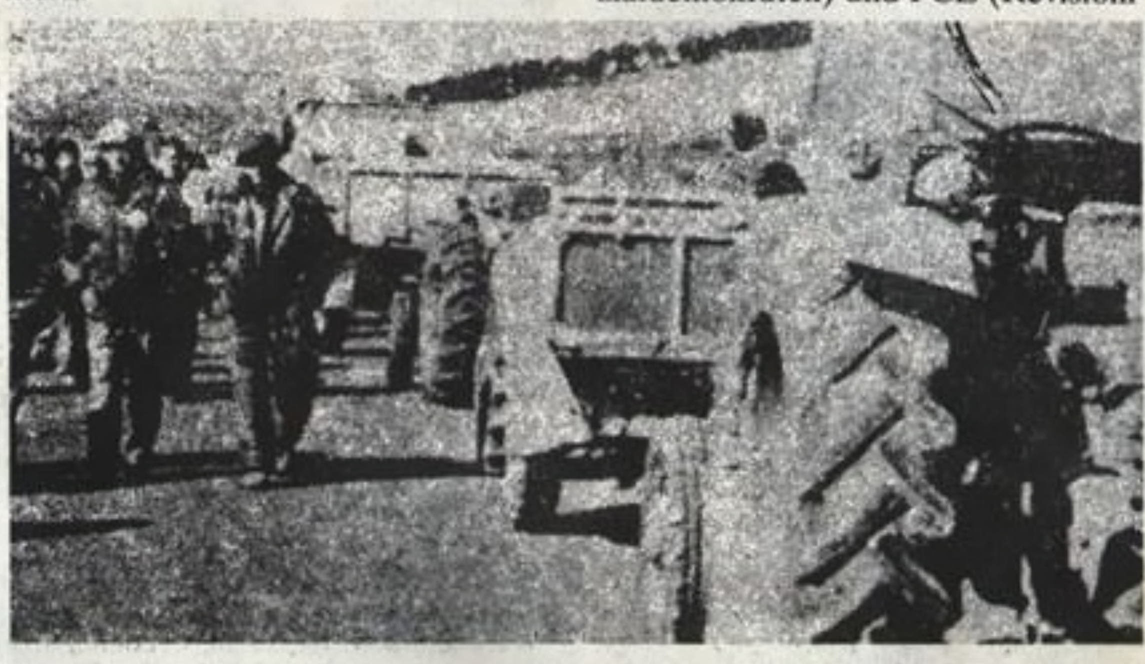
30000 versammelten sich am 19. März im Sportpalast von Madrid zur Gründungsveranstaltung der „Einheitsbewegung der Arbeitslosen". In Sonderzügen und Bussen waren sie aus ganz Spanien in die Hauptstadt gekommen, Arbeitslose und beschäftigte Arbeiter aus den großen Städten, Tagelöhner und landlose Bauern aus den Landgebieten, um diesen weiteren Schritt zur Organisierung eines „Marsches der Arbeitslosen" zu tun: Die Versammlung wählte eine Zentralkommission und verabschiedete ein Aktionsprogramm. Darin wird unter anderem gefordert: Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf 100% des Reallohns und unbeschränkte Dauer der Zahlung; Zahlung von Arbeitslosenunterstützung an alle Arbeitslosen; Abschaffung des Gesetzes, das den Kapitalisten bei Überschreitung der im „Pakt von Moncloa" festgelegten Obergrenze für Lohnerhöhungen die Entlassung von 5% der Belegschaft erlaubt.

Wenige Zahlen zeigen die Dringlichkeit dieser Forderungen. Im Dezember lag die Arbeitslosenzahl bei 1,1 Millionen, bis März war sie schon auf 1,4 Millionen gestiegen, das sind 10,4%. Nur ein Bruchteil der Arbeitslosen, 280000, erhält Arbeitslosenunterstützung, und wenn, dann im Durchschnitt nur 10000 Peseten, das sind kaum mehr als 250 DM. Am elendsten ist die Lage der von den Großgrundbesitzern vom Land vertriebenen und außer Lohn gesetzten Bauern und Landarbeiter. In Andalusien im Süden des Landes z.B. liegt die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Von den 187000 Arbeitslosen auf dem Land erhalten ganze 91 irgendwelche Unterstützung, weil die Bauern und Tagelöhner meist nicht arbeitslosenversichert sind.

Ausspielen der beschäftigten gegen die arbeitslosen Arbeiter, der Arbeiter gegen die Bauern, das sind die Spaltungslinien, die die Imperialisten und die spanische herrschende Klasse mit Hilfe der Klassenversöhnler nach dem „Pakt von Moncloa" in die Volksmassen zu treiben versuchen. Zusammenschluß der arbeitslosen mit den beschäftigten Arbeitern unter richtigen Forderungen ist ein wichtiger Schritt zur Einigung der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Herrschaft der Imperialisten und der herrschenden Oligarchie aus Großgrundbesitz und Bankkapital.

Bei ihrem Versuch, den Reallohn gewaltsam zu drücken und das Land noch vollständiger der Ausplünderung durch den Imperialismus zu unterwerfen, sehen sich Oligarchie und Regierung mit heftigem Widerstand konfrontiert. In einer einzigen Woche demonstrierten im März 10000 Arbeiter in Barcelona, streikten 80000 Werftarbeiter, beschlossen nach einem vierstündigen Warnstreik der 180000 Metallarbeiter der Hauptstadt 15000 auf einer Massenversammlung in Madrid, dort zum allgemeinen Streik der ganzen Branche aufzurufen.

In derselben Woche gingen im ganzen Land 75000 Bauern auf die Straße, demonstrierten und blockierten mit Traktoren den Verkehr. Mit ihren Forderungen wandten sie sich gegen die Vorbereitungen für den EG-Beitritt Spaniens und gegen die Folgen der Krise: für höhere Erzeugerpreise, gegen billige Weinimporte, für gleichberechtigte Eingliederung der Landbevölkerung in die Sozialversicherung und gegen die Zwangsorganisierung der Bauern in Landwirtschaftskammern.



Bauern demonstrieren für höhere Erzeugerpreise und Einbeziehung in die Sozialversicherung, gegen die Zwangsorganisierung in Landwirtschaftskammern

Im Baskenland demonstrierten 100000 in Lemóniz gegen ein Kernkraftwerk, das die US-Imperialisten dort errichten wollen.

Während auf der einen Seite durch Massenentlassungen in den Großbetrieben und Ruinierung kleiner und mittlerer einheimischer Kapitalisten die industrielle Reservearmee immer mehr vergrößert wird, treiben die Imperialisten auf der anderen Seite die Inflation in immer schwindelerregendere Höhen. Nach den offiziellen Angaben betrug die Inflationsrate 1977 26,4%, für einige grundlegende Reproduktionsmittel der Arbeiterbevölkerung lag sie noch höher, so für Nahrungsmittel bei 27,1% und für Bekleidung sogar bei 33,3%. (Nach: Nachrichten für den Außenhandel, Nr. 35/78) Hauptursachen für die galoppierende Inflation sind die ungeheure Auslandsverschuldung und die durch die Imperialisten erzwungenen Abwertungen der spanischen Peseta. Die Angaben über die Höhe der Auslandsverschuldung schwanken zwischen 7,6 Milliarden und 9 Milliarden US-Dollar. Da die Imperialisten seit Jahrzehnten die selbständige Entwicklung der spanischen Wirtschaft unterdrückt haben, führt eine Abwertung keineswegs zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Produktion. Waren, die nach wie vor im eigenen Land nicht produziert werden, müssen weiter eingeführt werden, nur jetzt zu höherem Preis. Auf der einen Seite steigt die Inflation, auf der anderen die Verschuldung im Ausland und damit die Vorboten neuer Abwertung und noch tieferer Abhängigkeit des Landes.

Angesichts dessen übertönen sich die Klassenversöhnler von PSOE (Sozialdemokraten) und PCE (Revisionisten) gegenseitig in ihrem Geschrei, „daß der im Oktober 1977 geschlossene Pakt von Regierung und Opposition zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Stabilisierung der Demokratie erfüllt werden müsse." (Süddeutsche Zeitung, 7.4.78) Hauptmittel zur „Stabilisierung der Demokratie" ist Lohnsenkung. Nach dem „Pakt von Moncloa" wurde für 1977 als Obergrenze für Lohnerhöhungen 25% festgelegt, was noch unter der offiziellen Inflationsrate lag, für dieses Jahr 22% und für 1979 15%.

Indem sie Spanien in die EG hereinziehen, wollen die BRD-Imperialisten die bisherige Vorherrschaft des US-imperialistischen Kapitals in Spanien brechen und selbst zum Zuge kommen. Um die Lage aus der Nähe zu beäugen, haben sie Anfang April eine Delegation von acht Abgeordneten des „Bundesausschusses für europäische und internationale Zusammenarbeit" nach Madrid geschickt. Der Führer der Revisionisten Santiago Carrillo wurde in die westdeutsche Botschaft beordert. Erfreut berichtet die „Süddeutsche Zeitung" vom 6.4.78:

„Das Eis scheint nun aber gebrochen. Carrillo, der inzwischen bei Hof ein- und ausgeht, erweiterte gegenüber deutschen Politikern und Unternehmern seine These des Eurokommunismus, versicherte, daß er Ministerpräsident Suarez unterstützen werde, um einen Ruck nach rechts zu verhindern." Carrillo wurde genau in Augenschein genommen:

„Auf dem jetzigen Empfang war der Kommunistenchef von deutschen Finanzvertretern umringt, die von ihm Auskunft haben wollten über die wirtschaftlichen Ideen der Kommunisten und über die sozialen Forderungen der kommunistisch geführten Arbeiterkommissionen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.4.78) Über die „Ideen" dieses „Kommunistenchefs" werden die Herren zweifellos erbaut gewesen sein. Auf dem bevorstehenden Kongreß der PCE soll selbst das Lippenbekenntnis zum Leninismus gestrichen und die PCE als eine „marxistische, demokratische und revolutionäre Partei" definiert werden.

Zweifel bleiben den Finanzherren freilich sowohl darüber, ob sich die PCE wirklich so vollständig vom russischen Sozialimperialismus gelöst hat, wie Carrillo in die Welt hinausgrölt, als auch vor allem, ob es ihr mit Hilfe der von ihr geführten größten Gewerkschaft „Arbeiterkommissionen" gelingen wird, durch Spaltung der Arbeiterbewegung dem Regierungsprogramm zur Durchsetzung zu verhelfen. Diese Zweifel sind angebracht. Die Bewegung des „Marsches der Arbeitslosen" zeigt, daß es mit richtigen Forderungen möglich ist, zumindest auf örtlicher Ebene selbst die revisionistischen Gewerkschaftsführer in die Aktionseinheit gegen die Regierung zu zwingen. Häufiger noch unterstützen Vertreter der sozialistischen Partei PSOE und der ihr nahestehenden Gewerkschaftsbünde die Forderungen der Arbeitslosen. Der Zusammenschluß unter einheitlichen Forderungen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit kann so ein wichtiger Schritt im Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes werden. – (Z-Red.)

Britische Bourgeoisie verlängert „Terrorismusgesetz"

Ende März hat der Innenminister das „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus" in seiner Gültigkeit wieder um ein Jahr verlängert. Eine Woche später hat die Regierung fünf Polizisten öffentlich ausgezeichnet, weil sie vor zwei Jahren ein Mitglied der Irisch-Republikanischen Armee in London festgenommen haben. In wenigen Wochen soll dasselbe Fallschirmjäger-Regiment, das aus Nordirland abgezogen werden mußte, nachdem es am „Blutsonntag" 1973 das Feuer auf eine Demonstration eröffnet und 13 Menschen getötet hatte, wieder in Nordirland stationiert werden. Der Kampf der irischen Volksmassen gegen das britische Kolonialregime gewinnt an Umfang, und die britische Bourgeoisie trifft ihre Vorbereitungen.

Das Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus wurde 1974 verabschiedet. Mit ihm wurde die IRA in Großbritannien zur verbotenen Organisation erklärt. Das Tragen ihrer Uniform oder Erkennungszeichen wurde unter Strafe gestellt, Unterstützung der IRA mit bis zu fünf Jahren Gefängnis und Geldstrafe belegt. Wer nicht mindestens 20 Jahre in Großbritannien gewohnt hat, kann wegen Unterstützung der IRA ausgewiesen werden.

Die Befreiung Nordirlands vom britischen Kolonialregime ist eine der historischen Aufgaben, die der Arbeiterklasse und den Volksmassen durch die geschichtliche Entwicklung des britischen Imperialismus gestellt werden. Keine proletarische Partei, keine revolutionäre Organisation und keine klassenbewußte Gewerkschaft kann es in Großbritannien geben, die nicht die unbedingte Unterstützung des irischen Befreiungskampfes zu einem unzertrennbaren Bestandteil ihres Programms macht. Das „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus" ist deshalb direkt gegen den Kampf der britischen Arbeiterklasse gerichtet. Es bildet die Grundlage dafür, daß der Innenminister durch einfachen Erlaß jede Organisation, die den gewaltsamen Sturz des Kolonialregimes in Nordirland unterstützt, verbieten kann. 1976 wurde es erweitert auf Geldsammlungen und andere Unterstützungen für die irische Befreiung, auf die Gefängnis und Beschlagnahme des Besitzes wurden. Wer Informationen und Pläne der irischen Freiheitskämpfer nicht „so schnell wie möglich" an die Polizei meldet, muß seit 1976 ebenfalls mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe in unbestimmter Höhe rechnen.

Trotz dieser umfangreichen Bestimmungen hat die britische Bourgeoisie nicht verhindern können, daß die Arbeiter und Volksmassen in England, Schottland und Wales ihre Unterstützung für den Befreiungskampf ausweiten und weiter große Geldsummen für die Befreiung Nordirlands aufbringen. Das Gesetz von 1974, das vom Innenminister jährlich neu bestätigt werden muß, ist deshalb seitdem ununterbrochen in Kraft geblieben. Es gibt der Polizei die gesetzliche Handhabe, Häuser ohne Durchsuchungsbefehl zu durchsuchen und jeden, der sie der Unterstützung der IRA verdächtigt, ohne Haftbefehl in Untersuchungshaft zu nehmen. Über 3000 Menschen sind seit Dezember 1974 auf diese Weise festgenommen worden, das sind zwei bis drei Festnahmen am Tag. 950 der Festgenommenen sind nie vor ein Gericht gestellt worden, sondern wurden nach Herstellung von Fingerabdrücken und Fotos schließlich wieder freigelassen. Zahlreiche Iren wurden in die Republik Irland abgeschoben.

In der britischen Presse ist die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes kaum zur Kenntnis genommen worden. Längere Kommentare hat es dagegen über das „gestörte Verhältnis" zwischen Großbritannien und Irland gegeben. Die Regierung in Dublin hat wiederholt die Auslieferung von Iren nach Nordirland verweigert, weil das Auslieferungsersuchen mit politischen Tätigkeiten begründet wurde. Verstört fragte der „Daily Telegraph" schon vor einigen Monaten, was denn in Dublin los sei: „Schließlich ist auch die Regierung in Dublin eine stockbürgerliche Regierung." Sicherlich hat die irische Bourgeoisie ihre eigenen Hoffnungen auf die Ausbeutung der gesamten irischen Arbeiterklasse. Dem britischen Kolonialregime in Nordirland steht sie jedoch unversöhnlich gegenüber.

Die Unterstützung des irischen Befreiungskampfes durch die britische Arbeiterklasse und die Volksmassen kann auch die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes nicht verhindern. Über 2000 Menschen demonstrierten zum Jahrestag des „Blutsonntags" in London. In Belfast wurde erst vor einer Woche ein Ehepaar von der Straße weg verhaftet, weil es einen, von Soldaten flüchtenden IRA-Kämpfer in sein Haus gerufen hat, wo er über den Hinterhof verschwand. „Wie lange es auch dauern wird", sagte der Sprecher der Oster-Kundgebung der IRA in Belfast, „unsere Einheiten werden solange Aktionen gegen die britischen Streitkräfte durchführen, bis England offen und ehrlich erklärt, daß es aus Irland abzieht." Die britische Arbeiterklasse wird den irischen Befreiungskampf bis zu seinem Sieg unterstützen und dabei im Kampf um demokratische Rechte den Fall des Gesetzes erreichen müssen. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Zynisch nutzt die französische Bourgeoisie die Solidarität der Jugend mit den Fischern und Bauern der Bretagne

Die nach den Parlamentswahlen wiedereingesetzte Regierung Barre hat als eines ihrer entscheidenden Ziele im Rahmen der „wirtschaftlichen Wiederaufrichtung" des Landes „die Schlacht um die Beschäftigung" proklamiert, und hier vor allem die Eingliederung Hunderttausender von jungen und jugendlichen Arbeitslosen in die aktive Arbeiterarmee. Diesem Ziel hatte sich schon die vorige Regierung mit dem Plan „Barre zwei" mit Hingabe gewidmet. Stolz hatte Barre vor den Wahlen das vorläufige Ergebnis verkündet: 450000 Jugendliche seien seit dem Mai letzten Jahres an die Arbeit gebracht worden!

Man versteht die Hingabe des beleibten Finanzmenschen besser, wenn man sich die Bedingungen näher anschaut, unter denen die jugendliche Arbeitskraft den Kapitalisten zum Verzehr angeboten wird. Wenn die Kapitalisten Arbeiter bis 25 Jahre neu einstellen, zahlt ihnen der Staat ein Jahr lang die kompletten Sozialversicherungsbeiträge. Dasselbe, wenn sie Lehrlinge einstellen. Der Clou aber ist, wenn sie Jugendliche 6 – 8 Monate lang als „Praktikanten" beschäftigen: dann zahlt der Staat für diese Zeit den vollen Lohn aus der Kasse der staatlichen Familienhilfe, wobei der „volle Lohn" für die Jugendlichen unter 18 Jahren 410 Francs (weniger als 200 DM), für Arbeiter bis 25 Jahre 90% des gesetzlichen Mindestlohns, nämlich 1300 Francs (etwa 600 DM) beträgt. Dafür müssen die jugendlichen Arbeiter 120 Stunden lang im Monat für den Kapitalisten schuften, der sie – mit anderen Worten – *umsonst* ausbeuten kann. Einzige Auflage: er muß sie in diesem halben Jahr wenigstens 200 Stunden lang „anlernen". Z.B. ihnen morgens erklären, was sie den Tag über zu tun haben ...

Soweit die Jugendlichen aus den vom Staat kontrollierten Kassen der Sozialversicherung eine Unterstützung erhielten, sind sie *gezwungen*, die ihnen angebotenen Stellen anzunehmen. Der Ausbau dieses Systems staatlicher Zwangsarbeit wird vorangetrieben durch die Einstellung eines ersten Schubs von 15000 jugendlichen Lohnarbeitern als „Praktikanten" durch den Staat selbst, davon 6000 bei der Post. Die Arbeiterbewegung im Öffentlichen Dienst in Frankreich hat diese Einführung jugendlicher Zangsverpflichteter sofort als einen Angriff auf ihre Rechte und das Lohnniveau aller Beschäftigten verstanden: Anfang Februar trat in Paris und in anderen Städten in der Provinz ein großer Teil der Postler in den Streik für die Forderung nach regulärer Einstellung dieser „Praktikanten" zu vollem Lohn und mit vollen Rechten, nachdem in Paris einem Jugendlichen wegen Widersetzlichkeit gegenüber seinem Vorgesetzten abschreckungshalber gekündigt worden war. Die aktivsten Kräfte in diesem Streik waren dabei die jugendlichen Zwangsarbeiter selbst!

Es fehlt also an der nötigen Begeisterung für solchen staatlichen Arbeitsdienst, die Bourgeoisie verlangt danach. Wie gerufen kam da die Ölkatastrophe, die die Fischer und Bauern der Bretagne getroffen hat. Unter den Volksmassen, vor allem der Jugend, in ganz Frankreich hat sich eine großartige Unterstützungsbewegung entwickelt, vor allem seitdem die Unfähigkeit der herrschenden Bourgeoisie in den Tagen nach dem Tankerunglück grell zutage getreten ist, die gesellschaftliche Arbeit zu organisieren und die Produktionsmittel zu herrschen. Während an den Stränden Gendarmerie aufzog „gegen die Neugierigen" und täglich verlautete, daß „in den nächsten Tagen" moderne Mittel, neuste Chemikalien etc. eintreffen würden, gingen die Fischer, die Arbeiter und Bauern unbeirrt ans Werk. Inzwischen hat auch die bürgerliche Pressemeute feststellen müssen, daß bisher die „chinesischen Methoden" (wie sie das giftig bezeichnet) der Volksmassen das einzig Effektive waren.

„Von überall her erhalten sie Verstärkung, und sie kämpfen mit erfinderischen Mitteln ... Fortlaufend treffen aus dem Inneren der Bretagne und aus Frankreich Tanklastwagen und Bauern mit ihren Tankwagen ein. In langen Kolonnen wenden sie sich zu den Buchten, wo das Öl abgepumpt wird. Im Norden von Morlaix bis Lannion haben Bagger in der Nähe der Küste tiefe Gräben ausgehoben, mit Plastikfolien ausgelegt, in die die Jauchewagen der Bauern das Öl schütten ... An anderen Stellen werden mit Kieseln befestigte Wege zum Ufer angelegt ... Etwas weiter häufen sich Berge aus Stroh, die am Vorabend von der Loire eingetroffen sind." (Figaro 23.3.) – „Überall die Bauern, die die ganze Nacht gefahren sind, aus dem Inneren des Landes, am Steuer ihres Traktors..." (Figaro, 25./26.3.)

Zugleich wird über Scharen von Jugendlichen berichtet, die hinzukommen, um zu helfen. Als erster äußert sich der Präfekt des Bezirks der Bretagne: Man werde wohl so 10000 Hilfswillige in den nächsten Wochen brauchen können. Sie sollten aber „die Polemik an der Garderobe abgeben". (Figaro, 27.3.) Dann erkennt auch der von der Regierung entsandte „Oberkommandierende" des Katastrophenschutzes die Möglichkeiten, das polizeilich Notwendige mit dem erzieherisch Wünschenswerten zu verbinden: Alle hilfswilligen Jugendlichen sollten zuhause bleiben, bis die Regierung zum Hilfsdienst aufrufe; dabei sollten nur über die Jugendverbände organisierte Gruppen à 30 Mann eintreffen, und nur nach Absprache mit den staatlichen Behörden, deren Anordnungen sowieso Folge zu leisten sei. Die Armee, die mit einigen tausend Wehrpflichtigen derweilen eingerückt sei, werde den organisatorischen und logistischen Rahmen schaffen. Es müsse sich wenigstens auf eine Woche zur Arbeit verpflichtet werden, in der Regel aber länger. Dafür gebe es ein Zelt überm Kopf und Essen, vielleicht noch ein Taschengeld.

Inzwischen ist die Sache im Rollen. Die Hinausdehnung des „Einberufungstermins" hat dabei eine weitgehende Verlagerung von der Schuljugend (deren Ferien zu Ende gehen) auf die arbeitslosen Jugendlichen bedingt. Seite an Seite mit den Wehrpflichtigen arbeitet sie unter Kommando ihrer Jugendwarte, die ihrerseits dem Präfekten unterstehen. Sie arbeiten, wie hier das Fernsehen zeigt (die belgische Bourgeoisie hat mittels einer Ökologisten-Organisation auch 800 Jugendliche im Sonderzug hingeschickt), trotz miserabler Unterbringung und Verpflegung, barscher Einweisung durch die Behörden, keinem Pfennig Geld in der Tasche und völlig unzureichender Ausrüstung, hart und mit Begeisterung. Darüber freuen sich die Fischer und Bauern in der Bretagne, für die es um die Existenz geht. Darüber freut sich gegenwärtig auch die Bourgeoisie, der es um den Profit geht: sie rechnet sich aus, in Zukunft öfters die Jugendlichen für einen „guten Zweck" umsonst arbeiten zu lassen. Wer sich am Ende freut, wird man noch sehen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Fly, Fly – Fly to the Sky - „Ganz was Neues aus Hamburg"

Es ist noch nicht lange her, da haben der Kommunistische Bund und die Zeitschrift „Arbeiterkampf" zur Wahl der SPD aufgerufen. So sollte die „Rechtsentwicklung der Gesellschaft" aufgehalten werden. Das war in den Zeiten, als diese Opportunistenorganisation Anfang der 70er Jahre die Losung ausgegeben hatte, man solle sich warm anziehen, und die faschistische Machtergreifung unmittelbar bevorstehen sah, wenn die CDU/CSU die Wahlen gewinnen sollte. Die Entwicklung des Klassenkampfes hat einen anderen Weg eingeschlagen, und das „kleinere Übel" des KB, die Sozialdemokratie an der Regierung, hat sich als ziemlich großes Übel herausgestellt. Seit der großen Koalition treibt die westdeutsche Finanzbourgeoisie die Reaktion vor allem mit Hilfe der SPD voran. Dies erwies sich für die Finanzbourgeoisie als notwendig und vorteilhaft, weil es halt keine „Rechtsentwicklung der Gesellschaft" gibt, sondern die Verschärfung des Klassenkampfes die Gesellschaft zunehmend in die beiden Hauptklassen, die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie polarisiert und die Sozialdemokratie die ganze Zeit als das beste Mittel erschien, um die Reaktion voranzutreiben und gleichzeitig die Arbeiterklasse am Kampf gegen die Reaktion zu hindern. Als das nicht mehr länger geleugnet werden konnte, wagte es der KB in den letzten Bundestagswahlen nicht mehr, offen zur Wahl der SPD aufzurufen. Selbständig zu den Parlamentswahlen zu kandidieren hielt er auch nicht für opportun. Wahrscheinlich ging er zunächst immer noch davon aus, daß die SPD das „kleinere Übel" sei und seine Stimmen, auch ohne daß er offen dazu aufruft, bei der richtigen Partei landen. Gleichzeitig ließen Sprecher des KB vorletztes Jahr verlauten, daß es ihnen in Hamburg ein Leichtes sei, so an die 10000 Stimmen zu erhalten. Mit den Landtagswahlen in Hamburg rückte die Zeit zum Schwur heran. Der KB hat in dieser Situation verschiedene Fliegen mit einer Klappe zu schlagen versucht.

Eine selbständige Kandidatur will der KB vermeiden. Man kann es verstehen, denn wenn der KB unter dem eigenen Namen kandidieren würde, dann müßte er wohl oder übel etwas Programmähnliches vorlegen. Er fischt aber lieber im Trüben. Sobald er sich programmatisch äußern würde, könnte sich schnell herausstellen, daß diese Organisation mit dem Kommunismus ungefähr soviel am Hut hat wie ein Christ mit dem Atheismus.

Der KB will sich nicht selber programmatisch äußern, und gezählt will er nicht werden. An den Wahlen will er sich jedoch beteiligen. Also mußte er einen Unterschlupf finden. Der Unterschlupf war schon da in Gestalt der „Basisbewegung", insbesondere der Bewegung „AKW – Nein, Danke!" Er mußte die „Basisbewegung" nur noch in ein Wahlbündnis verwandeln.

Konnte er die „Basisbewegung" in ein Wahlbündnis verwandeln, dann hatte er die Möglichkeit, zu kandidieren, ohne selbständig aufzutreten. Dann hatte er die Möglichkeit, an seine alte Politik anzuknüpfen, indem er dem Wahlbündnis ein sozialdemokratisches Programm vorschrieb, eben jenes Reformprogramm, das er seinerzeit an der SPD so bewundert hatte, und konnte dennoch das K im Namen behalten.

Herausgekommen ist die „Bunte Liste. Wehrt Euch. Initiativen für Demokratie und Umweltschutz." Die „Bunte Liste" hat einen lila Schmetterling zum Zeichen, der auf goldenem Boden prangt. Der Schmetterling soll wohl für die Liebe zur Basis und für eine saubere Umwelt stehen. Die „Bunte Liste" hat eine Wahlplattform. Diese Plattform sei von der Basis her erwachsen aus den verschiedenen „Bereichen der Politik", den Frauengruppen, den Anti-AKW-Initiativen etc. Aus diesen „Bereichen der Politik" heraus hat der „Arbeiterkampf" sein sozialdemokratisches Wahlprogramm lanciert.

„Jetzt wird's bunt", heißt die erste Wahlzeitung der „Bunten Liste", und die „Bunte Liste" war auch bereits in Aktion. Was bunt dran sein soll, wenn der KB die Formen der Wahlkampfführung der SPD-Wählerinitiativen und der neugeborenen DKP aus den 60er Jahren wiederaufleben läßt, mag wissen wer will. Jedenfalls hat die „Bunte Liste" in der Hamburger Innenstadt ein paar hundert Luftballons aufsteigen lassen. Steinkühler hat die gleiche Kampfmethode jetzt gegen die Aussperrung der Kapitalisten angewandt. „Nehmen wir also unsere Interessen auch bei der Bürgerschaftswahl selbst in die Hand! Die Rathausparteien sollen einen Wahlkampf bekommen, den sie noch einige Zeit in Erinnerung behalten werden, bunt und oppositionell." Wollen sehen, was bunt daran ist, wenn aus verschiedenen „Bereichen der Politik" dasselbe sozialdemokratische Zeug hervorgeblasen wird.

Der Grund für die Kandidatur der „Bunten Liste / Wehrt Euch" sei, daß die Beteiligten „alldenjenigen, die ihre Interessen von den Rathausparteien nicht oder nicht mehr vertreten sehen, die Möglichkeit geben wollen, die Forderung nach einer grundsätzlichen Alternative auch durch ihre Wählerstimme zu unterstützen." Was diese „Forderung" nach einer grundsätzlichen Alternative oder gar die „grundsätzliche Alternative" selber nun eigentlich ist, erfährt man dann in der ganzen Plattform nicht.



Foto „Arbeiterkampf": Die Kandidaten der „Bunten Liste" beim Sturm aufs Rathaus

Die Plattform hat verschiedene Absätze, und der erste Absatz nach der Einleitung lautet „Schluß mit der Krisenpolitik zu Lasten der Bevölkerung!" Das kann man verschieden verstehen. Soll mit der Krisenpolitik Schluß sein oder mit der Krisenpolitik zu Lasten der Bevölkerung? Das erste ginge, wenn mit der Krise Schluß gemacht würde, das zweite, wenn mit der herrschenden Klasse Schluß gemacht würde, beides ginge nur, wenn die proletarische Revolution nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeosie den Kapitalismus beseitigt. Aber so ist die Forderung nicht gemeint. Das Privateigentum wird mit keinem Wort angegriffen. Daß der Kapitalismus die Ursache der Krise ist und daß die „Krisenpolitik" die Politik der herrschenden Klasse ist, – das zu behaupten, wäre wahrscheinlich grau in grau gemalt und zu wenig bunt. Dafür erfahren wir, daß die „Bunte Liste" gegen die „Krisenpolitik" protestiert und kämpft. „Weiter protestieren wir gegen die Produktionsverlagerung insbesondere in diktatorische Länder der ‚Dritten Welt' wie den Iran, Brasilien oder Südafrika, da dies eine Ausnutzung und Stabilisierung der dortigen Herrschaftsverhältnisse (Gewerkschaftsverbot, Löhne unter dem Existenzminimum u.a.) bedeutet sowie gleichzeitig die Vernichtung von Arbeitsplätzen in unserem Land." Es ist ja erfreulich, daß die „Bunte Liste" dagegen protestiert. Das Motto der „Bunten Liste" heißt: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." Das stammt von Erich Kästner. Was aber gegen den Kapitalexport tun und wie gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in unserem Land vorgehen? Nicht einmal Emil und die Detektive könnten darauf in der Plattform der „Bunten Liste" eine Antwort finden. Man wird auch keine Antwort geben können, wenn man den Kapitalexport als „Produktionsverlagerung" begreift, die gleichzeitig „Arbeitsplatzvernichtung" in unserem Land ist. Und was, wenn Thyssen den Budd-Konzern aufkauft? Was, wenn das westdeutsche Finanzkapital die Dritte Welt über Kredite in Schuldknechtschaft treibt?

Dagegen hat die „Bunte Liste" wohl nichts, sondern versteht's vielleicht als Export- und Arbeitsplatzsicherung. Insgesamt wird man ohne despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und ohne Enteignung hier kaum was Anständiges zustande bringen. Dazu braucht die Arbeiterklasse die politische Macht. Hat sie die, fordert sie von fremden Ländern nicht die Rückverlagerung der verlagerten Produktion. Schon vor der Eroberung der politischen Macht freut sie sich über jede Enteignung westdeutschen Kapitals im Ausland, insbesondere, wenn diese Enteignung durch das in der nationalen Revolution siegreiche Proletariat des Iran, Brasiliens oder Südafrikas durchgeführt werden wird. Es ist klar, daß die Betrachtungsweise der ganzen Frage durch die „Bunte Liste" nicht bunt, sondern sozialdemokratisch ist. So auch bei den übrigen Forderungen aus dem „Kollegen- und Betriebsbereich":

> „Wir treten ein für die Verhinderung jeglicher auf Kosten der Arbeiter und Angestellten – insbesondere der Frauen – gehenden Rationalisierung, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei verbessertem Personalbestand und vollem Lohnausgleich, für längeren Urlaub. Wir treten ein für uneingeschränktes Streikrecht und fordern das Verbot der Aussperrung. Wir kämpfen für die Gleichstellung der Frauen in allen Ausbildungs- und Berufsbereichen, für eine qualifizierte Ausbildung für jeden Jugendlichen, für eine ausreichende wirtschaftliche und soziale Sicherstellung der alten Menschen, für eine Verbesserung der sozialen Versorgung der Bevölkerung – womit auch weitere Arbeitsplätze geschaffen werden."

Das ist sozialdemokratische Gewerkschaftslyrik. Seit wann gab es denn im Kapitalismus eine Rationalisierung, die nicht auf Kosten der Arbeiter und Angestellten geht? Wer sind die Feinde dieser Forderungen? Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verbesserung der Altenversorgung, damit sind die Sozialdemokraten angetreten. Geendet hat es damit, daß sie die Alten mit Hilfe der Ehrenberg-Gesetzgebung um die Ecke bringen. Verbesserung der sozialen Versorgung der Bevölkerung fordern die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag, und verbessert wird dabei die Bespitzelung der Massen. Sind nicht zahlreiche Stellen für Sozialarbeiter geschaffen worden, und werden diese Sozialarbeiter nicht immer offener als Sozialpolizei eingesetzt?

Die „Bunte Liste" i-• die alte rosa Liste der Sozialdemokratie. Das sieht man zum Beispiel an folgender Analyse des sozialen Netzes:

> „Da gibt es eine Frau mit drei Kindern, geschieden, die keine Arbeit bekommt und von Sozialhilfe leben soll; da geht es um finanzielle Unterstützung, um Mietberatung, um einen Arbeitsplatz für sie, um die Versorgung und Ausbildung der Kinder; da geht es um das Auffangen von Alleinsein gegen Behörden und Ämter: und da fangen wir an zu fragen, wie diese Frau in diese Situation gekommen ist; wir stellen fest, daß es nicht ihre Schuld ist, daß sie durch das Netz sozialer Sicherungen gefallen ist."

Durchs Netz sozialer Sicherungen gefallen? Es ist rührend. Vater Staat hat also für die Frau nicht gesorgt. Aber was ist denn mit den Behörden und Ämtern, gegenüber denen das Alleinsein aufgefangen werden soll? Sie bilden doch gerade das Netz der sozialen Sicherungen. Das Problem der Frau ist, daß sie in dieses Netz geraten ist und daß es zugezogen wird.

„Die Krise blüht, es fallen viele durch die Maschen", klagt die „Bunte Liste". Das Gegenteil ist wahr: es bleiben immer mehr in den Maschen hängen und werden Stück für Stück eingeschnürt in diesem „Netz der sozialen Sicherungen", bis sie erkennen, daß nicht der Ausbau dieses Staatsapparates, sondern seine Zerschlagung die „grundsätzliche Alternative" ist. Wenn es ihnen zu bunt wird, fangen sie an rot zu werden. Die „Bunte Liste" fordert, das Netz enger zu ziehen. Wir empfehlen, das Bündnis zu erweitern und es doch mit Ehrenberg zu versuchen.

Es ist einfach reformistisches Blech, was da bunt zu glänzen versucht. „Tatsächlich hat es für die Masse der Bevölkerung aber immer nur soviel ‚Wohlstand' gegeben, wie es für das Kapitalwachsum der großen Unternehmen und für die Stabilisierung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nötig war", wendet die „Bunte Liste" gegen die „Parolen vom ‚Sozialstaat' und vom ‚wachsenden Wohlstand'" ein. Es hat also Wohlstand gegeben, und er war nicht Ergebnis des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen, sondern ist dem „Kapitalwachstum der großen Unternehmen" zuliebe von den großen Unternehmen gewährt worden. Lohn und Profit mögen im 19. Jahrhundert Gegensätze gebildet haben. Die „Bunte Liste" ist darüber hinaus.

Dieser ganze reformistische Plunder gehört zum festen Repertoire jedes sozialdemokratischen Teamers in den Gewerkschaften. Auf die „Bunte Liste" und die Sozialdemokratie trifft die alte Volksweisheit zu: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Die „Bunte Liste" will nicht nur mit der Krisenpolitik zu Lasten der Bevölkerung Schluß machen, sie ist auch gegen den Abbau demokratischer Rechte. „Die Regierenden hierzulande begegnen uns mit Intoleranz und Unterdrückung." Kandidierende Bürgerinitiativen werden als Gefahr für die Demokratie ‚verunglimpft". Ist es nicht schrecklich? „Die Polizei verschlingt immer mehr Steuergelder." Alles läuft darauf hinaus, „selbst die spärlichen Liberalisierungsversuche von Anfang der 70er Jahre rückgängig machen zu wollen", jene Liberalisierungsversuche der SPD, die der KB seinerzeit in den Willy-Wahlen mit seinen Stimmen zu retten versuchte. Solange der KB nicht erkennt, daß das, dem er nachweint, nur der Vorschein dessen war, was er jetzt beweint, wird er eine Variante der Sozialdemokratie bleiben, und wenn er sich noch so bunt schminkt. „Mehr Beteiligung des Bürgers am kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben", fordert die „Bunte Liste". „Mehr Demokratie wagen", war die Losung des Willy Brandt. Vielleicht klappt ja die Wahlbeteiligung und kommt ein bißchen Beteiligung auch sonst heraus. „Jederzeitige Abwählbarkeit von Abgeordneten!" Der KBW-ler liest's und schmunzelt. Wer hätte gedacht, daß der Spott über die „Wahl des Schiedsrichters" etc., in dem sich der KB versuchte, nur darauf vorbereiten sollte, die revolutionäre Forderung nach jederzeitiger Abwählbarkeit der Volksvertreter mit dem bürgerlichen Parlamentarismus zu versöhnen? Die Pariser Kommune hat nicht nur die jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter und aller Beamten festgelegt, sie hat sie alle auch auf Arbeiterlohn gesetzt. Eine solche Forderung wäre unversöhnlich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus und dem ganzen bürgerlichen Staatsapparat. Deshalb wird man die Forderungen so auch nicht finden in der Plattform der „Bunten Liste". Dafür aber die Forderung nach „Chancengleichheit für alle Gruppen und Parteien bei den Wahlen, Abschaffung der Fünf-Prozent-Klausel!". Gewiß eine ehrenwerte Forderung der bürgerlichen Demokratie: Reines Verhältniswahlrecht. Man kann nichts dagegen einwenden.

Nach den drei einleitenden Passagen beginnt der Teil der Plattform, der aus den verschiedenen „Bereichen der Politik" heraus in Basisdemokratie entwickelt worden ist.

„Wir sind Atomkraftgegner!" „Wir wollen keinen Atom- und keinen Polizeistaat." Sondern was? „Wir treten ein für eine verstärkte Entwicklung von menschen- und umweltfreundlichen Alternativenergien." Ein positives Aktionsprogramm muß halt doch sein. Das Programm der „Bunten Liste" ermöglicht die Aktionseinheit bis hin zu manchen Konzernen und Teilen des Hans Matthöfer, der in Abstimmung mit den anderen Ministerien längst daran gegangen war, das warme Nordafrika als Lieferant von Sonnenenergie zu erforschen. Und was hat er nicht in die Kohlehydrierung an Steuergeldern gesteckt! Die SPD wußte stets, daß die Polizei keinen Profit bringt.

Ohne Umweltschutz kein Überleben, heißt der nächste Abschnitt. Ab dato gibt es kein Halten mehr:

> „Der Umweltschutz, wie ihn die regierenden Parteien betreiben, beschränkt sich im wesentlichen auf die Verringerung des sichtbaren Schmutzes. Im übrigen wird er mit Worten betrieben, oder da, wo er wirtschaftliche Interessen begrenzen könnte, unterdrückt. Grund dafür ist eine in die Katastrophe führende Wirtschaftspolitik der regierenden Parteien, die von unbeschränktem Wachstum einer Industrie ausgeht, die nicht nach den tatsächlichen Bedürfnissen produziert, sondern lediglich nach Gewinnerzielung selbst durch Verschwendung.
>
> Ein totales Umdenken ist nötig. Die Produktion überflüssiger Güter (Einwegverpackung, Wegwerfprodukte usw.) und umweltgefährdende Industrieanlagen müssen abgebaut werden."

Danach kommt dann die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau. Die gleichberechtigte Frau soll sich wohl auf dem Heimweg von der Fabrik das Haarwaschmittel in eine alte Milchkanne abgießen lassen, wenn sie einkauft. Totales Umdenken ist nötig. Ob man aber durch Umdenken eine Entwicklung umkehren kann, in der die Masse der Bevölkerung, Mann wie Frau, in ihrem ganzen Leben dem Reproduktionsprozeß des Kapitals unterworfen sind und dementsprechend ihre Reproduktion organisieren müssen? Ob man überhaupt bei der „Umkehrung" der Reproduktionsverhältnisse der Massen ansetzen kann und nicht doch an der Umwälzung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse ansetzen muß?

Gleich hinter der Gleichberechtigung der Frauen wird die Gleichstellung der Schwulen mit den Heterosexuellen gefordert. Der Vertreter der „Wehrt Euch Gruppe der Homosexuellen Aktion Hamburg" unter den Kandidaten der „Bunten Liste" hat schon ausgerechnet, daß allein mit dieser Basis der Einzug ins Parlament gesichert werden kann:

> „Die seit Jahren durch die wissenschaftlichen Veröffentlichungen huschende Zahl von 5 Prozent Schwulen unter den männlichen Erwachsenen macht für Hamburg bummelige 50000 potentielle Wähler, die bislang nicht von den Rathausparteien vertreten wurden."

Kein Problem also mit der 5%-Klausel. Wenn man die Frauen, die mehr als 50% ausmachen, noch dazu zählt, abzüglich der schwulen Frauen mit ca. 2,5%, um keine Doppelrechnung zu riskieren, dann dürfte der „Bunten Liste" schon die absolute Mehrheit sicher sein. Vorausgesetzt, es macht der „Bunten Liste" diese Basis, diesen „Bereich der Politik" niemand streitig. Noch nicht mal bei den Homosexuellen kann sie da ihrer Sache sicher sein. Mag sein, daß sich der eine oder andere homosexuelle Konzernchef oder Senatsdirektor doch besser durch die SPD oder die CDU vertreten fühlt. Oder auch durch Biallas. Radikale Schwule können sich allerdings nur durch die „Bunte Liste" vertreten fühlen, denn sie allein fordert „schließlich das Recht auf freie politische Betätigung der Schwulen."

Nach den Schwulen – es ist angeblich wie die Geusen ein Kampfname – werden noch Forderungen aus verschiedenen anderen „politischen Bereichen" basisnah aufgestellt und abgehandelt. Jugendliche, Schüler, Kinder, Kranke, Mieter, Ausländer, Gefangene, so daß schließlich einige „Sektoren" auf der Plattform Platz haben. Am besten bedient wäre durch das Programm eine schwule Atomkraftgegnerin in jungen Jahren, die auf die Schule geht, ein Kind hat, ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, und im Knast sitzt, weil sie während einer Krankheit die Miete nicht bezahlt hat. Aber, wie gesagt, auch der schwule Konzernherr kann sich bedient fühlen aus diesem sozialdemokratischen Musterladen. Zweifel, daß die „Bunte Liste" die 5%-Hürde nimmt, kann man kaum haben, wenn es noch ein bißchen gerecht zugeht in der Welt. Eher ist zu bezweifeln, ob das irgendeiner Partei sonst noch gelingen kann, nachdem jetzt die „Hamburger Bürgerschaftswahl" „dieses Mal was ganz Neues zu bieten" hat.

Zuversichtlich stellt der „Arbeiterkampf" fest: „Wenn mit der gleichen Phantasie weitergearbeitet wird und die Anstrengungen in der Mobilisierungsarbeit und in der Massenagitation noch verstärkt werden, dann müßte der Wahlkampf der „Bunten Liste" eigentlich ein Erfolg werden."

Unbedingt! Schon stellt der „Stern", eines der beiden anderen Hamburger Magazine, anerkennend fest:

„So einen Wahlkampf hat Hamburg noch nicht erlebt: Straßentheater und Freiluftkonzerte, Fêten und Happenings, selbstgemalte Plakate und handgeschriebene Wandzeitungen werden um die Stimmen der Hansestädter werben. Statt oberflächlicher Wahlslogans und teueren Hochglanzbroschüren sollen Witz und Kreativität die Bürger am 4. Juni an die Wahlurnen locken. Denn mit den etablierten Parteien SPD, CDU und FDP und den bisher stets chancenlosen Splittergruppen drängt eine neue Kraft ins Rathaus."

Was da vom „Stern" so freudig erregt begrüßt wird, ist die alte „Kraft" der Sozialdemokratie. Aber bis aus den Detlefs, Hopfenmüllers und wie sie alle heißen, erst ein Willy hervorgegangen sein wird, mag es schon zu spät sein, um solche Karrieren noch mit Cognac begießen zu können. – (Z-Red.)

Wenn Schmücker kein neues Angebot vorlegt, wird weitergestreikt!

Streiks bei VW/Urabstimmung beschlossen/Schmücker will neue Verhandlungen

5.April. Die Große Tarifkommission für VW beantragte einstimmig beim IG Metall-Hauptvorstand die Urabstimmung. Vorher hatten die IG Metall-Vertreter in der Schlichtungskommission es abgelehnt, einer möglichen Verlängerung des Schlichtungsverfahrens zuzustimmen, da Schmücker nur 5% angeboten und sämtliche anderen Forderungen, speziell die Vorweganhebung der unteren Lohngruppen, kategorisch abgelehnt hatte.

Frühschicht: Kurze Warnstreiks und Versammlungen in der Golf-Montage Halle 12 und dem Rohbau Halle 2. Spätschicht: dreiviertelstündige Streikversammlung von 700 Arbeitern der Golf-Endmontage Halle 12, eine halbe Stunde Streik von 2000 Arbeitern im Rohbau Halle 2 und 4.

Am selben Tag schickte Schmücker ein Telegramm an die Verhandlungskommission, daß er zu neuen Verhandlungen bereit sei. Die IG Metall will die Verhandlungen „parallel" zur Entscheidung des Hauptvorstandes und der bevorstehenden Urabstimmung führen. Dies wurde auf der Vertrauensleutekörpersitzung bekanntgegeben.

6.April. In dem verteilten Informationsblatt der IG Metall „Wir Metaller" heißt es abschließend: „Erstmalig in der Tarifgeschichte bei VW befinden wir uns in einem tariflosen Zustand. – Die Friedenspflicht ist mit Ablauf der ergebnislosen Schlichtung beendet. – In dieser Situation kommt es mehr denn je darauf an, die Geschlossenheit und Solidarität der letzten Tage und Wochen weiter unter Beweis zu stellen. – Denn nur gemeinsam sind wir stark."

Frühschicht: von 9.30 bis 14 Uhr streikten etwa 3000 Arbeiter hauptsächlich der Golf-Montage Halle 12, der Derby-Polo-Montage Halle 10 und der Lackiererei Halle 9. Sie zogen in einem Demonstrationszug durch die Hallen zum Verwaltungshochhaus, um die Forderung nach 8% zu bekräftigen und eine Stellungnahme Schmückers zu verlangen. Abschließend wurde eine Streikversammlung durchgeführt, in der schnelle Urabstimmung gefordert wurde und die Notwendigkeit des Streiks hervorgehoben wurde. Ein Mitglied des Betriebsratsausschusses beantwortete Fragen zu dem Stand der Verhandlungen, der Urabstimmung.

Spätschicht: 8 bis 10000 Arbeiter führten den Streik der Frühschicht von 15.30 bis gegen 19.00 Uhr fort.

7. April. Frühschicht: Mit Beginn der Schicht war in der Halle 12 das Hauptthema der Streik vom Vortag und daß das wiederholt werden müsse, um wirklich Druck zu machen. Bis 9.00 Uhr hatten sich die Arbeiter mit den Vertrauensleuten verständigt, wieder nach der Pause um 9.30 Uhr geschlossen vor der Kantine loszugehen. In der Verbindungstür zwischen der Halle 12 und der Lackiererei Halle 12a warteten seit 9.10 Uhr schon 40 Arbeiter der Lackiererei, die nicht wieder durch verschlossene Türen von dem Zug getrennt werden wollten. Punkt 9.30 Uhr marschierten dann bereits etwa 1500 Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Halle 12 los in Richtung Halle 10. Viele von denen, die am Vortag noch an den Bändern oder in den Pausenräumen geblieben waren, kamen diesmal mit. Der Zug ging um die Halle 10 herum und dann zwischen den Bändern mitten hindurch. Die von Meistern aufgestellten Hindernisse waren schnell beiseite geräumt. Überall schlossen sich wieder Arbeiter an. Die Meister versuchten, die Arbeiter an den Bändern zu halten. Doch redeten sie auf die einen ein, verschwanden die hinter ihrem Rücken in den Zug, drehten sie sich um, waren die anderen weg. Die Arbeiter der Polsterei warteten schon auf den Zug und schlossen sich an. Dann ging es wieder durch die Lackiererei Halle 9 rüber in die Hallen 4 und 3. In der Halle 2 schlossen sich weit über die Hälfte der Arbeiterinnen der Näherei an. Im Rohbau Halle 2 wurde, während die Demonstration durchzog, eine halbe Stunde nicht gearbeitet. Dann ging es quer durchs Preßwerk und über die Mittelstraße in die Hallen 17 und 18. In Halle 17 schlossen sich etwa 100 bis 150 Facharbeiter aus dem Schnittbau an.

Auch in Halle 16 wurde nicht mehr gearbeitet. Die Halle 18 wurde ziemlich stillgelegt. Als der Zug dann die Hallen wieder verließ, und Richtung Verwaltungshochhaus marschierte, war er etwa 3mal so groß wie am Vortag. Etwa 10000 Arbeiterinnen und Arbeiter, inzwischen auch einige Angestellte, sammelten sich vor dem Hochhaus, das dann etwa 1 Stunde bis 13.15 Uhr belagert wurde. Immer wieder wurde gerufen: „8% mehr Lohn, alles andere ist ein Hohn.", „Schmükker raus", „Wir kommen wieder."

Wenn kein neues Angebot da ist, das akzeptabel ist, dann soll es Montag weitergehen. Geschlossen zogen die Arbeiter dann wieder an den Werkswachen vorbei, um die hereinkommende Spätschicht aufzufordern, den Streik weiterzuführen.

Die Spätschicht trat dann ab 15.30 Uhr ebenfalls wieder in den Streik. Seit 15.15 Uhr zog ein Demonstrationszug durch die Hallen mit Kern aus der Endmontage (Hallen 10 und 12). Anfangs waren es 4000 Arbeiter, gegen 20 Uhr 7 bis 10000, die vor dem Verwaltungshochhaus angekommen sind. Aus vielen Abteilungen haben sich Arbeiter beteiligt, die am Tage zuvor noch nicht teilgenommen hatten. Der Rohbau stand mehrere Stunden still, obwohl sich die Arbeiter nicht angeschlossen hatten. Auch die Forschungs- und Entwicklungsabteilung soll gestreikt haben. – (Zelle VW/Wolfsburg)

Jede neue Maschine nutzen die Kapitalisten zu Runtergruppierungen

Lohngruppenverteilung Siemens-Braunschweig
Stand November 1977

Arbeiter: 600, 500, 400, 300, 200, 100
Zeitlohn
Akkordlohn
Lohngr 01 02 03 04 05 06 07 08 09 10

Braunschweig. Von 1972 bis 1977 haben die Siemens-Kapitalisten die Belegschaft in der Fertigung von 3211 auf 2060 DM reduziert. Dazu kommen ca. 400 Monteure, deren Zahl in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Beständig haben die Kapitalisten dabei einen immer größeren Teil der Belegschaft in die unteren Lohngruppen gedrückt. Waren 1972 einschließlich der Monteure 74,77% der Belegschaft in den Lohngruppen unterhalb und einschließlich 07, so sind es im November '77 über 10% mehr (84,95%). Wesentliche Methode der Rationalisierung war dabei seit Jahren die Einführung neuer Fertigungstechnologien, insbesondere die Ersetzung der Elektromechanik durch Elektronik. Entlassungen gab es „direkt" keine – die Siemens-Kapitalisten nennen es „Nichtersetzen der Fluktuation" oder „Kündigung im gegenseitigen Einvernehmen". Seit 1974 wurden in der Vorfertigung insgesamt acht numerischgesteuerte Maschinen angeschafft, die zum Teil über 20 Jahre alte Maschinen ersetzten. Jede kleine Änderung im Arbeitsablauf können die Kapitalisten mit ihrer „Siemens-Arbeits-Bewertung" nutzen, um die Lohngruppen neu festzulegen. Zusammen mit der gleichzeitigen Ausdehnung der Akkordarbeit haben sie in den letzten fünf Jahren davon reichlich Gebrauch gemacht. Waren es 1972 44% der Arbeiter im Akkord, so waren es 1976 bereits 69%. bei den Frauen betrug die Steigerung sogar 61% auf 91%. Ständig gibt es Kleinkrieg gegen diese Methoden der Lohnsenkung der Arbeiter. 1974 legten 120 Zeitlöhner Beschwerde beim Betriebsrat ein, weil die Kapitalisten die damals durchschnittliche 20%ige Leistungszulage auf 13% senken wollten. Sie kamen damit nicht durch. Die Streichung der unteren Lohngruppen wurde vom Siemens-Vertrauensleutekörper in den Tarifkämpfen seit 1970 regelmäßig gefordert. Als 1976 die großen Umsetzungen aus der Fernschreiberfertigung wegen der Fertigungsverlagerung des neuen elektronischen Fernschreibers nach Westberlin anstanden, forderte der Vertrauensleutekörper auf Grund einer breiten Bewegung in der betroffenen Abteilung „Keine Entlassungen", „Keine Versetzungen mit Lohneinbuße", „Keine Lohngruppenrückstufungen". Seitdem wird der Kampf darum vor allem in ständigen, zum Teil kollektiven Beschwerden beim Betriebsrat gegen jeden Versuch der Runtergruppierung geführt. – (Zelle Siemens)

Bemühungen der belgisch-luxemburgischen Stahlbarone, einen Superkonzern von der Saar bis zur Nordsee zu errichten

Deutsche, luxemburgische und belgische Arbeiter sollen die Zeche begleichen

Während die Brüsseler EG-Kommissare an einem „europäischen Stahlplan" schreiben, der – nach der Festlegung von Mindestpreisen – den einzelnen Stahlmonopolen der EG Produktionsschwerpunkte und -quoten zuteilen soll, um die Konkurrenz untereinander einzuschränken und sie sozusagen in Reih und Glied für die Schlacht um den enger werdenden Weltmarkt auszurichten, ist in Wirklichkeit von „in Reih und Glied" keine Rede. Vielmehr treibt die scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt und das Sinken der Profitraten einen anarchischen Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals voran, der die Berechnungen der EG-Kommissare über den Haufen schmeißt und die Konkurrenz der Stahlmonopole der EG unweigerlich verschärft. So haben sich jetzt die belgischen und luxemburgischen Stahlbarone darangemacht, ein Stahlgroßherzogtum von der Saar bis zur Nordsee aufzurichten, unter Führung der luxemburgischen Arbed, hinter der wiederum belgische, französische und deutsche Finanziers stehen. Konkret handelt es sich um die Verschmelzung praktisch der kompletten Stahlindustrie im Bassin von Charleroi mit der Arbed, eingeleitet durch einen fünfjährigen Kooperationsvertrag, der der eigentlichen Fusion vorangehen soll. Der Konzern, der damit Konturen annimmt, wird an einer Gesamtproduktion von über 19 Mio. Tonnen der größte Stahlkonzern der EG und der fünftgrößte Stahlkonzern der westlichen Welt.

Die belgisch-luxemburgische Stahlindustrie ist bereits jetzt hochkonzentriert und finanziell verflochten. Im wesentlichen sind es drei Gruppen:

- die *„Cockerill"*-Gruppe, die ihren Schwerpunkt im Stahlbassin von Lüttich hat und gegenwärtig der größte belgische Stahlkonzern ist. Mehrheitsaktionär ist die Société Générale de Belgique, der führende belgische Finanztrust, der, vom belgischen Königshaus einst persönlich aus Kolonialprofit gezimmert, sich bis heute in neo-kolonialen Unternehmungen jeder Art um den Erdball treibt und die Geldseele des ganzen belgischen Staatswesens bildet;
- die *„Arbed"*, in der dieselbe Société Générale zusammen mit dem französisch-belgischen Finanzclan der Schneider-Empain (man erinnert sich, der besagte Baron) den Löwenanteil hält. Seitdem die Arbed die saarländischen Hütten und Stahlwerke im Januar dieses Jahres von dem westdeutschen Parasitengeschlecht der Röchlings und Wolffs von Amerongen übernommen hat, haben die Röchlings ihrerseits einen 10%igen Anteil an der Arbed erhalten und werden bei dem jetzigen Expansionsunternehmen nicht hintendran sein. In Belgien hat die Arbed bereits vor 10 Jahren mit Sidmar in Gent das größte und modernste, ganz auf die Verarbeitung von Eisenerzen aus der Dritten Welt und auf den Export orientierte Stahlwerk Belgiens errichtet. Die Arbed hat darüberhinaus ein weitgespanntes Netz von Beteiligungen an Kohlegruben an der Ruhr und in den USA, an Eisenerzgruben in Lothringen und Brasilien, ebenso wie an zahlreichen metallverarbeitenden Fabriken erworben, so Felten & Guilleaume in Köln.
- Die *„Financière de Rueau"*, eine Finanzholding, in der die aggressiven Newcomer unter den belgischen Stahlindustriellen, die Frère-Bourgeois, die Führung haben, gefolgt von der Copeba-Bank; Anteile an einzelnen Werken hält der westdeutsche Clan der Flicks. Die Financière de Rueau hat unter Albert Frère die Masse der Stahlbetriebe im Bassin von Charleroi zusammengefaßt. Um die Verschmelzung dieser Betriebe mit dem Potential der Arbed geht es im Augenblick.

Die belgischen und luxemburgischen Stalkapitalisten arbeiten zu mehr als 80% für den Export. Exportieren und nochmal exportieren ist ihr Lebensgesetz, mangels eines ausgedehnteren inneren Marktes. Dies bedeutet, in der Ausbeutung der eigenen Arbeiter Spitzenleistungen zu vollbringen. Darin waren sie schon bisher nicht faul. Über die trübe Geschichte der Arbed haben wir in KVZ 6/78, Ausgabe Mitte, einiges geschrieben. Die belgischen Stahlkapitalisten haben in der Zeit von 1965–75 aus einer etwa gleichbleibenden Arbeiterzahl von 50000 durch die annähernde Verdoppelung ihrer Pro-Kopf-Leistung Millionen Tonnen Stahl herausgepreßt, womit sie ihre Expansion vorangetrieben haben. In den letzten Jahren haben sie die gesamte Stahlindustrie in Belgisch-Luxemburg (die Athus-Altshom-Betriebe) auf einen Streich stillgelegt und mehrere tausend Arbeiter auf die Straße gesetzt. In den übrigen Betrieben haben sie die alten Arbeiter in großer Zahl in die vorzeitige Pensionierung gepreßt, sie nicht ersetzt und die verbleibenden Belegschaften monatelang, in manchen Fällen ein Jahr lang und länger kurzarbeiten lassen. Es ist sicher, daß sie noch eine ganz andere Rationalisierungskampagne im Sinn hatten. Tatsache ist aber, daß sie damit großteils gegen die hochorganisierten und äußerst klassenbewußten Belegschaften, vor allem in den alten schwerindustriellen Zentren Walloniens, nicht durchgekommen sind. (Vgl. KVZ 5/78)

Jetzt blasen sie zum Generalangriff. Die Zusammenfassung zu einem Supermonopol unter Führung der Arbed dient selbst diesem Ziel. Nach Plänen der belgischen Regierung sollen bis 1980 mindestens 7000, möglichst 10000 Arbeiter hinausrationalisiert werden. Zahlreiche Betriebe und Betriebsteile sollen stillgelegt werden.

Die „Kooperation" zwischen Arbed und der Rueau-Gruppe soll die Produktion für bestimmte Stähle in einzelnen Werken konzentrieren, während sie in anderen eingestellt wird. Einige wenige Hochofenzentren, die mit äußerster Intensität betrieben werden, sollen für den ganzen verzweigten Konzern das Rohmaterial liefern.

Die Gewerkschaftsorganisationen in den Stahlbetrieben haben sofort reagiert: „Eine einzige Entlassung, und wir sind in Aktion", hat die Gemeinsame Front der Metallgewerkschaften der wallonischen Stahlgebiete auf einer sofort einberufenen Funktionärskonferenz festgelegt. In den Fernsehnachrichten am 7. April sah man die Arbeiter eines von Stillegung bedrohten Betriebes unter den roten Fahnen ihrer Gewerkschaft und unter dem kräftigen Gesang der Internationale marschieren. Es kündigt sich ohne Zweifel eine harte Klassenschlacht an. Die große Schwierigkeit ist, daß die Reformisten innerhalb der Arbeiterbewegung ihre Zersetzungsarbeit weiterbetreiben können. Sie singen die Internationale mit, wenn es sein muß, brüllen am lautesten: „Keine einzige Entlassung" und fügen hinzu: „...ohne unsere Zustimmung!" Sie proklamieren den „Kampf um die Arbeitsplätze", während sie zugleich den Kampf um den Lohn und gegen die Intensivierung der Ausbeutung blockieren und abschwächen, wo sie können. Tatsächlich ist der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und um den Lohn aber die grundlegende Voraussetzung, um der rücksichtslosen Rationalisierungskampagne der Kapitalisten zu begegnen. Es wird also ein schwieriger Kampf für die belgischen Stahlarbeiter, die sich dabei jetzt mit den Arbeitern der Saar und Luxemburgs in einer unmittelbaren Kampfgemeinschaft befinden. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Beschäftigte arbeiten langsam – Angebot muß her!

Heidelberg. Orthopädische Klinik. Am Verhandlungstag wurden im Betrieb die Nachrichten gehört. Nachdem Maihofer kein Angebot gemacht hat, wurde festgelegt, daß man sich jetzt nicht länger hinhalten lassen kann und weitere Schritte unternehmen muß. Es wurde eine Erklärung verfaßt, in der es unter anderem heißt: Wir „erklären, daß für uns ein verhandlungsfähiges Angebot nicht unter 7% liegt, und wenn das nicht sofort vorgelegt wird, gestreikt werden muß! Bei 3,7% würden diejenigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die zwischen 1600 und 2200 DM brutto bekommen (was bei uns an der Klinik 89% sind) ca. 45 DM bis 70 DM. Beide Angebote sind weiterer Lohnabbau. Vom Bundeswirtschaftsministerium und federführend von Graf Lambsdorff werden derzeit Preissteigerungsraten angegeben zwischen 3 und 4%. Davon lassen wir uns nicht täuschen und machen hier unsere eigene Rechnung auf ... die Preissteigerungsrate für Waren, die wir essen und brauchen, (liegt) bei 20 bis 30% ... Das belegt, so meinen wir, schlagend, daß ein Angebot unter 7% überhaupt nicht hingenommen werden kann." Bisher haben 13 Beschäftigte unterschrieben. Jetzt berät die Belegschaft weitere Schritte. Es wird nicht mehr aufgeräumt, und es gibt soviel Unordnung, viele kommen später, lesen intensiv die Zeitung und beraten darüber, diskutieren mit den Patienten. Die Klinikleitung hat Schwierigkeiten, die Antreiber zusammenzuhalten und gegen die Maßnahmen der Beschäftigten zu führen. Eine Abteilungsleiterin versucht ohne Erfolg den Angestellten das Zeitungslesen strikt zu verbieten. Jetzt wird langsamer gearbeitet, ein Angebot muß her.

Bremer Vulkan: Streik gegen Akkordkürzungen

Bremen. Nachdem es schon in der vergangenen Woche zu Protestmärschen einzelner Schlosserkolonnen zum Betriebsrat bzw. Akkordbüro gekommen war, marschierten am 6. April 30 bis 40 Akkordschreiber und Vertrauensleute zum Betriebsrat und forderten ihn auf, seine Sitzung zu unterbrechen und zur Schlosserei zu kommen, um in einer Versammlung die Forderungen der Arbeiter entgegenzunehmen und sofort mit den Kapitalisten in Verhandlungen zu treten. Ausgelöst hat den Streik eine Akkordkürzung bei einer Arbeit, die vor zehn Jahren schon einmal in der Schlosserei gefertigt wurde. Die Kapitalisten erklärten sich sofort bereit, einer Akkordabsicherung von 28% bei beliebiger Zeitaufwendung zuzustimmen, als die Arbeiter ankündigten, bei Ablehnung sofort in den Streik zu treten. Im Durchschnitt werden 32% in der Schlosserei abgegeben. Das Ergebnis zeigt den Willen der Arbeiter, keine weiteren Lohnsenkungen hinzunehmen, und die Angst der Kapitalisten vor dem Streik. Mehrere Arbeiter sind der Meinung, die durch den abgesicherten Akkord von 28% entstehende Zeit zur Organisierung des Lohnkampfes zu nutzen.

ben sich die Arbeiter noch nicht durchsetzen können. Eine Woche lang war die „Times" nicht erschienen, ebenso der auf der gleichen Rotation gedruckte „Guardian". Die Kapitalisten hatten am Samstag vor Ostern 93 Druckarbeitern wegen Arbeitsverweigerung fristlos gekündigt, die sich durch Verweigerung von zusätzlicher Mehrarbeit gegen die Rationalisierung gewehrt hatten. Die ganze folgende Woche erschien daraufhin die „Times" nicht, auch dann nicht, als die Kapitalisten der gesamten Belegschaft mit Kündigung drohten. Am Freitag abend schließlich schlossen die Kapitalisten und die Führung der Metallarbeitergewerkschaft (der diese Arbeiter angehören) ein Abkommen, in dem die Kapitalisten die Vereinbarung, wegen der Nichtersetzung von Abgängen – darum ging es – in den nächsten Wochen ein „Produktivitätsabkommen" auszuhandeln, in dem Lohnzuschläge für die zusätzliche Arbeit festgelegt werden sollen. Als die Kapitalisten mit diesem Abkommen in der Tasche an die Herausgabe der nächsten Nummer der „Sunday Times" gehen wollten, weigerten sich die 450 Arbeiter der eigentlichen Rotationsbesatzung, die durch den vorhergehenden Stillstand nötigen zusätzlichen Überstunden zu machen. Ein Angebot von zusätzlichen 17 Mark wurde von ihnen zurückgewiesen. Erst am Montag konnte die „Times" erstmals wieder erscheinen.

Im zweiten Kampf, dem einwöchigen Überstunden- und Auslieferungsboykott für die nationalen Zeitungen durch die Arbeiter bei den Londoner Zeitungsgroßhändlern, wurde ein „Zwischenabkommen" abgeschlossen. Der Vorsitzende des TUC, vergleichbar dem DGB, hatte persönlich an den Verhandlungen teilgenommen. Über die Höhe der jetzt vereinbarten Überstundenzahlung ist nichts bekannt. Die Gewerkschaftsführung hatte erklärt, sie sei bereit, von den abgeschlossenen 2,35 Pfund (9,40 DM) auf 2 Pfund (8 DM) zurückzugehen. Endgültig soll am 23. April ein Abschluß unterzeichnet werden. –(Korrespondentenbericht London)

50 koreanische Krankenschwestern haben in Göttingen Arbeitsverbot

Göttingen. 66 koreanische Krankenschwestern sind seit drei Jahren an den Uni-Kliniken in Göttingen eingesetzt. 50 von ihnen haben diese Tortur überstanden. Im Juni werden ihre Verträge ablaufen, dann haben sie in Göttingen Arbeitsverbot. Als man sie 1975 nach Göttingen eingeflogen hatte, war der Plan des Dienstherrn, sie gegen die Kämpfe der Belegschaft einzusetzen. Verwaltungsdirektor Lengler kündigte sein Programm des Personalabbaus und der Reduzierung sowie Lohnsenkung bei den studentischen Sitzwachen an. In der Belegschaft wurde der Streik der studentischen Sitzwachen vorbereitet. Die koreanischen Krankenschwestern erschienen deshalb Lengler als Spaltpilz und Streikbrecher geeignet. In Südkorea werden Streiks und gewerkschaftlicher Kampf unterdrückt. Als Ausländer in der BRD unterstehen sie dem reaktionären Ausländergesetz und werden zusätzlich vom koreanischen Geheimdienst „betreut". Deutschkenntnisse wurden ihnen im Schnellkurs beigebracht. In den Klinikwohnheimen versuchte man sie vom Klinikpersonal zu isolieren, indem sie auf bestimmten Ebenen der Wohnheime zusammengepfercht wurden. Das hat dem Dienstherrn trotzdem nichts eingebracht. Die Auffassung in der Belegschaft war: Keine Entlassung und keine Lohnkürzung. Am 1. Mai wurde von Beschäftigten der Kliniken die Parole mitgetragen: Deutsche Arbeiter und ausländische Arbeiter – eine Kampffront. Wochenlang streikten die studentischen Sitzwachen, gestützt auf große Teile der Belegschaft, gegen die Pläne des Dienstherrn. Im Laufe der letzten drei Jahre sind dem Dienstherrn dennoch mit dem Umzug ins Neue Klinikum gewisse Fortschritte in der Rationalisierung gelungen. Ca. 400 Sitzwachen sind aus dem Betrieb herausgeflogen. Jetzt sollen die Koreanerinnen nachfolgen, um somit die Rationalisierung in den Kliniken weiter voranzutreiben. Da viele der koreanischen Krankenschwestern mit ihrem Lohn ihre Familien in Korea unterstützen, haben sie sich bereits in anderen Städten der BRD Arbeit gesucht. Ein Teil von ihnen geht scheinbar freiwillig. Für sie stellt sich die Sache so: Der Dienstherr ist im Recht, da der Kurzvertrag abgelaufen ist, „Sollen wir jetzt um Arbeit betteln?". Derartige Argumente sind vom Dienstherrn systematisch verbreitet worden, um den Kampf für die Weiterbeschäftigung zu verhindern. Die Klinikverwaltung hat unter den Koreanerinnen in Zusammenarbeit mit dem Göttinger Arbeitsamt die Lüge verbreitet, daß in Göttingen auf Arbeitslosengeld, sowie auf Arbeitsvermittlung kein Anspruch bestehe. Der „Arbeitskreis Koreanische Krankenschwestern" hat das entlarvt und den Versuch unternommen, das Abschieben der Krankenschwestern zu verhindern. Dabei wurde der Fehler gemacht, sich nicht auf die kämpfende Belegschaft der Uniklinken zu stützen, sondern es wurde die Auffassung bestärkt, das sei Sache der Koreaner. In der Mensa der Universität wurden zwar 800 Unterschriften gesammelt, das reichte aber nicht aus, um den Dienstherrn zur Weiterbeschäftigung der Koreanerinnen zu zwingen. Das ist im Arbeitskreis erkannt worden. Jetzt wird diskutiert, wie gegen die Rationalisierungen der Zusammenschluß aller Lohnabhängigen an den Kliniken, unabhängig von ihrer Nationalität, hergestellt werden kann. – (Zelle Uni-Kliniken Göttingen)

Bremen: Brief an Maihofer auf ÖTV-Protestveranstaltung verabschiedet.

Die Beschäftigten der Bremer Uni haben gegenüber der Hinhaltetaktik der Sozialdemokraten im Vertrauenskörpervorstand eine Veranstaltung zur Organisierung des Tarifkampfes durchgesetzt und folgende Resolution beschlossen:

„Sehr geehrter Herr Maihofer!

Die Tarifverhandlungen am 5. April sind beendet worden, weil Sie nach wie vor nicht mehr als 3,7% mehr Lohn und einen Tag mehr Urlaub für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen angeboten haben. Wir begrüßen das Verhalten der ÖTV-Verhandlungskommission und fordern Sie dringend auf, am 11. April endlich ein Angebot zu machen, über das man wenigstens sprechen kann.

Wir wollen Ihnen kurz vor Augen führen, was Ihr bisheriges „Angebot" eigentlich bringt. Wir haben errechnet, daß ein Kollege der Gehaltsgruppe BAT Vc in Steuerklasse III/1 im Monat gerade 50 DM netto mehr hätte. Dabei ist das Weihnachtsgeld schon mitgerechnet.

Dieser recht schäbigen Aufbesserung stehen gegenüber Preissteigerungen von 5 und mehr Prozent. Z.B. Butter 5,3%, Schweinebauch 6,2%, Rindfleisch ca. 11%, Roggenvollkornbrot 6,7%, Eier 8,3%, Seelachsfilet 14,9% (Angaben nach Verbraucherzentrale Bremen). Die Waren des Arbeitnehmerhaushalts haben sich um etliches mehr verteuert, als die sagenumwobenen 3%, die aus dem Ministerium ihres Kollegen, Graf Lambsdorff, gemeldet worden sind.

Wir müssen uns nach den Realitäten richten und nicht nach dem, was durch Manipulationen mit Durchschnitten herauskommt. Da wir unsere Arbeitkraft wenigstens auf dem Stand erhalten wollen, der erreicht ist, sind wir ganz entschieden gegen eine weitere Lohnsenkung. Deswegen fordern wir Sie auf, umgehend 7% oder mehr anzubieten. Andernfalls werden wir unserer Gewerkschaft nahelegen, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und zur Urabstimmung überzugehen."

Beschluß zum 1. Mai

Westberlin. Das Plenum des Ausschusses arbeitsloser Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler (Aalew) der GEW Westberlin hat am 4. April folgende Hauptparolen beschlossen: Gegen Rationalisierung und Mehrarbeit! Für die 35-Stunden-Woche! Sofortige Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für Lehrer! Schluß mit den Reallohnsenkungen! Keine Kürzung der Anwärterbezüge! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf! Gegen politische Disziplinierung und Berufsverbote! Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt!

Gemeinsame Linie zur Verständigung?

In Vorbereitung der Verhandlung:

„Maihofers Ziel ist der Abschluß in der dritten Runde." (Welt) „Beamte sollen bescheidener anfangen. ... Solange ein Hochschulabsolvent für den Start beim Staat A 13 (und das ist schon im Grundgehalt über 2500 DM) erhält, werden sie überhöhte Einkommensvorstellungen haben." (Welt, 3.4.)

Nach den geplatzten Verhandlungen:

„Kluncker droht mit ‚härterer Gangart' / Kein neues Angebot – Vertagung (...) Er (Kluncker, d. Red.) sprach von einer ‚sehr kritischen Phase', falls die Arbeitgeber nicht bald über ihr ‚mieses Angebot' hinaus gingen." (Neue Osnabrücker Zeitung, 6.4.) „Kluncker stellt ein Ultimatum / öffentliche Arbeitgeber sollen ein neues Tarifangebot vorlegen." (Hannoversche Allgemeine, 6.4.)

„Da die Arbeitgeber wissen, daß sie an der vor der Komma nicht vorbeikommen, sind sie in der Urlaubsfrage so hart. Allerdings haben sie ungschickt verhandelt. Sie verlangen von der Gewerkschaft bei einer Erhöhung des Urlaubsangebots die Anrechnung des gegenwärtig gewährten Zusatzurlaubs für erschwerte Arbeit, beispielsweise im Schichtdienst. Das würde bedeuten, daß mit der einen Hand genommen, was mit der anderen gegeben wird. Hier kommt das Besitzstandsdenken ins Spiel." (Hannoversche Allgemeine, 6.4.) „... die Arbeitgeber würden erst dann ein neues Angebot vorlegen, wenn eine ‚gemeinsame Linie zur Verständigung in Sicht' sei. (...) Maihofer machte deutlich, daß die Arbeitgeber auf jeden Fall im Gesamtvolumen unter dem Abschluß des Metallbereichs bleiben wollen." (Hannoversche Allgemeine, 6.4.)

„Zu diesem Angebot, das insgesamt nur durch eine Einrechnung des Urlaubstages unter 4% blieb, äußerten sich die Gewerkschaften zurückhaltend, aber verständnisvoll. Sie erkannten an, daß Maihofer – um dem öffentlichen Dienst die Lohnführerschaft zu ersparen und nichts für Metall zu präjudizieren – nicht mehr hatte bieten können. (...) Nach dem Stuttgarter Metallabschluß wurde dann von der ÖTV eingeräumt, daß gewisse Signale gesetzt seien, man die Zahl vor dem Komma nicht alleinentscheidend für eine Einigung hält." (Handelsblatt, 6.4.)

Ehrenbergs Programm schlägt Wurzeln bei Medizinprofessor Gross

„Mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Jahre achten"

Ehrenbergs Krankenversicherungskostendämpfungsprogramm hat beim gesagt: „Anfangs sollten wir nicht verkennen, daß die naturwissenschaftliche Medizin mit der heutigen mittleren Lebenserwartung von rund 70 Jahren der Grenze der natürlichen Lebenserwartung schon recht nahe gekommen ist. Wir dürfen deshalb künftig mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Jahre achten." Eine ähnliche Einschätzung der Lebenserwartung hat schon die Bibel im Psalm 90, Vers 10, getroffen, und Gross kann deshalb darauf hoffen, daß seine zwei Jahrtausende alte Auffassung als Vorurteil wirkt und unwidersprochen bleibt. In der Bibel heißt es: „Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; denn es fähret schnell dahin, als flögen wir davon."

Die Bibel jedenfalls stellt noch einen Zusammenhang her zwischen Lebensalter und Produktion, wenn sie auch den Schluß nahelegt, als seien kräftiges Überstundenschieben, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit ein Faktor, der das Leben verlängert. Bei Prof. Gross hat die Lebenserwartung eines Arbeiters nichts mit dessen Verschleiß in der kapitalistischen Produktion zu tun. Die eigentliche Ursache der Unzufriedenheit der Massen über das Gesundheitswesen sei darin zu sehen, daß „das Vertrauen in die Wissenschaft, in das letztlich überall Machbare, in den Glauben an einen unaufhaltbaren Fortschritt" zu groß sei.

Millionenfache Erfahrung scheint die Auffassung der Prof. Gross und der Bibel zu bestätigen, daß es eine absolute Grenze des Lebens gibt, wo eben der Tod eintritt. Jedes Krokodil, jede Ratte muß sterben. Auch der Bourgeois, wie etwa Rockefeller I. mit 98 Jahren, muß letztlich unter die Erde, zu verkleistern.

Aber die Feststellung, daß jeder sterben muß, ist etwas ganz anderes als die Behauptung des Prof. Gross, daß das für immer so bleiben muß, ebenso, daß es mit 70 Jahren eintreten muß. Engels hat 1874 in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" gegen den Physiker Helmholtz polemisiert, als dieser behauptete, Leben sei nicht künstlich zu erzeugen: „Leben ist die Daseinsweise der Eiweißkörper, deren wesentliches Moment im *fortwährenden Stoffwechsel mit der äußeren sie umgebenden Natur besteht* und die mit dem Aufhören dieses Stoffwechsels auch aufhört und die Zersetzung des Eiweißes herbeiführt ... Solange wir aber von der chemischen Zusammensetzung des Eiweißes nicht mehr wissen als jetzt, also an künstliche Darstellung wahrscheinlich auf 100 Jahre nicht denken können, ist es lächerlich zu klagen, daß alle unsere Bemühungen etc. ‚gescheitert sind'."

Noch lächerlicher ist es heute, wo wesentliche Gesetzmäßigkeiten des Eiweißstoffwechsels aufgedeckt sind und zahlreiche Eiweißsubstanzen künstlich hergestellt werden können, wie Prof. Gross zu behaupten, es gäbe eine unverrückbare „Grenze der natürlichen Lebenserwartung." Das wird nicht einmal von den bürgerlichen Wissenschaftlern behauptet, die die biologischen Gesetzmäßigkeiten des Alterns aufzudecken versuchen.

Es gibt bisher einige Anhaltspunkte dafür, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Fähigkeit der einzelnen Zellen, Eiweiß in ausreichenden Mengen und gleichbleibender Qualität zu produzieren, und dem Alterungsprozeß besteht. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die sogenannte Desoxyribonukleinsäure (DNS), die die Erbinformation in Form eines Codes enthält und quasi als Matrize wirkt, von der der Aufbau der verschiedenen Eiweiße standskraft eingebüßen und schließlich versagen. Der Prozeß der Zerstörung von Zellen, wie er z.B. für das Gehirn im Alter nachgewiesen ist, kann in bestimmten Fällen noch dadurch beschleunigt werden, daß das fehlerhafte Eiweiß vom Körper als „fremdes" eingestuft wird und ähnliche Abwehrvorgänge in Gang gesetzt werden wie beim Eindringen von Bakterien oder Viren, die als körperfremdes Eiweiß schließlich zerstört werden. Normalerweise findet jedoch ein ständiger Kreislauf des Aufbaus und der Zerstörung von Eiweiß statt, so daß derartige Störungen zu einem allmählichen Ersatz des normalen durch fehlerhaftes Eiweiß führen müßten.

Diese Thesen beruhen auf den Kenntnissen, die seit Engels über die Natur des Eiweißstoffwechsels gewonnen wurden, und es ist überhaupt nicht phantastisch zu behaupten, daß die biologischen Gesetzmäßigkeiten des Alterns erkannt werden und damit auch Wege gefunden werden können, diesen Prozeß zu verlangsamen, zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. Daran hat der Ehrenbergmann Gross nur insoweit ein Interesse, als er sich und seinesgleichen damit das Leben verlängern und seine Qualität erhöhen kann. Die Volksmassen aber sollen mit der „Fortschrittsgläubigkeit" Schluß machen, Naturwissenschaft Naturwissenschaft sein lassen, auf die technischen Hilfsmittel und Apparate verzichten und ihre Kassen zur Plünderung durch die Bourgeoisie freigeben. Darauf wollte Gross seine Medizinerkollegen einschwören. Man kann aus der Aufforderung, „mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Jahre" zu achten, auch herauslesen, daß die nicht vorhandener „Qualität" die „Quantität", also die Lebenszeit ruhig verkürzt werden kann. (Z-Red.)







Der Abgruppierungsvertrag von Nordwürttemberg-Nordbaden

Wer sich an Festgeld und Mindestforderungen hält, fährt besser

Nach drei Wochen Streik hat der Bezirksleiter der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden, Franz Steinkühler, einen Tarifvertrag über 5% Tariflohnerhöhung und Abgruppierungen geschlossen, der in der Urabstimmung knapp mehr als 50% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten veranlaßte, für Streikabbruch und Annahme des Ergebnisses zu stimmen.

Die 5% entwickelten sofort ihre schädliche Wirkung auf die gesamte Lohnbewegung. Diese wenigen 5% wurden von Steinkühler gerechtfertigt mit dem Argument: Durch den gleichzeitigen Abschluß des Abgruppierungsvertrages seien diese 5% mehr als tragbar, denn der Abgruppierung seien ihre „Schrecken" genommen.

Worin bestehen die „Schrecken der Abgruppierung"? Welches Ausmaß haben diese? Die Abgruppierungen sind eine inzwischen sattsam bekannte Methode der Kapitalisten, die Lohnsumme, die sie für den Ankauf von Arbeitskraft ausgeben müssen, zu senken. Es handelt sich um eine Preissenkung der Ware Arbeitskraft, nicht im ganzen, sondern der bestimmten Sorte nach.

Der Nutzeffekt für die Kapitalisten ist jedenfalls sehr einfach bestimmt: Er besteht in der prozentigen Senkung der Lohnsumme. Der Schaden trifft die Arbeiter, deren individuelle Arbeitskraft Preisstürze erfährt.

Die „Abgruppierungsschrecken" sind also nichts Mystisches, sondern gehören in den Katalog von Methoden, die die Kapitalisten entwickelt haben, um die dauernden Lohnsenkungen durchzusetzen. Es geht dabei um Lohngeld, und besser, als von „Schrecken" usw. zu reden, spricht man davon, um *wieviel* Lohngeld es geht.

Noch vor der Lohnbewegung hatte die IG Metall ein Lohngruppenbeispiel veröffentlicht, in dem eine Belegschaft vorgestellt und nach Lohngruppen eingeteilt war. In diesem Beispiel beträgt die Lohnsumme, die der Kapitalist für 476 Arbeiter pro Monat ausgeben muß, 0,8368 Mio. DM tariflich, die 16% Leistungszulage mitgerechnet.

Wie würde sich diese Monatslohnsumme entwickeln, wenn der Kapitalist diese Belegschaft Jahr für Jahr je um eine ganze Lohngruppe tiefer einstufte? Wie, wenn er so mit der halben Belegschaft verfahren würde? Wie, wenn er seine Abgruppierungswut auf ein Drittel der Belegschaft beschränkte?

Die folgende Tabelle gibt darüber Auskunft. Sie ist abstrakt, weil zur besseren Anschauung vorausgesetzt ist, daß sich der Tariflohn selber nicht ändert und die ganze Änderung der Lohnsumme Resultat ausschließlich der Abgruppierung ist. (Tabelle 1)

Tabelle 1: Entwicklung der Monatslohnsumme einer Belegschaft bei Abgruppierung (in DM)

	Gesamte Lohngruppenbelegung abgruppiert	Hälfte der Lohngruppe abgruppiert	Drittel der Lohngruppe abgruppiert
1977	836851,65	836851,65	836851,65
1978	797747,15	872850,44	835960,64
1979	762160,57	889439,12	818070,01
1980	731906,05	914703,88	809282,24
1981	707242,48	940112,36	795318,92
1982	687975,16	978534,99	785154,48
1983	674140,31	1027657,01	782226,56
1984	664914,95	1061330,96	771548,38
1985	659398,36	1114987,61	765768,79
1986	656193,50	1160751,00	755981,63
1987	654553,94	1217446,65	749294,97



Setzt man Jahr für Jahr eine Abgruppierung der ganzen Belegschaft um je eine Lohngruppe voraus, so ist man nach 10 Jahren dabei angekommen, daß alle Arbeiter in der untersten Lohngruppe sind. Es ergibt sich für diesen Fall ein Abgruppierungsverlust von ungefähr 22% der Lohnsumme für die Arbeiter, für den Kapitalisten ergibt sich der gleiche Prozentsatz als sein Sonderprofit aus Abgruppierungen.

Bei den anderen beiden Varianten ist der Abgruppierungsverlust der Arbeiter niedriger. Interessant ist: Die „Schrecken der Abgruppierung", die gegenüber der gewöhnlichen Tariflohnentwicklung als abgründig dargestellt werden, könnten selbst bei äußerst rasantem Holzen der Kapitalisten gegen Arbeiter, die sich überhaupt nicht wehren, ein Ausmaß von 22% nicht übersteigen, dies in *zehn* Jahren. Sie wären also durch eine Zusatzlohnsteigerung, die nach zehn Jahren 22% ausmachen muß, aufzufangen. Das wäre im Durchschnitt eine Zusatzlohnsteigerung von ungefähr 2%.

Dabei sollte man wirklich noch beachten, daß die Kapitalisten niemals ein Interesse haben können, alle Arbeiter etwa gleich zu bezahlen. Das Beispiel ist bloß ins Extrem gerechnet; wir würden schätzen, daß in der Praxis 10% Abgruppierungsverlust im Verlauf von zehn Jahren schon ziemlich viel wären. Ein solcher Abgruppierungsverlust wäre durch eine Zusatzlohnerhöhung von weniger als einem Prozent pro Jahr auszugleichen.

Damit sind wir durchaus in den Größenordnungen, die Franz Steinkühler selber für die Differenz zwischen einer passenden Lohnerhöhung und dem, was mit Abgruppierungsvertrag erträglich, nein, sogar gut sei, gesetzt hat. Man ermißt, wie stupide und scheinheilig die Behauptung Steinkühlers ist, daß man mit den 5% und dem Abgruppierungsvertrag gut leben könnte. Dies um so mehr, als dieser Abgruppierungsvertrag ja bloß für 18 Monate Ausgleichszahlung sichert. Selbst wenn er für zehn Jahre sichern würde, wär es eine unverfrorene Begründung.

Wenn dieser Schwindel mal fünf noch das einzige wäre, es möchte das als normal für Sozialdemokraten durchgehen. Aber dieser Abgruppierungsvertrag wird gleichzeitig alternativ gesetzt zu Lohnerhöhungen um Mindestbeträge und um Festgeld. Dieser Schwindel wird also zusätzlich noch benutzt, um eine gute Sache, die die Spaltung der Belegschaften mindert und ihre Kampfkraft erhöht, aus der Welt zu schaffen, als etwas Nutzloses.

Wir haben ausgerechnet, wie sich der Abgruppierungsverlust in den folgenden beiden Fällen entwickeln würde, berechnet über zehn Jahre, denn es war ja ein „Jahrzehntewerk".

Tabelle 2: Entwicklung der Lohnsumme (in DM)

	Steigerung der Lohnsumme um 5%	Steigerung der Lohnsumme um 5% und Abgruppierung um 1/2 Belegung (eine Lohngruppe / Jahr)	Abgruppierungsverlust in bezug auf 5prozentige Lohnerhöhung
1977	836851,65	836851,65	–
1978	878694,24	871915,57	6778,67
1979	922628,95	886080,71	36548,24
1980	968760,40	905866,52	62893,88
1981	1017198,42	924425,36	92773,06
1982	1068058,34	954426,28	113632,06
1983	1121461,25	993356,26	128104,99
1984	1177534,32	1015037,70	162496,62
1985	1236411,03	1055779,89	180631,14
1986	1298231,58	1086465,12	211766,46
1987	1363143,16	1127627,92	235515,24

Lohnverlust durch Abgruppierung über zehn Jahre bei 5prozentiger Lohnerhöhung

Mio. DM 1,3 1,2 1,1 1,0 0,9 0,8 – 5% Lohnsteigerung ohne Abgruppierung – entsprechende Festgelderhöhung und 5% Erhöhung bei Abgruppierung 1/2 Belegung einer Lohngruppe – 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87

a) Wir haben angesetzt, daß die 476-Mann-Belegschaft, von der wir ausgehen, von 1978 an jedes Jahr Abgruppierungen zu erleiden hätte, und zwar in solchem Ausmaße, daß jeweils die halbe Belegung einer Lohngruppe um eine Lohngruppe heruntergestuft wird.

b) Wir haben weiter angesetzt, daß diese Herabstufungen jeweils im Januar, wenn der neue Tarif gilt, durchgeführt würden.

c) Wir haben weiter angesetzt, daß die jährlich durchgesetzte Lohnerhöhung prozentig sei und sich zehn Jahre lang auf die leidigen 5% belaufe, die Steinkühler eingeführt hat.

d) Wir haben sodann eine Alternativrechnung gemacht, die zeigt, was herauskommt, wenn:

In Anbetracht der Tatsache, daß der Durchschnittstariflohn dieser Belegschaft 8,76 DM pro Stunde im Jahre 1977 war, das sind 109,6% des Ecklohnes, haben wir eine Lohnsteigerung von 5% dieses Durchschnittslohnes für alle gleich als Festgeld ausgezahlt angesetzt.

Es kommt heraus:

1. *Ohne* jede Abgruppierung würde die Lohnsumme, die der Kapitalist im Jahre 1987 zu zahlen hat, 16,357 Mio. DM betragen.

2. Bei *Abgruppierungen* wie oben beschrieben und 5prozentiger Lohnerhöhung der Tariflöhne würden 13,531 Mio. DM gezahlt werden müssen.

3. Bei den gleichen Abgruppierungen, aber gleichzeitig Festgeldforderungen, würde der Kapitalist 14,609 Mio. DM zahlen müssen.

Würde das Festgeld, immer 5% von dem Durchschnittslohn, also auf Basis von 109,6% des Ecklohnes berechnet, durch eine Prozentabsicherung von 5% begleitet, müßte der Kapitalist noch ein gehöriges bißchen mehr zahlen, und zwar an die Arbeiter, die in den höheren Lohngruppen verblieben sind.

Zählt man nun die gesamte Lohnsumme dieser zehn Jahre zusammen, so erhält man für:

– 5% ohne Abgruppierungen ..... 142,67 Mio. DM
– 5% mit Abgruppierungen ..... 127,89 Mio. DM
– Festgeld mit Abgruppierungen ..... 132,18 Mio. DM

Festgeld *ohne* Abgruppierungen würde genau den gleichen Betrag ergeben wie 5% ohne Abgruppierungen.

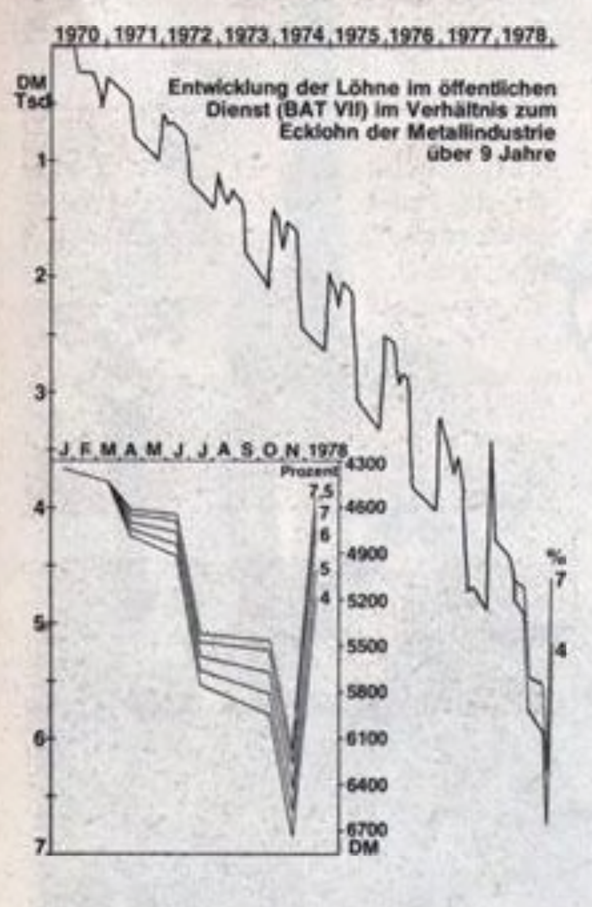
Es ergibt sich: Im Falle von Festgeldforderungen und freiem Wüten der Abgruppierung würde der Abgruppierungsverlust auf zehn Jahre 7,35% der Gesamtlohnsumme betragen. Im Falle von Prozentforderungen 10,36%, und das sind 3,0% und 4,29 Millionen DM *mehr*.

Um die exakten Wirkungen des Steinkühlerschen Abgruppierungswerkes zu untersuchen, braucht es mehr Platz, als wir hier zur Verfügung haben; wir werden dies in der nächsten Ausgabe von Kommunismus und Klassenkampf erledigen.

Wir haben's noch nicht ausgerechnet, würden aber wetten, daß
– 5% in Festgeld, so wenig das wäre, *besser* sind als dieser Abgruppierungsvertrag;
– 6% in Prozenten *auch* besser sind als dieser Abgruppierungsvertrag, so wenig 6% auch sind.

Diese Wette verliert Franz Steinkühler, aber er bezahlt sie nicht. Seine Eskapaden werden vielmehr mit den Lohnverlusten kämpfender Arbeiter ausgeglichen. Schwerlich kann das so bleiben. – (Z-Red.)

Die Geschichten Heinz Klunckers und die harten Wirkungen langer Laufzeiten



Seit einigen Jahren betont der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, man habe im öffentlichen Dienst keinen Nachholbedarf gegenüber der Industrie mehr. Wir haben nachgerechnet. Geht man von dem Verhältnis aus, in dem der Ecklohn in der metallverarbeitenden Industrie in Baden-Württemberg zum Angestelltenlohn nach BAT VII im Jahre 1970 stand, und rechnet nach, in welchem Umfange die Lohnpolitik der ÖTV dies Verhältnis wenigstens hat halten können, kommt man zu dem folgenden Ergebnis:

Seit 1970 ist der BAT VII gegen den Ecklohn in der Metallindustrie beständig abgerutscht, lediglich 1973/74 wegen des Streiks der ÖTV zeichnete sich eine gewisse Erholung des BAT VII ab. Dann kamen die niedrigen Abschlüsse und die langen Laufzeiten.

Selbst jetzt, wo der Ecklohn in Nordwürttemberg-Nordbaden durch den Steinkühler-Abschluß empfindlich beschädigt ist, würde eine Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst von 7,5% nicht ausreichen, um einen Anschluß zu ermöglichen. Unter diesen Bedingungen ist es ganz und gar unbillig, wenn über die langen Laufzeiten gar nicht geredet wird und so getan wird, als ob 5% im öffentlichen Dienst ein tragbares Ergebnis wären.

Selbst wenn man diese 5% zu einem Anhaltspunkt nimmt, und ein Streikkampf von einigen Hunderttausend über drei Wochen hinweg *setzt* einen Anhaltspunkt, kommt man zu dem Schluß, daß der öffentliche Dienst dies Jahr *höher* abschließen muß, wenn nicht ein weiteres Abrutschen eintreten soll.

Wir meinen auf jeden Fall: Da ein Abschluß im öffentlichen Dienst infolge der beiden Laufzeitverlängerungen die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr nur mit 10/12 der Erhöhung belasten wird, muß man von jedem Angebot des öffentlichen Dienstherren 2/12 abziehen, um es in seiner wahren Gestalt zu sehen, und von jeder Forderung muß man auch 2/12 abziehen. Ein Abschluß von z.B. 6,3% wäre objektiv ein großes Lohnzugeständnis an den öffentlichen Dienstherren.

Tarifkalender

Bauindustrie

Der Lohntarifvertrag ist für die 920000 Arbeiter zum 30. April gekündigt. Die Gewerkschaft IG Bau, Steine, Erden hat eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,7% gefordert und die Verdoppelung des bisherigen Anteils am 13. Monatseinkommen von 36 auf 72 Stundenlöhne. Ein Werker erhält nach dem derzeitig gültigen Lohntarif einen Stundenlohn von 8,92 DM, ein Hilfspolier 11,77 DM. An den beiden Verhandlungsterminen am 2.3. und 20.3. haben die Kapitalisten kein Angebot vorgelegt. Am 3. Verhandlungstermin am 5. April haben sie Projektionen der Bundesregierung", sagte der Verhandlungsführer der Kapitalisten, Schäfer. Die Verhandlungen sind auf den 13./14. April vertagt worden. Im Bauhauptgewerbe werden die Tarife für die Arbeiter (1300000) zum 30. April gekündigt. Ebenso im Saarland und in Bayern für die Steine- und Erdenindustrie, die Beton- und Fertigteilindustrie (Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen) und die Kalksandsteinindustrie.

Textil

Der niedrigste Grundlohn in der Textilindustrie beträgt im Tarifbezirk Nordrhein / Aachen in Lohngruppe 1 6,74 DM, der höchste in Lohngruppe 7 7,41 DM. Zum 30. April wird in den Bezirken Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Nordbayern und Südbayern und in Westfalen sowie in der Bekleidungsindustrie für 645000 Arbeiter der Lohntarif gekündigt. Am 31. Mai läuft der Tarifvertrag für 27000 Arbeiter in Niedersachsen aus und zum 30. Juni in Berlin (4800 Beschäftigte).

HBV

Die Landesbezirksleitung Baden-Württemberg hat den Kapitalisten folgende Forderung übermittelt: In den einzelnen Tarifgruppen soll der Lohn
in Gruppe I .... um 110 DM
in Gruppe II .... um 130 DM
in Gruppe III .... um 150 DM
in Gruppe IV .... um 170 DM
in Gruppe V .... um 190 DM
erhöht werden. Für die Auszubildenden werden 70 DM mehr in jedem Ausbildungsjahr gefordert. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen. Der Geltungsbereich soll Hessen einschließen. Kündigungstermine sind:

31. März: Groß- und Außenhandel: Hamburg, Baden-Württemberg, Berlin. Genossenschaftlicher Großhandel: Nordrhein-Westfalen, Hamburg. Einzelhandel: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland.;

30. April: Groß- und Außenhandel: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland, Rheinhessen. Genossenschaftlicher Großhandel: Hessen, Schleswig-Holstein, Hamburg. Einzelhandel: Schleswig-Holstein, Pfalz, Rheinhessen, Bayern, Niedersachsen.

Warnstreik bei Teves

Gifhorn. Am 6. April haben bei Teves 180 bis 200 Arbeiter des Werkzeugbaus und der Automatendreherei nach der Frühstückspause um 9.30 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Der Warnstreik dauerte 40 Minuten. Die Arbeiter haben Werksleiter Kaschner, der in der Verhandlungskommission der niedersächsischen Metallkapitalisten sitzt, aufgefordert, ein Angebot zu machen, das der Forderung von 7,8% nahekommt. Etwa 100 Kollegen der Tandem-Montage und Tandem-Kontrolle zogen um 16 Uhr durch die Hallen. In die Scheibenbremsmontage kamen sie nicht hinein, weil sie vom Bereichsleiter Blöcker abgedrängt wurden. Etwa 100 Arbeiter der Spätschicht aus dem Werkzeugbau, Automatenabteilung und Automatenkontrolle haben nach der Pause um 18.30 Uhr die Arbeit niedergelegt. Sie zogen durch verschiedene Abteilungen auf die Werkstraße, wo sie eine Versammlung durchführten. Der Streik dauerte über eine Stunde. Die Forderungen der IG Metall wurden bekräftigt.

Warnstreik bei VFW-Fokker

Nordenham. Heute gegen 11 Uhr wurde die Belegschaft von VFW-Fokker von den Vertrauensleuten aufgefordert, die Arbeit niederzulegen und zum Betriebsratsbüro zu gehen. Ca. 400 Arbeiter, eigentlich alle, die davon erfuhren, maschierten zum Betriebsrat. Der Betriebsrat hielt über Megaphon eine Ansprache zu den Arbeitern, indem er sich gegen die Absicht des Kapitalistenverbandes aussprach, für den IG-Metall-Bezirk Weser-Ems (Oldenburg) das Verhandlungsergebnis von Nordwürttemberg-Nordbaden keinesfalls zu übernehmen, wenn es zu einer Übernahme des Ergebnisses durch den Nordverbund kommen sollte. Die Werksleitung versuchte die Arbeiter zu beschwichtigen. Dies ging aber in einem Pfeifkonzert unter. Die Kundgebung vor dem Betriebsratsbüro dauerte ca. 20 Minuten.

Brief an die Große Tarifkommission der IG Metall Westberlin

Westberlin. „Mit Unverständnis haben wir den Lohnabschluß in Nordwürttemberg-Nordbaden aufgenommen. 5% mehr Lohn bedeuten z.B. für die Lohngruppen 1 und 2 40 DM bis 42 DM netto, völlig unzureichend, die gestiegenen Kosten auszugleichen. Wir sind gegen die Übernahme des Abschlusses für unseren Bezirk. Einen Abschluß unter 7% und 2% für die Lohngruppen 1 und 2 lehnen wir ab. Mit solidarischen Grüßen. 13 gewerkschaftlich organisierte Kollegen der Berthold AG."

Betriebsversammlung bei Siemens Braunschweig am 7. April

Braunschweig. Am 7. April fand die zweite von drei Betriebsversammlungen im Braunschweiger Siemens-Werk statt. Erschienen waren ca. 8OO Arbeiter und etwa 5OO Angestellte. Wie bei der gestrigen Versammlung sagten auch diesmal weder die Kapitalisten noch der Betriebsrat ein Wort zum Lohnkampf. Eine junge Arbeiterin griff in ihrem Redebeitrag die Ablehnung der 5,3% durch die Metallkapitalisten als Versuch an, die Arbeiter in neuen Verhandlungen noch tiefer zu drücken. Sie rechnete vor, daß die 5,3% gerade 50 DM netto mehr bringen in den unteren Lohngruppen, und wies nach, daß die offiziellle Preissteigerungsrate Lug und Trug ist. Unter großem Beifall berichtete sie, daß die Arbeiter bei VW Wolfsburg und die Arbeiter bei Teves Gifhorn mit Warnstreiks bereits demonstriert haben, was sie von neuen Verhandlungen halten. „Mit dem Streik von 80000 haben wir die Kapitalisten bereits von 3,5% auf 5% gezwungen. Der Streik von 800000 kann die Kapitalisten dazu zwingen, unsere Forderung, die in Niedersachsen nach wie vor bei 7,8%, mindestens 107 DM steht, auch zu zahlen." Unter Beifall forderte sie die Urabstimmung über Streik. IG-Metall-Sekretär Eickmann, der gestern auf der Versammlung kein Wort zum Lohnkampf verloren hatte, griff dies an. Unter großem Beifall stellte die Arbeiterin in einem weiteren Beitrag fest: „Auch die Arbeiter bei Siemens sind dafür, daß endlich die Urabstimmung eingeleitet wird, und zwar über unsere ursprüngliche Forderung." Der anhaltende Beifall bestätigte sie.

Beschluß der Vertrauensleuteversammlung Merck

Darmstadt. Auf der Vertrauensleutesitzung Merck am 4. April wurde zum Lohnkampf folgende Resolution von 60 Anwesenden einstimmig beschlossen, nachdem nach einer längeren Auseinandersetzung die Forderung nach einem Mindestbetrag von 110 DM und keine Ausdehnung der Nacharbeit, Verbot der Nachtarbeit aus der Resolution gestrichen wurde: „An die IG Chemie Bezirk, an den Hauptvorstand der IG Chemie. Mit Empörung haben wir festgestellt, daß der Arbeitsring Chemie bei den ersten Verhandlungen am 30. März nichts angeboten hat. Wir nehmen die bezirkliche Tarifkommission und den Hauptvorstand mit der Forderung 7% mehr Lohn und Gehalt beim Wort ... Sechs Jahre haben die Verhandlungen zum letzten Manteltarifvertrag gedauert. Das geht diesmal nicht so. Am 12. April muß der Arbeitsring Chemie ein entsprechendes Angebot auf den Tisch legen. Wenn nicht, muß die IG Chemie Kampfmaßnahmen einleiten." Weiter wurde von den Vertrauensleuten eine Vertrauensleutevollversammlung auf Verwaltungsstellenebene Darmstadt zum Lohnkampf gefordert.

Aufstellung der Lohnforderung
Lohnkampf gefordert.

Aufstellung der Lohnforderung im Bezirk Nordrhein

Köln. Die Lohn- und Gehaltstarifkommission der IG Chemie im Bezirk Nordrhein beschloß am 31. März eine Lohnforderung von 6,5%. Zusätzliche Forderungen sind die Voraberhöhung der Tariflöhne der Lohngruppen4, 5 und 6 um 0,20 DM, 0,30 DM und 0,40 DM die Stunde, die Erhöhung des Berechnungssatzes der K-Gehaltsgruppen von 95 auf 96% der T-Gehaltsgruppen und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM im Monat.

5,2-Prozent-Abschluß

Hamburg. Die IG Chemie hat für die Ölmühlenindustrie in der letzten Woche mit den Kapitalisten eine Lohnerhöhung von 5,2% ab 1. Mai 1978 vereinbart.

Kautschuk-Kapitalisten gehen auf 2-Prozent-Abschluß

Kassel. In der „Kautschuk, Gummi und Kunststoffe", einem Organ der westdeutschen Gummikapitalisten, wird in Heft 3/1978 die „Notwendigkeit" eines 2-Prozent-Abschlusses anhand von „Tatsachen" begründet: „Die Arbeitskosten-Position der deutschen Industrie hat sich seit 1970 besonders gegenüber den drei wichtigsten westlichen Konkurrenten Frankreich, Italien und Großbritannien weiter verschlechtert." Weil das den Expansionsgelüsten des westdeutschen Kapitals nicht paßt, führen sie den brutalen Angriff auf den Arbeiterlohn.

Tarifabschluß für papier-, pappe- und kunststoffverarbeitende Industrie

Hannover. Am 30. April haben sich der Bundesverband der papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie und die Tarifkommission der IG Druck und Papier auf Lohnerhöhungen um 5%, für Lohngruppe IV plus 2 Pfennig, für Lohngruppe V plus 3 Pfennig, für Lohngruppe VI plus 4 Pfennig rückwirkend ab 1.1.1978 geeinigt. Auf Grundlage dieser Einigung sollen jetzt die Tarifverträge in den einzelnen Tarifbezirken vereinbart werden, in Niedersachsen am 10. April. Der Abschluß bedeutet ein weiteres Jahr Fortsetzung der dauernden Lohnsenkungen, die 2 bis 4 Pfennig zusätzlich für die unteren Lohngruppen sind ein Hohn auf die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Mehrzahl in diesen Lohngruppen sind. Auf die 6,21 DM Tariflohn in Lohngruppe IV sind 5% plus 2 Pfennig: 33 Pfennig, auf 4,64 DM in Lohngruppe VI (unter 18 Jahre) sind 5% plus 4 Pfennig: 27 Pfennig, auf die höchste Facharbeiterlohngruppe 1a (9,80 DM) sind 5%: 49 Pfennig.

Westdeutsche Bourgeoisie trifft Vorbereitungen für die Wiederaufbereitung von Uran in Gorleben

Die Bourgeoisie in Westdeutschland ist hektisch bemüht, alle für einen zügigen Bau der Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage Gorleben notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Dieses Bestreben wird vom US-Imperialismus argwöhnisch verfolgt, und die US-Kapitalisten versuchen, dem einen Riegel vorzuschieben: Das neue amerikanische „Nukleare Nichtverbreitungsgesetz von 1978" sieht eine Genehmigung des amerikanischen Außen- und Energieministeriums in all den Fällen vor, wenn Brennelemente aus angereichertem Uran hergestellt werden, das aus den USA stammt. US-Präsident Carter empfiehlt Kanada und Australien, ebenfalls ein solches Gesetz zu machen.

In Gorleben sollen solche Brennelemente hergestellt werden. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 4. April schreibt dann auch klipp und klar, was Sache ist: „Präsident Carter hat die Verantwortlichen in Bonn mit seiner Unterschrift unter das Gesetz vor die Wahl gestellt, entweder ein amerikanisches Diktat über die deutsche Kernenergie zu akzeptieren oder auch gegen seinen Widerstand die Autarkie in der Uranverarbeitung anzustreben nach dem Vorbild Frankreichs." Und: „Nur mit Hilfe der Wiederaufbereitung aber kann ein Land wie die Bundesrepublik, das nicht über eigenes Uran verfügt, die Kernenergie wirtschaftlich nutzen. Ohne diese ‚Plutoniumwirtschaft' ist Kernenergie hierzulande wertlos, weil zu teuer." Genscher ist diese Woche dann mit dem entsprechenden Auftrag der westdeutschen Imperialisten nach Washington zu Carter gereist: „Die Bundesregierung und die Elektrizitätswirtschaft halten es für unverzichtbar, daß in einem Entsorgungszentrum in der niedersächsischen Gemeinde Gorleben Restenergien aus genutzten Brennstäben durch Wiederaufbereitung in den Brennkreislauf zurückgeführt werden und verbleibende atomare Abfälle in Salzstöcken ‚endgelagert werden'." (FAZ, 6.4.1978)

Und so schaffen sie Fakten, schließlich „haben die deutsche Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung Weltspitze erreicht" (Mischke, Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen, auf der Reaktortagung in Hannover letzte Woche). Ehrenberg und Hauff versicherten den Kapitalisten dort auch ihre uneingeschränkte Unterstützung bei der Verwirklichung des Energieprogramms.

Unter Ernst Albrechts Kommando wird unterdessen mit der genauen Überprüfung des Salzstöcke begonnen: 100 „Experten" vom TÜV und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Meteorologen, das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld sowie ein Brand- und Explosionsschutztrupp und Wissenschaftler für wasserchemische und -biologische Untersuchungen werden unter Schutz des Landeskriminalamtes an die Arbeit geschickt.

60 Grundstücke müssen aufgekauft werden, auch wenn bisher keiner freiwillig – auch die Gartower Kirche nicht – verkaufen will: Rechtzeitig am 10. März 1978 ist das neue „Allgemeine Berggesetz für das Land Niedersachsen" in Kraft getreten, womit neue vereinfachte Zwangsenteignungen „aus Gründen des öffentlichen Interesses" vollzogen werden können.

Jetzt hat der Staatsanwalt im Grohnde-Prozeß sein Plädoyer gehalten. Von der Bourgeoisie ausgehalten, damit er den Kampf gegen das Energieprogramm unterdrückt, brauchte er sich mit keinem Wort zum Energieprogramm zu äußern: „Der Inhalt, daß Hanke gegen Kernkraftwerke sein mag, ist hier ganz unerheblich, das hat das Gericht zu bewerten. (...) Für die Lauterkeit des Gerichts halte ich es für ganz wesentlich, die politischen Ziele nicht zum „Ob" und „Wie" der Strafe zu machen." Und so begründet er seinen Antrag auf 18 Monate Haft ohne Bewährung damit, daß Gewalt angewandt worden sei. Mit diesem Antrag will die Staatsgewalt „eine Antwort geben", denn „es (hat) mich tief betroffen gemacht, daß hier so viel Solidarität ausgeübt wird, gerade auch bei diesem Angeklagten". (...) „Das Unrechtsbewußtsein bei der Bevölkerung muß wieder geschärft werden. Den Sinn des Abschreckungseffektes dürfen wir nicht unterschätzen." (Plädoyer des Staatsanwalts)

Unterdrückung kann den Kampf gegen das Energieprogramm nur zerschlagen, wenn die Ziele des Kampfes entstellt werden. In Gorleben macht sich die eigens dafür ins Leben gerufene „Grüne Liste Umweltschutz" in Rattenfängermanier zu schaffen. Für ihr Programm, das „sich im Rahmen des Grundgesetzes" dafür einsetzt, daß nicht die Arbeiterklasse an die Macht kommt, die allein in der Lage ist, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, sondern in linker SPD-Schreibweise Bürgernähe, Schutz des Menschen vor sich selber und ähnliche Unverschämtheiten fordert, gehen sie unter dem Deckmäntelchen, gegen die Aufbereitungsanlage zu sein, auf Stimmenfang.

Ein richtiger Schritt ist hingegen ein Schreiben von fünf Klassensprechern der Berufsschule Hildesheim, das ausgeht vom Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm und die sofortige Einstellung des Prozesses gegen A. Hanke und alle anderen Angeklagten im Grohnde-Prozeß fordert. – (N-Red.)

Die britischen Imperialisten sind Spitzenreiter im Bauernlegen

In einem Vorschlag zur „Reform und Veränderung" der EG hat der britische Premierminister Callaghan für die Landwirtschaftspolitik der EG folgende Forderungen erhoben: „Hebung des allgemeinen Leistungsniveaus und schnellere Beseitigung von rückständigen Produzenten"; schwerpunktmäßige Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion Großbritanniens; Einschränkung der Preiskontrollen auf das Minimum, „das für eine leistungsstarke Produktion zum Nutzen unserer Verbraucher notwendig ist"; „stärkere Berücksichtigung der Weltmarktpreise; Abbau der Überschußproduktion in der EG".

Die britischen Imperialisten sind Weltmeister im Bauernlegen. Sie haben ihre landwirtschaftliche Produk-

Weltmeister im Bauernlegen. Sie haben ihre landwirtschaftliche Produk-

tion in den letzten Jahren in großem Umfang ausgebaut. Sie wollen diese gestärkte landwirtschaftliche Produktion benutzen, um ihre Stellung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten in der EG auszubauen, und auf dem Weltmarkt wieder verstärkt an der Plünderung der Dritten Welt teilnehmen.

Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Großbritannien und Nordirland lag 1966 bei 3,7%, seit 1974 bei etwa 2,7% der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Dieser Anteil ist der niedrigste in der EG. In Belgien, das damit an zweiter Stelle liegt, arbeiteten 1975 3,6% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, in der BRD 7,3%, in Irland 24,5%. 1968 wurden in Großbritannien und Nordirland 350000 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, 1975 noch 272000, 1971 noch 261000. Davon waren 35000 oder 15% „große Betriebe" mit einer Produktion von mehr als 1200 „Standardarbeitstagen"*. Die Zahl der Betriebe aller anderen Größenordnungen hat abgenommen, während gleichzeitig die Arbeitsproduktivität in der britischen Landwirtschaft 1968 bis 1975 um durchschnittlich 8% im Jahr zugenommen hat. Die Zahl der „sehr kleinen Betriebe" z.B. mit weniger als 275 „Standardarbeitstagen" ist zwischen 1968 und 1975 um 21000 auf 115000 gefallen. Sie stellten damit noch 42% aller landwirtschaftlichen Betriebe, lieferten aber nur 6% der landwirtschaftlichen Produktion. Die 15% „großen Betriebe" lieferten dagegen 47% der landwirtschaftlichen Produktion. Sie haben ein Monopol in fast allen Massenprodukten. Diese großen kapitalistischen Betriebe, die zwei Drittel der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter beschäftigen, produzieren fast drei Viertel des britischen Weizens und der britischen Zuckerrüben, 70% der Kartoffeln und 60% der Zuchtschweine, 50% der Milchkühe und 94% der Hühner.

In der Spezialisierung, die Callaghan für die britische Landwirtschaft fordert, sind die Agrarkapitalisten schon weit fortgeschritten. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion legen die britischen Imperialisten das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Milch- und Rinderproduktion und auf die Steigerung der Getreideproduktion. Mit 3,25 Millionen Stück verfügten sie 1975 nach Frankreich und Westdeutschland über die drittgrößte Zahl an Milchkühen in der EG. Die Milchproduktion war aber in Großbritannien konzentriert wie in keinem anderen Land der EG mit einer Stückzahl von 40,6 pro Hof (Frankreich: 12, Westdeutschland: 9,4).

Der Handel mit Weizen und anderem Getreide wie auch mit Sojabohnen, die das wichtigste Viehfutter auf dem Weltmarkt sind, wird von den US-Imperialisten monopolisiert, die durch systematische Preissteigerungen für Weizen und Sojabohnen auf dem Weltmarkt versuchen, die Nahrungs-

für Weizen und Sojabohnen auf dem Weltmarkt versuchen, die Nahrungs-

mittelproduktion der Länder der Dritten Welt zu ruinieren und von sich abhängig zu machen. „Für einige Länder wird dies eine niedrigere Nahrungsmittelproduktion bedeuten, weil sie nicht die Kosten in fremder Währung aufbringen können, um dieses Material zu den neuen hohen Preisen zu importieren", schreibt die britische Regierung in ihrem Weißbuch „Nahrungsmittel aus eigenem Land", in dem sie 1975 den Plan entwickelt hat, sich mit der eigenen gesteigerten Fleisch- und Getreideproduktion an dieser ökonomischen Aggression zu beteiligen und zugleich zu versuchen, den US-Imperialisten und ihren europäischen Konkurrenten einen Teil des Marktes abzujagen.

Gegenüber den anderen EG-Imperialisten haben die britischen Imperialisten bei den Aufnahmeverhandlungen in die EG durchgesetzt, daß sie die Vorteile aus der Plünderung ihrer ehemaligen Kolonien nutzen können, um ihre eigene Position in der europäischen Konkurrenz zu stärken. So können sie bis heute große Mengen billige Butter, Käse und andere Milchprodukte aus Neuseeland importieren, während sie gleichzeitig die Produktion durch die großen Produzenten durch Prämien fördern. Die britische

tion durch die großen Produzenten durch Prämien fördern. Die britische

Milchproduktion stieg seit 1970 um etwa 20% und deckt heute rund 60% des eigenen Bedarfs.

Das bisherige Preissystem der EG, das hohe Preise durch den Aufkauf von Überschüssen und durch Importabgaben und -einschränkungen gewährleistet, und die landwirtschaftlichen Kapitalisten in den einzelnen Ländern vor ihren Konkurrenten schützt, ist für die britischen Imperialisten ein Hindernis bei ihrem Versuch, mit ihren landwirtschaftlichen Produkten größere Anteile auf dem europäischen Markt zu gewinnen. Die britische Presse hat es deshalb als großen Erfolg gefeiert, daß in der Rindfleischproduktion entsprechend der Forderung Callaghans ein verändertes Prämiensystem eingeführt werden soll, das dem bisherigen britischen System entspricht, und nach dem die Fleischproduzenten Prämien für eine bestimmte Produktionsmenge bekommen, aber Produktions„überschüsse" nicht finanziert werden. Das wird sehr schnell viele kleine und mittlere Bauern ruinieren und den Konkurrenzkampf unter den großen europäischen Agrarkapitalisten verschärfen. Nach der Abwertung der EG-Verrechnungseinheit für britische Agrarprodukte, dem „grünen Pfund", Anfang Februar, die zur Erhöhung der

produkte, dem „grünen Pfund", Anfang Februar, die zur Erhöhung der

Verkaufspreise der britischen Landwirtschaft führt, fließt den britischen Agrarkapitalisten jetzt weiteres Geldkapital zu, mit dem sie ihre Produktion weiter steigern und rationalisieren können. – (Korrespondentenbericht London)

* Mit der Bezeichnung „Standardarbeitstag" sollen die verschiedenen Betriebsgrößen und landwirtschaftlichen Arbeiten in der durchschnittlichen Arbeitsleistung vergleichbar gemacht werden. Tatsächlich verdeckt dieser Begriff aber natürlich die Widersprüche zwischen kleinen, relativ unproduktiv arbeitenden Bauern und großen z.B. intensiv betriebenen Viehzuchtbetrieben.

Bundesminister Ertl auf Jahrestagung des Bundes Naturschutz in Freising

Mit viel ideologischer Hintergründigkeit „wo Menschen sind, da menschelts", setzte sich der Minister für den Zusammenhang von notwendiger Existenz der Industriegesellschaft, sprich für das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis, und der naturschützenden Arbeit des Bundes Naturschutz ein: „ ‚Niemand will auf unsere zivilisatorischen Errungenschaften verzichten, es gibt einfach kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch ... **Haben Sie sich wie ich in meiner Jugendzeit täglich im Stall waschen und haben Sie Ihr froststarrendes Bett mit heißen Ziegelsteinen wärmen müssen?** ... Es gilt Ideologien abzubauen.' Ohne Industriegesellschaft jedenfalls gäbe es bei uns schon längst keine Freiheit mehr." (Zitiert nach: Süddeutsche Zeitung vom [illegible].4.1978)



Die Bourgeoisie will die Unfallversicherung

In der kapitalistischen Produktion verunglücken tagtäglich Tausende von Arbeitern, verlieren Gliedmaßen und lassen ihr Leben für die Profitgier des Kapitals. Die Kapitalisten versuchen alles, diese „Ergebnisse" der kapitalistischen Produktionsschlacht unter den Tisch zu kehren, damit das Ausmaß ihrer Schinderei nicht jedermann klar vor Augen steht.

Seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise hat die Arbeiterklasse beharrliche Kämpfe gegen diese Unfälle und ihre Folgen geführt. Gegenüber den Kapitalisten hat sie Entschädigungsforderungen aufgestellt, damit sie bei Verlust oder Minderung ihrer Arbeitskraft nicht vollends ins Elend gestoßen wird. In hartnäckigen Kämpfen um Sicherung, Erhalt und Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft haben die Arbeiter durchgesetzt, daß die Kapitalisten allein für diese Schäden haften. Die Arbeiter sind in gesetzlichen Unfallversicherungen versichert. Im Gegensatz zur Kranken- und Rentenversicherung, wo die Arbeiterklasse die Versicherungskosten tragen muß, werden in der Unfallversicherung die Beiträge allein von den Kapitalisten aufgebracht. Diesen bedeutenden Erfolg im Klassenkampf hat die Arbeiterklasse gegen alle Angriffe von seiten der Kapitalisten verteidigt. Die Interessen der Arbeiter sind darauf gerichtet, daß ebenso wie bei der Unfallversicherung die Kosten für Kranken- und Rentenversicherung ausschließlich von den Kapitalisten getragen werden.

Die Rente, die ein Arbeiter von der gesetzlichen Unfallversicherung erhält, berechnet sich nach seinem dem Unfall vorausgegangenen Jahresbruttoverdienst. Bei hundertprozentiger Erwerbsminderung, durch Unfall bzw. Berufskrankheit erhält der Arbeiter zwei Drittel seines durchschnittlichen Lohnes (§581 RVO); bei geringerer Erwerbsminderung den Prozenten entsprechend weniger.

Entwicklung einer 100prozentigen Unfallrente eines Arbeiters
(Bruttolohn 1973: 1508,87 DM)

DM
1400
1300
1200
1100
1000
900
800
700
600
500
400
300
Bruttolohn vor Unfall
Nettolohn
Nominalrente
Rente ab 1.9.1973
bisherige Anpassung 6,9%
Ehrenberg: 4,5%
Verlust durch Preissteigerungen seit 1973
Erwerbsunfähigkeitsrente eines Arbeiters
1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981

Das Schaubild zeigt am Beispiel eines Arbeiters aus dem öffentlichen Dienst, Lohngruppe VII, Stufe 10, der 1973 am 30. Juni verunglückte, welche Verletztenrente er nach Abschluß einer Heilbehandlung frühestens 13 Wochen nach dem Unfall bei hundertprozentiger Erwerbsminderung erhält. (§ 580 RVO) Das Beispiel verdeutlicht, daß die Vollrente fast dem Nettolohn des Arbeiters vor seinem Unfall entspricht, was nichts anderes heißt, als daß der bürgerliche Staat über Lohnsteuer und Sozialversicherung ein Drittel des Lohnes des Arbeiters einbehält. Die Notwendigkeit der Erkämpfung eines Steuerfreibetrages bis zu 1500 DM sowie die Durchsetzung der Forderung nach Zahlung aller Sozialversicherungen ausschließlich durch die Kapitalisten wird allein aus diesem Beispiel deutlich.

Im Rentenanpassungsgesetz von 1963 hat die Bourgeoisie die Erhöhung der Vollrente in den ersten zwei Jahren nach dem Unfall ausgeschlossen. Das 20. Rentenanpassungsgesetz schreibt vor, daß die Unfallrenten mit anderthalbjähriger Verzögerung aus „Anlaß der Veränderung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme" erhöht wird. Durch den Preisanstieg während dieser Jahre, der bekanntlich weit über 5% jährlich liegt, wird ein beträchtlicher Teil der Rente bereits weggefressen.

Für den 1.1.1979 wäre das nach der alten Regelung gerade eine Erhöhung um 6,9% (Bundesratsdrucksache 136/78). Das ist dem „ehrenwerten" Ehrenberg-Ministerium nicht genug. Ehrenberg hat mit dem Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes vor, die Verletztenrente drastisch zu senken. Wie die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollen die Unfallrenten ab dem 1. Januar nächsten Jahres um 4,5%, ab 1.1.1980 und dann ein Jahr später um je 4% „angepaßt" werden. Für den Arbeiter unseres Beispiels bedeutet diese Ehrenberg-Maßnahme eine Lohneinbuße allein für 1979 von rund 30 DM. Die Bourgeoisie, und das ist einzig das Interesse dieses H. Ehrenberg, „spart" damit runde 131 Mio. DM.

Jährliche Ausgaben für die Unfall- und Hinterbliebenenrenten

Ausgaben 1976:		4 751 508 776 DM
Anpassung zum 1.1.77	7%	332 605 614 DM
Ausgaben 1977		5 084 605 614 DM
Anpassung zum 1.1.78	7,4%	376 224 464 DM
Ausgaben 1978		5 460 338 854 DM
Anpassung zum 1.1.79	4% (neu)	245 715 248 DM
Ausgaben 1979		5 706 054 102 DM

Nach der alten Regelung, bei einem Anpassungssatz von 6,9% würde das die Kapitalisten mit 376 763 380 DM „belasten". H. Ehrenberg begründet nun die rabiate Senkung der Renten mit dem ihm eigentümlichen „Solidaritäts- und Gerechtigkeitsverständnis", wonach es nur gerecht ist, daß die sinkenden Löhne eines Teils der Volksmassen das Sinken der Löhne des anderen Teils ebenfalls nach sich ziehen müssen:

„Die Unfallrenten sind ebenfalls stärker gestiegen als die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten. Weitere volle Anpassungen entsprechend der Lohnentwicklung der vergangenen Jahre würden die Unfallrenten im Vergleich zu den zu erwartenden geringeren Lohnsteigerungen unverhältnismäßig erhöhen ... Ihre Unfallrenten würden also stärker steigen, als nach derzeitigem Erkenntnisstand ihre Arbeitseinkommen steigen werden, wenn man es bei dem bisherigen Anpassungsverfahren beließe." (Gesetz zum 21. Rentenanpassungsgesetz, Bundesratsdrucksache 135/78)

Ein anderes „Problem" plagt den H. Ehrenberg aber noch weit mehr. Die Unfallversicherungen sind die einzigen Versicherungen, in die ausschließlich die Kapitalisten einzahlen. Weder Hitler noch einer Regierung nach ihm ist es gelungen, die Bourgeoisie von dieser Beitragspflicht zu „entbinden". Was Hitler nicht gelang, schickt H. Ehrenberg sich an durchzusetzen.

Neuzugänge nach dem Grad der Minderung der Erwerbsunfähigkeit 1975

10%	1014	55%	15
15%	223	60%	377
20%	17757	65%	16
25%	1546	66 2/3%	26
30%	7282	70%	269
33 1/3%	124	75%	29
35%	288	80%	180
40%	1892	85%	5
45%	68	90%	24
50%	836	100%	393

Bei der Festlegung der Erwerbsminderung nach einem Arbeitsunfall z.B. haben die Kapitalisten ein Heer von Gutachtern bestellt, deren einzige Aufgabe es ist, den Prozentanteil der Erwerbsminderung auf unter 20% zu drücken, denn dafür muß keine Rente bezahlt werden.

1975 gab es 3 137 tödliche Betriebsunfälle. Auffällig ist bei dieser hohen Todesrate die Anerkennung von nur 393 Arbeitern 100% erwerbsgemindert. Daß hier die Renten runterbegutachtet werden, ist offensichtlich.

Damit solche Ergebnisse, wie in der Tabelle dargestellt, herauskommen können, werden bereits die Medizinstudenten in das Gutachterwesen eingewiesen:

„Charakterschwache, arbeitsunlustige, pflichtvergessene und betrügerische Menschen, aber auch Hysteriker und selten wirklich geistig Gestörte versuchen manchmal einen Unfall vorzutäuschen, sich eine Verletzung selbst beizubringen, objektive Krankheitserscheinungen zu simulieren oder zu dissimulieren ... In der Renten- und Unfallversicherung werden willensschwache, faule und betrügerische Menschen oft der Versuchung nicht widerstehen können, sich auf unehrliche Weise Vorteile, meist geldlicher Art, zu verschaffen, da gerade hier die Lockung sehr groß und die Erreichung des Ziels scheinbar leicht ist." (Hellner, Nissen, Voßschulte, Lehrbuch der Chirurgie, 5. Auflage)

Der korrupte Chefarztideologe erleichtert dem Herrn Ehrenberg das Handwerk. Da es bindende Rentensätze für „glatte Gliedverluste" nicht gibt, ist es in das Belieben der wie oben geschildert ausgerichteten Gutachter gestellt, wie sie Gliedverluste bewerten, ganz nach der Interessenlage der Bourgeoisie in jedem Fall.

A. Hitler hat die Bezahlung der „kleinen Renten", also der Renten für Erwerbsminderung unter 20%, abgeschafft.

„Um Mißverhältnisse zwischen den sinkenden Lohnsummen, die die Grundlage für die Beitragserhebung bilden, und den nur wenig zurückgehenden Ausgaben wenigstens zu einem Teil zu beseitigen, mußten Notverordnungen vorgenommen und die kleinen Renten in Wegfall gebracht werden." (§581 der Reichsversicherungsordnung)

Ein zusätzlicher Schritt, mit dem die deutsche Reichsbourgeoisie 1936 die Unfallversicherungen durchlöcherte, ist die Verpflichtung der Krankenkasse, bestimmte Leistungen der Unfallversicherung zu übernehmen. Auch diese Tradition wird heute gepflegt. Im Unfallverhütungsbericht von 1973 liest man dazu:

„Bei der Beurteilung der Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherung ist zu beachten, daß die Aufwendungen für Unfälle und Berufskrankheiten von den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung nicht in vollem Umfang getragen werden, sondern ein Teil dieser Kosten von den Krankenkassen übernommen wird. Die Krankenkassen sind für die Durchführung der Heilbehandlung und die Gewährung wiederkehrender Geldleistungen bis einschließlich zum 18. Tage nach dem Arbeitsunfall zuständig, sofern nicht in dieser Zeit die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung die Heilbehandlung selbst übernehmen; ferner haben die Krankenkassen auch nach dem 18. Tag noch die Aufwendungen für die Krankenpflege und das Sterbegeld der Krankenversicherung zu tragen. Angaben darüber, wie hoch die den Krankenkassen aufgrund dieser gesetzlichen Regelung (§565 RVO) entstehenden Kosten sind, können nicht gemacht werden."

Diese „Aushöhlung" der Unfallversicherung greift die bestehende Beitragsregelung an, ist der Finanzbourgeoisie aber nicht ausreichend. Ihr geht es vielmehr um die Beseitigung der vollen Beitragspflicht der Kapitalisten. Dazu bedarf es erheblicher propagandistischer Vorbereitung. Auf dem 15. Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin am 23. November 1977 hat sich H. Ehrenberg folgendermaßen geäußert:

„... die gesetzliche Unfallversicherung hatte im Jahre 1976 8,9 Mrd. DM aufzuwenden. Doch diese Riesensumme ist nur ein Teilbetrag ... Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung nennt 25 Mrd. DM jährlich Arbeitsunfallkosten ... Die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr dieses Jahres in einem sehr harten Ringen Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen durchsetzen müssen, weil sich unser freiheitliches und leistungsfähiges Gesundheitssystem sonst auf Dauer nicht hätte finanzierbar halten lassen."

Damit sich die Früchte der gewaltigen Kapitalanhäufung der Sozialversicherungen für die Kapitalisten auszahlen, müssen sie Einfluß nehmen auf die Verwendung der Gelder aus den Versicherungskassen. Um eine ausreichende Versorgung im Falle von Krankheit, Invalidität und Alter zu sichern, muß die Arbeiterklasse nicht nur die Forderung nach vollständiger Zahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten, sondern ebenso die Verwaltung der Versicherungskassen durch die Arbeiter selbst durchsetzen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus

„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt."
Mao Tsetung

NAPALM

Veranstaltungen am Freitag, den 21. April

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei! Stimmt revolutionär! Wählt KBW!

Sozialimperialisten reißen ZANU-Plakate in Westberlin ab

Heute haben sowjetische Soldaten in Westberlin Plakate des KBW, in denen zu Demonstrationen und Kundgebungen zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes von Zimbabwe und zur Forderung nach Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung in mehreren Städten der BRD und in Westberlin aufgefordert wird, fotografiert und entfernt. Außerdem hat eine sowjetische Militärpatrouille in den Morgenstunden versucht, einen Verteiler von Flugblättern an der Kongreßhalle zu fotografieren, die zu einer Veranstaltung am Freitag in der „Neuen Welt" unter dem Thema „Die beiden Supermächte bereiten den Krieg vor" aufrufen und auf denen Carter und Breshnew in einer Karikatur abgebildet sind.

Seit die Sowjetunion nicht mehr sozialistisch ist, nehmen sich russische Militärpatrouillen in der letzten Zeit zunehmend mehr heraus, um sich in Westberlin einzumischen und ihren Zugriff auf die Stadt zu verstärken. Jetzt haben sie Plakate zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe abgerissen, in Afrika unterdrücken sie mit kubanischen Söldnern blutig den Befreiungskampf des angolanischen Volkes und der Völker am Horn von Afrika. Senatssprecher Sötje hat erklären lassen, daß er diese Aktion unerhört findet. Offenbar ist der Senat der Meinung, daß er der einzige ist, der unsere Plakate abreißen lassen dürfte. Wir sind dagegen, daß SU und USA sich über das Besatzerrecht in Westberlin einmischen. Wir sind dagegen, denn sie sind Feinde der Völker der Welt, die sie ausbeuten und in einen erneuten Krieg für ihre Geldsackinteressen schicken wollen. Wir sind aber nicht nicht weniger dagegen, daß der Westberliner Senat Plakate zur Unterstützung der ZANU, der Befreiungsorganisation von Zimbabwe, abreißen, Sammlungen für die ZANU verbieten und die Waldbühne für eine Veranstaltung mit drei ZK-Mitgliedern der ZANU am 27.4. sperren läßt. Sich in dem Streit der Supermächte und des westdeutschen Imperialismus auf die eine oder andere Seite zu stellen, ist nur die Wahl, von welcher dieser Mächte die Arbeiter in einem neuen imperialistischen Krieg verheizt werden. Wir sind gegen den imperialistischen Krieg. Wir fordern den Abzug aller fremden Truppen aus Europa, Besatzer raus aus Westberlin. Wir fordern den Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächte des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt und Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht. Wir fordern die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Das sind Forderungen im Kampf für den Sturz der Ausbeuterordnung.

5. April 1978 Bezirksleitung Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Propagandaschau für den Zionismus angegriffen

Über die israelische Gemeinde in Bremen, deren Mitglied Hans Koschnick ist, hat der Bremer Senat eine Bilderausstellung israelischer und arabischer Kinder organisiert. Die Bilderausstellung in der Stadtbibliothek Vegesack läuft unter dem Motto: „Wir wollen Frieden".

Auf den Bildern ist dargestellt, wie sich arabische und zionistische Panzer umarmen, Blumen auf dem Schlachtfeld wachsen oder feindliche Soldaten miteinander tanzen. In einem Gedicht eines israelischen Kindes heißt es:

Ich verstand!
Mein Vater ging zu den Soldaten,
hütete die Grenzen vom
Negrev
bis zu Golans
und alle Feinde liefen vor ihm
weg.
Als er nach Hause kam, dachte ich,
daß man die Armee geschlossen habe
und daß nun Friede sei.
Doch später rief man Vati wieder in
den Dienst und ich verstand, daß noch
kein Friede ist ..."

Vom Negrev bis zu Golans zusammengeraubtes, den palästinensischen und arabischen Völkern gehörendes Land. „Doch später rief man Vati wieder in den Dienst": Der US-imperialistische Brükkenkopf Israel hat am 15.3. erneut zu einem Raub- und Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische und libanesische Volk angesetzt.

Die Bilderausstellung soll diese Absichten vertuschen. Die Vertuschung dient der Vorbereitung der Aggression der Zionisten, wie sie auch den Spaltungsbemühungen der Supermächte dient. Wer die „Feinde" dann sind, ist klar. Es sind jene, die es wagen, nicht „zu laufen", sondern auf die zu schießen und die zu vertreiben, die ja angeblich gekommen seien, den Frieden zu sichern und die Grenzen bei Tyrus „zu hüten": die Zionisten und die französischen Fallschirmjägereinheiten unter den blauen UN-Helmen.

Die Stadtteilzellen in Bremen-Nord haben diese Bilderausstellung angegriffen. Neben die Bilder wurde der Aufruf der PLO und Wandzeitungen zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes aufgehängt. In einer Rede wurden die Absichten, die der BRD-Imperialismus mit seiner „Hilfsaktion für das palästinensische Volk" verfolgt, entlarvt und es wurde aufgerufen, den Kampf der PLO gegen den imperialistischen Kettenhund Israel zu unterstützen.

Streit hat es gegeben mit den Angestellten. Wir sollten unsere Meinung draußen sagen oder uns eine Genehmigung für das Ausstellen unserer Wandzeitungen holen. Wenn Kinder für den Frieden malen und Gedichte verfassen, dann fänden sie das richtig. Gefragt, was denn der Vater im Gedicht am Negrev und am Golan und die zionistischen Truppen jetzt im Libanon zu suchen hätten, wurde geantwortet, daß sie den Einmarsch der Israelis in den Libanon auch verurteilen.

Die zuvor herbeigerufenen Polizisten standen unschlüssig herum und wagten nicht einzugreifen, weil Einheit bestand in der Verurteilung des zionistischen Überfalls auf die palästinensischen Volksmassen im Libanon.

Unseren Vorschlag, eine gemeinsame Ausstellung und eine Podiumsdiskussion zu machen, um die Fragen zu klären, wer die Kriegstreiber im Nahen Osten sind und wie der Frieden hergestellt werden kann, wollten die Angestellten unterstützen. Ein Angestellter und ein Arbeiterjugendlicher kauften die KVZ, gespendet wurden 2,50 DM. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

VW-Stiftung – Stoßtrupp zur Untersuchung von neuen Anlagespähren und Märkten für die BRD-Imperialisten

Unter Vorsitz des Prof. Ing. hc. Eduard Pestel (derzeit Wissenschaftsminister in Niedersachsen) will die VW-Stiftung „Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre" fördern. Seit Beginn (1961) bis zum Dezember 75 hat die Stiftung Gesamtbewilligungen in Höhe von 1589,6 Millionen DM ausgesprochen, denen erwirtschaftete Förderungsmittel von 1468,9 Millionen DM gegenüberstehen. 1976 wurden zusätzlich 81,1 Millionen DM für 387 Projekte ausgesprochen und Förderungsmittel (z.B. an die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) insgesamt 72,8 Millionen DM ausgezahlt.

Die ungeheuren Geldmittel, über die die VW-Stiftung verfügt, kommen sämtlichst aus der Ausbeutung der Arbeiter des VW-Konzerns. Nachdem sich das Finanzkapital wieder den direkten Zugriff auf die VW-Werke nach dem 2. Weltkrieg durch Privatisierung verschaffte (die Umwandlung von einer GmbH in eine AG), entstand 1960 die VW-Stiftung. 60% des Aktienkapitals wurden privatisiert in „Volksaktien". Der Erlös des Verkaufs dieser Aktien bildet das Grundkapital von 1 Milliarde DM der VW-Stiftung. Diese 1 Milliarde wurde dem Staat als Kredit gegeben. Die Förderungsmittel stammen aus den Zinsen dieses Kredites und aus den Dividenden auf den Aktienbesitz des Bundes und des Landes, der insgesamt 40% des gesamten Aktienkapitals beträgt. Gefördert wird zweifach: Durch direkte Aufträge an die Hochschulen der BRD und Westberlin und Stipendienförderung von Hochschullehrernachwuchs mit bestimmtem Forschungsauftrag. Einen ersten Hinweis, was da so alles gefördert und geforscht wird, hat man in dem 14-köpfigen Kuratorium der VW-Stiftung: Neben dem Minister Pestel findet man solche erlauchten Persönlichkeiten wie der jetzige Forschungsminister Volker Hauff, Biedenkopf, Hildegard Hamm-Brücher, Peter von Oertzen. Man erinnert sich an Volker Hauff: „Weltweite Entwicklungen fordern uns heraus", so beginnt er sein Buch „Modernisierung der Volkswirtschaft". Ähnliches war auch von der Hamm-Brücher zu hören in ihrem Buch über Entwicklungshilfe. Entwicklung von Konzeptionen für die Expansion des Kapitals, das ist das Ziel. Erforschung neuer Anlagesphären und neuer Märkte – dafür die Gelder der VW-Stiftung. Fast die ganze Welt wurde mit ihrer Hilfe schon unter die Lupe genommen. Angefangen von Lateinamerika, Orient, Asien, Osteuropa, Gesamteuropa. Seit 1964 waren das in diesen Gebieten 56,7 Millionen DM.

Nachdem die BRD-Imperialisten in Lateinamerika jetzt über Kapital- und Warenexport Fuß gefaßt haben und entsprechend hier die Forschungen der VW-Stiftung beendet sind, heißt es jetzt in dem Beschluß des erlauchten Kuratoriums vom Juli 77 zu dem neuen Schwerpunktprogramm: „Die Stiftung fördert bereits eine große Anzahl junger Wissenschaftler im Rahmen von Forschungsprojekten. Daneben gibt es spezielle Stipendienprogramme, z.B. in den Orient- und Südostasienwissenschaften (Südostasienwissenschaften seit 1977). Jetzt sollen Nachwuchskräfte unter anderem auch Nordamerika-Studien betreiben. (...) Die jetzt beschlossene Förderungsmaßnahme zielt auf solche hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftler ab, deren Zukunft an den Hochschulen wegen schlechter Berufungschancen in den nächsten Jahren ungesichert ist. Diesen Wissenschaftlern ohne Dauerstellung soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich bei der Stiftung mit einem Vorschlag für ein Forschungsvorhaben bis zu 4 Jahren zu bewerben." (Informationen der VW-Stiftung Nr. 43)

Von 1977 bis 1980 sollen also „wissenschaftliche Nachwuchskräfte" für 1000 bis 1600 DM monatlich, mit der Pflicht, keiner anderen Erwerbstätigkeit nachzugehen, ständige Berichte über den Fortgang der Forschung zu schreiben und der Pflicht der Rückzahlung der Gelder, wenn die Forschungen nicht erfolgreich sind, für die Expansion der Kapitalisten eingespannt werden.

Schwerpunktmäßig jetzt in der Untersuchung der Möglichkeiten des Eindringens der BRD-Imperialisten im Pazifischen Becken (Südostasien). Mit 1 Million („zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses") für die Südostasienforschung will die VW-Stiftung die Probleme beim Vordringen des BRD-Imperialismus insbesondere in Birma, Tailand, Kambodscha, Laos, Vietnam, Malaysia, Singapur, Indonesien, Phillippinen, Papua-Neuguinea und Australien erforschen. Im Mittelpunkt soll die „Feldarbeit" stehen, das heißt der direkte Aufenthalt der „wissenschaftlichen Nachwuchskräfte" dort. Gleichzeitig wurde 1977 ein Auftrag an die Uni Hamburg, Abteilung Burma, Thailand, Indochina, vergeben, eine Forschungsreise zum Projekt „Die Vietnamesen in Kambodscha und Laos" zu organisieren. Natürlich mit entsprechenden Geldmitteln der VW-Stiftung. Angestrebtes Ziel: Untersuchung der Infrastruktur und der „Kooperation mit Wissenschaftlern aus diesen Ländern" (Informationen der VW-Stiftung 41, Januar 77).

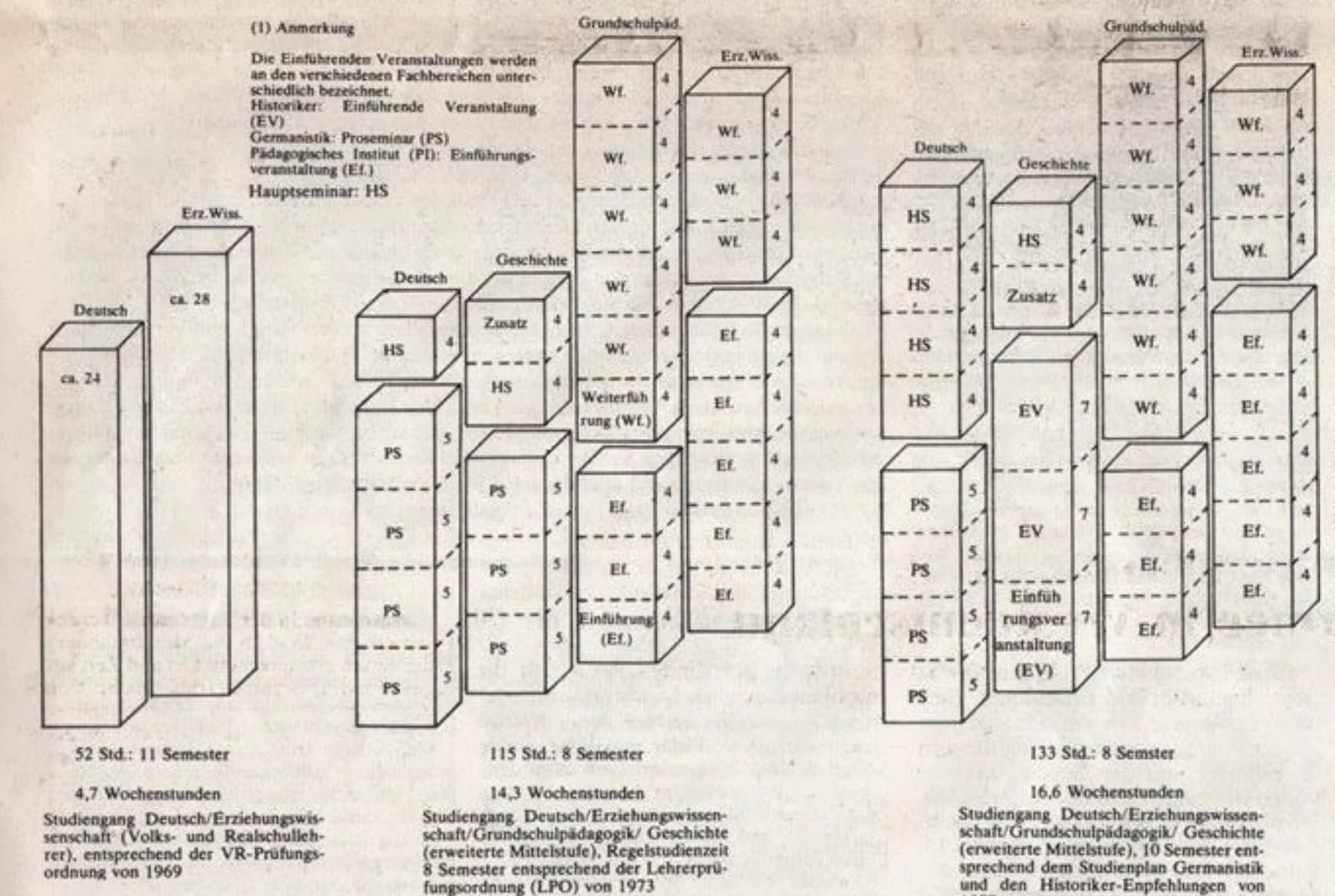
Was kann den BRD-Imperialisten besser nützen, als die Untersuchung der Bedingungen für den Kapital- und Warenexport im Pazifischen Becken mit dem ungeheuren Vorrat an Rohstoffen, als die Untersuchung der Infrastruktur direkt vor Ort. Nicht umsonst war 1976 eine Delegation unter Führung von Sohl, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Industrie, in den Phillippinen. Vertreten durch Konzerne wie Klöckner, Demag, VW.

Um im Pazifischen Becken einzudringen, muß der BRD-Imperialismus die Konkurrenten USA und Japan aus dem Feld schlagen. Auch dafür schafft die VW-Stiftung die Bedingungen: Beschlüsse zu den Schwerpunkten Juli 77: Nordamerika-Studien – Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung und Strukturen in Nordamerika im 20. Jahrhundert und ihre Bedeutung für die internationale Position der Region. Solche Kapitalexporte, wie sie der VW-Konzern in die USA schon mit mehreren Millionen getätigt hat, sollen fortgesetzt und die Bedingungen dafür untersucht werden. Dazu dienen auch die 82500 DM, die die VW-Stiftung an die George Town University in Washington vergeben hat zur Untersuchung der „Gegenwärtigen Probleme und Perspektiven der Ost-West-Beziehungen", unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Japan, USA und Westeuropa.

Doch so pompös und gewaltig diese Forschungen sind, können der BRD-Imperialismus und seine imperialistischen Konkurrenten nicht vorbei an dem immer stärker werdenden Zusammenschluß der Völker Südostasiens gegen die imperialistischen Räuber und werden sie erfolgreich bekämpft werden können, unterstützen die Arbeiterklassen und Völker der Welt diesen Zusammenschluß im Kampf gegen die Imperialisten im eigenen Land. – (KSB Südostniedersachsen)

Pflichtveranstaltungen seit 1969 von 4,7 Wochenstunden auf 16,9 gestiegen

Die Prüfungsordnung für das Höhere Lehramt muß verhindert werden



4,7 Wochenstunden
Studiengang Deutsch/Erziehungswissenschaft (Volks- und Realschullehrer), entsprechend der VR-Prüfungsordnung von 1969

14,3 Wochenstunden
Studiengang Deutsch/Erziehungswissenschaft/Grundschulpädagogik/ Geschichte (erweiterte Mittelstufe), Regelstudienzeit 8 Semester entsprechend der Lehrerprüfungsordnung (LPO) von 1973

16,6 Wochenstunden
Studiengang Deutsch/Erziehungswissenschaft/Grundschulpädagogik/ Geschichte (erweiterte Mittelstufe), 10 Semester entsprechend dem Studienplan Germanistik und den Historiker-Enpfehlungen von 1977

Die Entwicklung der Wochenstundenzahl entsprechend der Studiengangentwicklung seit 1969

Dieses Gebirge zeigt die Entwicklung der Anforderungen an die Lehrerstudenten seit der Verabschiedung der Prüfungsordnung (PO) für das Grund- und Mittelstufenlehramt (Dezember 1973) Die einzelnen Stationen sind:

– Bis 1973 eine Prüfungsordnung, die keine Pflichtveranstaltungen festlegte. Die Studenten studierten im Schnitt elf Semester und absolvierten mindestens 24 Wochenstunden (fünf Veranstaltungen) in Deutsch und 28 Wochenstunden (sieben Veranstaltungen) in Erziehungswissenschaft.

– Die Prüfungsordnung 1973 führte die Stufenlehrerausbildung ein. Statt bisher einem wurden vier Studiengänge eingeführt (einfaches Grund- und Mittelstufenlehramt, drei Fächer; erweitertes Grund- und Mittelstufenlehramt, vier Fächer) bei sechs bzw. acht Semestern Regelstudienzeit.

– Auf der Grundlage der Prüfungsordnungen sollten die Fachbereiche (FB) dann Studienpläne erstellen. Das wurde von den Professoren am Germanistik-Bereich genutzt, um die Anforderungen im Interesse der „Qualifizierung" noch mal hochzuschrauben: Sie schlugen der Behörde acht- bzw. zehnsemestrige Mindeststudienzeiten vor (bei bereits erfolgter Verabschiedung der Regelstudienzeit im HRG!).

Auswirkungen der Verkürzung des Studiums bei gestiegenen Wochenstunden sind die folgenden „Schwundquoten" bei den Volks- und Realschullehrern (VR):

„Schwund"quoten bis zum 4. und 8. Semester in %

Schwund bei:	4.Semester	8.Semester
Erz.Wissenschaft	35	44
Soz.Pol.	36	54
Erdkunde	40	49
Geschichte	29	43
Mathe	45	51
Biologie	28	36

Seit 1976 liegt der Entwurf für eine neue Höheres-Lehramt-Prüfungsordnung (HL-PO) vor, der in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Mit dieser HL-PO will die Bourgeoisie den dauernden Kampf der Studenten gegen die Prüfungsverschärfungen zerschlagen und für sich entscheiden:

– Seit Semestern wird die Scheinbenotung bekämpft. Die HL-PO schreibt sie vor.

– Die Studienanforderungen werden durch Erhöhung der Zahl der Pflichtveranstaltungen hochgeschraubt.

– Seit 1976 kämpfen die HL-Studenten gegen die Verkürzung der Prüfungsfristen. Vier Wochen mindestens zwischen Abgabe der Hausarbeit und der ersten Klausur sowie zwischen letzter Klausur und erster mündlichen Prüfung – das ist die Forderung der Studenten. Die Schulbehörde weigert sich, das anzuerkennen. Für viele Studenten beraumt sie die Klausuren wenige Tage nach Abgabe der schriftlichen Arbeit an. Die mehrmalige Vorbereitung von Klausurenboykotts hat den Bestrebungen der Behörde an diesem Punkt gewisse Grenzen gezogen.

Der HL-PO-Entwurf soll einführen, daß Examensarbeiten schon auf das 6. Semester vorgezogen werden können.

Damit soll der „Examensstress" „entzerrt" werden. In Wahrheit soll der Konkurrenzdruck, der im Examen am zugespitztesten ist, ins gesamte Studium ausgedehnt und der Kampf für die Vier-Wochenfrist zerschlagen werden.

Gegen die Prüfungsordnung von 1969 haben die Studenten durchgesetzt, daß die Klausurthemen und Themen der mündlichen Prüfung z.B. in Germanistik abgesprochen werden. Die Professoren haben immer versucht, das zu verhindern. Die einen haben für „ihre" Examenskandidaten Leselisten mit 20 Titeln zum jederzeitigen Abfragen festgelegt, andere haben Klausurabsprachen gebrochen.

In den letzten Semestern sind die Schulräte in den mündlichen Prüfungen besonders frech geworden. Sie stellen Fragen zu allem und jedem: „Das müssen Sie als angehender Lehrer aber doch wissen". Seitdem Examensgruppe und Fachschatsrat die Öffentlichkeit in möglichst allen mündlichen Prüfungen herstellen, sind die Schulräte erstaunlich still geworden . . .

Die Vertreter von MSB und JUSOs, die statt Rechte der Studenten gegen die Prüfungsunterdrückung, statt Kampf gegen Notensystem und Durchfallen, die „demokratische Studien- und Prüfungsreform – Weg mit den objektiv leistungshemmenden Klausuren- studienbegleitende Wissenskontrollen" forderten, können damit die Studentenbewegung nur noch schlecht in die Irre führen. Zu groß ist der Haß auf das Prüfungssystem und die Erkenntnis, daß Klausuren nicht „leistungshemmend" sind, sondern Abfragung von bürgerlicher Wissenschaft und Auslese sind.

Im Kampf gegen die Fünf für die Examensarbeit „Kritik der Didaktik" können sich die Lehrerstudenten leicht zusammenschließen.

Ein Sieg der Studenten an dieser Frage wird der Schulbehörde die Möglichkeit zur Durchsetzung der HL-PO reichlich vermiesen. – (Zelle Germanistik, SSG Hamburg)

Leimruten des Kieler AStA /RCDS / „Studenten für das Grundgesetz" / „Unabhängigen"

„Wir wollen versuchen, die Uni zu entkrampfen und zu entpolarisieren. Chaos und Krawall sind keine Mittel, um studentische Probleme zu lösen, sondern der Dialog aller Beteiligten bringt echte Fortschritte. Unser Wahlbündnis ist weit genug gestreut, um jeder Meinung einen Platz zu geben, und bereit, jede vernünftige Meinung zu akzeptieren." Mit dieser Zielsetzung stellt sich der im Januar gewählte AStA der Universität Kiel den neu immatrikulierten Studenten vor. Das Wahlbündnis „Demokraten '78", gebildet aus dem RCDS, den reaktionären „Studenten für das Grundgesetz", von denen einige nebenbei aktive Burschenschaftler sind, und „Unabhängigen", die u.a. Mitglieder bei der „National-konservativen" Zeitschrift „Student" sind, hatten die Wahlen mit knapper Mehrheit gegen die Liste der Fachschaftsgruppen gewonnen. Vorsichtig machen sie sich jetzt daran, die soziale Demagogie ihres Programms in das zu verwandeln, was sie als Bourgeoissprößlinge ihrer Klasse schuldig sind: die Umbiegung der Forderungen der Studentenbewegung in Maßnahmen der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Studentenbewegung.

Mit einem „umfangreichen Serviceangebot" soll der Kampf der besitzlosen Studentenmassen gegen die elende Lage und das BAFöG in Bittstellerei bei den Behörden und Hoffnung auf Almosen verkehrt werden. „Über die regionalen Zeitungen hat sich der AStA mit mehreren Beiträgen an die Kieler Bevölkerung gewandt, mit der Bitte, sich im AStA zu melden, wenn sie Zimmer oder gebrauchte Möbel haben." Gegen die Unterdrückung durch das BAFöG und die Hochschulgesetze soll die Rechtsberatung des AStA helfen, billige Fotokopierer statt Kampf gegen endlose Bücherlisten und dagegen, daß die wichtigen Bücher fast nie in der Bibliothek stehen. Als „glanzvollen Auftakt einer umfassenden AStA-Kulturarbeit" wird im Rahmen eines deutsch-polnischen Kulturaustausches ein polnischer Pianist eingeladen. Am Historischen Fachbereich betreibt die Professorenreaktion die Ostexpansion. Der AStA liefert dazu die Begleitmusik und setzt als Zeichen für die Unterstützung der aggressiven Absichten des BRD-Imperialismus DDR in Anführungszeichen.

Zusammenarbeit mit der Professorenreaktion statt Kampf für die eigenen Interessen wird gepredigt und Spaltung praktiziert. In jahrelangen Kämpfen haben die Studenten die Abschaffung einer Eingangsklausur für Nebenfachstudenten in der Chemie erzwungen. Gegen den Versuch, bewertete Analysebögen zur Prüfung heranzuziehen, unterschrieben in diesem Jahr 130 von 150 Teilnehmern und zwangen die Institutsleitung zum Rückzug. Der AStA, der ohne Wissen der Praktikumsteilnehmer und der Fachschaft beim Präsidium vorstellig geworden war, gab dies als Ergebnis seiner Verhandlungen aus. Nicht Begrenzung des Stoffs ist die Lösung, die „das ewige Hickhack beendet", sondern Erhöhung der Seminarstunden, „damit dieser Berg an Stoff genau erklärt werden kann".

Die Landesregierung hat im März den Regierungsentwurf für die Novelle des Landeshochschulgesetzes vorgelegt. Die Bourgeoisie will die Lage nutzen, um mit ihrer Absicht der Zerschlagung der Studentenbewegung, der Beraubung elementarer Rechte der Studentenmassen einen entscheidenden Schritt voranzukommen. „Wir dürfen keine falschen Hoffnungen schüren, denn eine studentenfreundliche Politik ist weder in unserem Land noch anderswo zu erwarten, nachdem die Chaoten durch ihre Konfliktstrategie hier und allerorten das studentische Image versaut haben", ist die Stellungsnahme des AStA dazu. Direkte Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat fordern sie bei ihrer Stellungnahme zum Ordnungsrecht: Sieht der Regierungsentwurf das sofortige Relegationsrecht vor, so fragt der AStA in seinem Kommentar: „Sind die Zuschauer nicht oftmals schuldiger als die Täter?" Statt Verfolgung durch das Ordnungsrecht sind sie für direkte Denunziation durch reaktionäre Schlägerbanden.

Die Landesastenkonferenz, auf der der Kampf gegen die Novelle des Landeshochschulgesetzes auf der Tagesordnung stand, haben die Bourgeoisstudenten verlassen. „Der Uni-AStA sollte mit Hilfe der Konstruktion einer ‚LAK' zu allgemeinpolitischen Aussagen gezwungen werden." Die Landesregierung soll für die Durchsetzung ihrer reaktionären Gesetze eine Lage vorfinden, in der die Studentenbewegung wehrlos ist. Günstig sind die Aussichten allerdings dafür nicht. Die Fachschaftsgruppen arbeiten auch nach den Wahlen zusammen und koordinieren ihre Arbeit in einem Delegiertenrat. Zur Mitgliederversammlung der VDS haben sie eine Delegation geschickt und erstellen darüber eine Dokumentation. Verschiedene Fachschaftsgruppen haben zur Vorbereitung des Semesters Bildungs- und Untersuchungsprogramme beschlossen, um die gesetzlichen Maßnahmen der Bourgeoisie zu untersuchen. Im Mai, wenn die erste Lesung der LHG-Novelle ansteht, wird eine Demonstration die richtige Antwort auf die Absichten der Bourgeoisie sein. – (KSB Kiel)

Polizei hat „Nachwuchssorgen“

Kasernierung, Drill, Schikane in der Ausbildung

Als Rekrut für die Westberliner Schutzpolizei wird man im ersten Ausbildungsjahr in der Kaserne Ruhleben „internatsmäßig untergebracht“. So bezeichnet ein Werbeprospekt für den Polizeidienst die Tatsache, daß man 12 Monate lang die ganze Woche über getrennt von Familie und Freunden in die Kaserne gesteckt wird, abgesehen von den Stunden zwischen Dienstschluß und Zapfenstreich (23.00 Uhr) und dem Wochenende. So wie man aus der Kaserne nur zu bestimmten Zeiten herauskommt, ist das „Verlassen von Berlin (West) nur mit Genehmigung der Dienstbehörde“ gestattet. Selbst mit Krankheit kann man sich dem Kasernenleben nicht entziehen, denn für jede Erkrankung ist die Sanitätsstation in der Kaserne zuständig, die über die „freie Heilfürsorge im Hinblick auf die erforderliche Erhaltung der Dienstkräfte“ wacht. Umfassend befindet sich der Polizeischüler während der Ausbildung unter Kontrolle.

Über die Ausbildung heißt es im Werbeprospekt: „Der theoretische und praktische Teil betragen je ca. 50 %.“ Was dort theoretisch und praktisch geübt wird, darüber geben einige Ausbildungsthemen aus dem internen Ausbildungsplan Auskunft. Unter praktischer Ausbildung findet man dort zum Beispiel: „Zurechtfinden im Einsatzraum Grunewald“, „Der Angriff im Stadtgebiet“, „Durchsuchung eines Gebäudes/Geländeabschnittes“, „Vorgehen und Vorarbeiten einer Gruppe im Stadtgebiet/im Gelände“, „Räumen und Sperren von Straßen und Plätzen“ sowie Schießübungen mit Sturmgewehr, Maschinengewehr und Pistole.

Polizeischüler berichteten uns von der praktischen Ausbildung auf dem Polizeiübungsplatz Radelandwiesen. Dort wurde der Häuserkampf gegen „Störer“ und Kommunisten mit Sturmgewehr und Tränengas geprobt sowie der Einsatz von Wasserwerfern, die durch Polizeiketten geschützt werden mußten. An diesen Beispielen zeigt sich, daß die Polizeischüler planmäßig auf den Einsatz gegen Versammlungen, Demonstrationen, Streiks und den bewaffneten Volksaufstand vorbereitet werden.

Als 1976 gegen den Druckerstreik Polizeischüler eingesetzt wurden, wurde ein junger Polizist gesehen, der sich heulend in der U-Bahn vom Einsatzort verdrückte. Die monatelange Belehrung über die Rechtmäßigkeit aller Art von Polizeieinsätzen, die den größten Teil der theoretischen Ausbildung der Polizeirekruten ausmacht, hatten bei ihm nicht ausgereicht, sich gegen die Arbeiter einsetzen zu lassen.

Die Polizisten brauchen das Recht auf jederzeitige Kündigung. Anders können sie aus der Zange von Gesetzen und Disziplinarverordnungen, die sie zum Einsatz auch gegen ihren Willen zwingen, nicht entkommen. Während der Ausbildungszeit sollen die Polizeischüler zu gehorsamen Waffenträgern für die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung getrimmt werden. Außer mit Drill werden die jungen Polizisten mit Klassenarbeiten, Ausarbeitungen, Waffen- und Stubenappellen, Sacheninstandsetzen und Bekleidungsüberprüfungen unter Druck gesetzt. Das Anfangsgehalt eines Polizeischülers beträgt 1100 DM. Mit Weiterbildung, Führerschein und Kommissarslaufbahn wird gelockt. Trotz dieser Bestechungsversuche klagt die Polizeiführung über „Nachwuchssorgen“. Die Erfahrungen der Jugendlichen mit dem staatlichen Gewaltapparat lassen sich nicht so leicht umkehren. – (SRK Westberlin)

General Alexander M. Haig jr.: Statthalter des US-Imperialismus in Europa

Welche „Verdienste“ muß ein Mann vorweisen können, dem die US-Imperialisten die militärische Verantwortung für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges um Europa, den Befehl über die US-Truppen in Europa und über alle NATO-Land-, See- und Luftstreitkräfte vom Nordkap bis zum Mittelmeer, von der Atlantikküste bis zur Ostgrenze der Türkei übertragen?

In einer langjährigen Ausbildung – u.a.: University of Notre Dame; US-Militärakademie West Point; University of Columbia and Georgetown; Marine-Kriegs-College und Armee-Kriegs-College; – hat Haig sich das notwendige Rüstzeug für seine Laufbahn erworben, einschließlich gewisser Fertigkeiten in Golf, Tennis und Reiten.

1948–51 hat er die erste Gelegenheit, seine Dienstfertigkeit für die Interessen der US-Imperialisten zu beweisen: als 24jähriger wird er in den Fernen Osten und nach Korea versetzt. Zu diesem Zeitpunkt entfesseln die US-Imperialisten den *Koreakrieg*, in

notwendige Rüstzeug für seine Laufbahn erworben, einschließlich gewisser Fertigkeiten in Golf, Tennis und Reiten.

1948–51 hat er die erste Gelegenheit, seine Dienstfertigkeit für die Interessen der US-Imperialisten zu beweisen: als 24jähriger wird er in den Fernen Osten und nach Korea versetzt. Zu diesem Zeitpunkt entfesseln die US-Imperialisten den *Koreakrieg*, in

der Absicht, sich Korea zu unterwerfen und es zum Brückenkopf ihrer Agressionen gegen die asiatischen Völker, v.a. gegen das chinesische Volk, das seine Revolution zum Sieg geführt und die Volksrepublik China gegründet hat, und gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion auszubauen. Trotz Spaltung des Landes und Unterdrückung des Südens blieb diese Absicht zum Scheitern verurteilt, Haig jedoch verdient sich hier seine ersten Sporen.

Nach weiteren Jahren der Ausbildung, die durch einen dreijährigen Aufenthalt im aktiven Dienst in Europa (1956–59) unterbrochen werden, geht Haig, in den Offiziersrängen nun schon einige Stufen höher geklettert, *1966/67* nach *Vietnam*, wiederum zu dem Zeitpunkt, zu dem die US-Imperialisten ihren Aggressionskrieg zu neuen Höhepunkten treiben. Als Bataillons- und Brigadekommandeur der 1. Infanterie Division – später rühmt ihn die „Frankfurter Allgemeine“ (19.9.74) als „hochbegabten Truppenführer in Vietnam“ – erwirbt er mehrere Orden.

1969 holt ihn Kissinger, damals Präsident des Nationalen Sicherheitsrates, als seinen ersten militärischen Berater, *1970* dann als seinen stellvertretenden Assistenten ins Weiße Haus. In diesen Jahren bis *1973*, die Haig als Colonel beginnt und als 4-Sterne-General abschließt, „macht er sich in der Geheimarbeit des Nationalen Sicherheitsrates verdient.“ (FAZ, 19.9.74) Unbestritten ist die Vorbereitung des *Putsches gegen die Allende-Regierung in Chile* durch den Nationalen Sicherheitsrat. Haig ist, zusammen mit Kissinger, in höchster Verantwortung dabei. Eine zentrale Rolle spielt er auch, ebenfalls im Gefolge von Kissinger, bei der er-

beginnt und als 4-Sterne-General abschließt, „macht er sich in der Geheimarbeit des Nationalen Sicherheitsrates verdient.“ (FAZ, 19.9.74) Unbestritten ist die Vorbereitung des *Putsches gegen die Allende-Regierung in Chile* durch den Nationalen Sicherheitsrat. Haig ist, zusammen mit Kissinger, in höchster Verantwortung dabei. Eine zentrale Rolle spielt er auch, ebenfalls im Gefolge von Kissinger, bei der er-

neuten Aufnahme der *Bombardierung Nordvietnams, beim Putsch gegen die Regierung Sihanouk*, beim *Einfall nach Kambodscha*. Während sie durch die politischen und militärischen Erfolge der indochinesischen Völker zu Friedensverhandlungen in Paris, an denen Haig mehrfach teilnimmt, gezwungen werden, versuchen die US-Imperialisten verzweifelt alles, um die Einstellung ihrer Aggressionshandlungen, um ihre endgültige Niederlage und Vertreibung durch die Völker Laos', Kambodschas und Vietnams hinauszuzögern. Haig fährt in diesen Jahren mehrfach in geheimer Mission nach Saigon, Pnom Penh, Bangkok und Seoul, um die Marionettenregimes auszurichten, so z.B. am 1. Oktober 1972. Seine „fact findings“ Missionen in Südostasien setzt er auch noch fort, als er von *Januar bis Juli 73* Vizestabschef der US-Armee wird.

Am *1.8.1973* wird er von Nixon als Nachfolger des im Watergate-Dreck ausgerutschten Haldemann zum Stabschef des Weißen Hauses berufen. Der spätere zeitweilige Pressesprecher Fords, ter Hoff, bezeichnet Haig als den eigentlichen Präsidenten bis zum Rücktritt von Nixon. Die Anstrengungen Haigs, die Watergate-Angelegenheit unter den Teppich zu kehren, haben für diese Beurteilung sicher nicht den Ausschlag gegeben. Wohl eher der Anteil Haigs – in Zusammenarbeiter mit dem inzwischen zum US-Außenminister avancierten Kissinger – an den Verbrechen des US-Imperialismus in diesen Monaten: dem *Putsch in Chile* und der blutigen Unterdrückung des chilenischen Volkes; dem *Anschlag auf die Unabhängigkeit Zyperns*; dem *Oktoberkrieg Israels* gegen die arabischen Völker. Für diese seine Tätigkeiten wird Haig im *September 74* mit dem Posten des Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) belohnt. – (Z-Red)

Rekrutenverabschiedung durch das SRK



Rekrutenverabschiedung durch das SRK



Weser Ems. Den ganzen Tag über begleiteten Mitglieder des SRK die Züge, mit denen die Rekruten nach Delmenhorst transportiert wurden.

Am Nachmittag trafen die zwei Sammeltransporte auf dem Delmenhorster Bahnhof ein, am Bahnsteig empfing der Spielmannszug die ca. 300 Rekruten. Zusammen marschierten sie durch die Bahnhofsvorhalle auf dem Vorplatz, wo das SRK zusammen mit dem KBW eine Kundgebung hielt, und der Spielmannszug ein Platzkonzert gab. Die Stunde Wartezeit auf den Bus konnte gut genutzt werden Volksmilizen zu verteilen und Unterschriften auf den ZANLA-Aufruf zu sammeln.

Zentralisierung der Befehlsgewalt bei der britischen Besatzerarmee in Westdeutschland

Seit 1974 reformieren die britischen Imperialisten ihre Besatzungsarmee in Westdeutschland. Der Großteil der Umstrukturierung ist jetzt abgeschlossen, bis 1979 soll die ganze Reform beendet sein.

Verändert wird die *Bewaffnung*. Die Infanterietruppen erhalten eine große Zahl an Panzerabwehrwaffen, vor allem die Milan. Die Artillerie wird verstärkt, vorzugsweise mit schwerer Artillerie, die auch die bei den britischen Imperialisten vorhandenen taktischen Atomsprengköpfe verschießen kann. Die alte Honest-Jones-Rakete wird durch die Lance abgelöst. Insgesamt ändert sich das Verhältnis der Zahl der Soldaten zur Zahl der Waffen um 13% zugunsten der Waffen.

Hauptsächlich verändert wird die *Struktur*. Bisher unterstanden dem 1. britischen Armeekorps neben den direkt geführten Korpstruppen, die als Eingreiftruppen zur Verfügung stehen, drei Divisionen als Hauptkampfeinheiten. Aus diesen drei Divisionen werden vier Panzerdivisionen mit einer Kriegsstärke von je 14000 Mann gebildet. („Friedens“stärke: 8000 Mann) Die bisher den Divisionen unterstehenden Brigaden werden als Kommandoebene aufgelöst. Die Panzerregimenter und Infanteriebataillone unterstehen direkt der Division. Die Divisionsführung setzt sich aus den Panzerstaffeln (mit je 18 Panzern) und den Infanteriekompanien pro Division fünf sogenannte Gefechtsgruppen (battle groups) zusammen. Diese Gefechtsgruppen sind nicht, wie die alten Brigaden, dauerhafte Einheiten, sondern werden nach taktischen Gesichtspunkten zusammengesetzt und wieder aufgelöst. Die taktisch-militärische Führung der Gefechtsgruppe liegt bei der Divisionsführung, und zwar so, daß die beiden Stellvertreter des Divisionskommandeurs jeweils zwei oder drei Gefechtsgruppen führen.

In der Division werden auch alle bisher auf Bataillonsebene gehaltenen Unterstützungsverbände wie Pioniere usw. zentralisiert. Die Zahl der eigentlichen Kampfeinheiten wird um 25% erhöht.

Schließlich beinhaltet die Reform die Aufstellung direkter Reserveverbände in Großbritannien für die Rheinarmee, die aus Berufssoldaten und Reservisten der Freiwilligen Reserve bestehen.

Insgesamt bewirkt die Reform also eine veränderte Bewaffnung, die auch Defensivaktionen gegen Panzerangriffe möglich macht, und eine starke *Zentralisierung* der eigentlichen Kampftruppen, die deshalb auch begleitet wird von der Einführung neuer Datenverarbeitungssysteme auf der Divisionsebene.

Die Volksmassen, vor allem die Bauern aus der Gegend Hildesheims haben im November 1976 erste lebhafte Erfahrungen mit dieser Reform gemacht, als im Manöver „Spearpoint“ 18000 britische Besatzungssoldaten das Land plattwalzten und einen (offiziell geschätzten) Manöverschaden von 5 Mio. DM anrichteten. Einer der Divisionskommandeure der reformierten Truppe, Generalmajor Frank Kitson, erklärte im März 1977 in einem Zeitschriftenaufsatz das Hauptproblem, das die Imperialisten zur Umstrukturierung gebracht hat:

> „Wahrscheinlich ... wird die Tiefe des Gebietes, für das eine Division zuständig sein wird, mehr Schwierigkeiten bereiten als die Weite der Front. Die Fähigkeiten des Feindes, in die Tiefe hinein zu operieren, indem er Hubschrauberlandetruppen einsetzt, unterstützt durch Feuer von Kanonenbooten und normaler enger Luftunterstützung, wird unsere Divisionen unweigerlich von der Front weit ins Hinterland dehnen, wenn Hauptversorgungswege und logistische Funktionen im Hinterland offengehalten werden sollen.“

Das Problem der westlichen Imperialisten unter Führung der Supermacht USA ist, daß der Farbwechsel der Sowjetunion ihnen eine gleich räuberische Imperialistenbande auf der anderen Seite der Front verschafft hat. Und der Krieg, für den die Armeen strukturiert werden, nicht mehr ein Überfall auf sozialistische Länder ist, denen die NATO-Truppen „Schulter an Schulter“ von der Grenze zur DDR aus vorzunehmen trachteten, sondern eine Panzerschlacht um die Beherrschung Europas gegen die andere Supermacht. Für diese Schlacht brauchen die Imperialisten andere Waffen – u.a. auch Panzerabwehrwaffen. Diese Schlacht wird aller Voraussicht nach *weiträumig* stattfinden, weil sich die mobilen Panzerverbände (mit Infanterie) schnell über weite Räume verzahnen werden. Um die imperialistische Armee dabei halten zu können, ist eine Zentralisierung der taktischen Führung nötig. Die britischen Imperialisten versuchen das auf Divisionsebene zu erreichen und hoffen, mit gut trainierten Berufssoldaten und einer kleinen Reserve diese Struktur im Krieg aufrechterhalten zu können.

Neben der Kampfführung auf einem weiten Gefechtsfeld soll die neue Struktur die „Flexibilität“ für die Sicherung des „Hinterlandes“ schaffen. Die Hauptversorgungswege der britischen Rheinarmee z.B. gehen quer durch die Bundesrepublik. Ihr Hauptkontingent mit Munitionsreserven etc. steht zwischen Ruhrgebiet und Osnabrück nahe der holländischen Grenze, der geplante „Einsatzraum“ ist zwischen Harz und Lüneburger Heide an der Grenze zur DDR. Die „Dehnung der Divisionen weit ins Hinterland“, also über das ganze Land, richtet sich gegen die westdeutsche Arbeiterklasse, gegen deren revolutionäre Erhebung „offengehalten“ werden soll. Der Generalmajor Kitson hat einen besonderen Ruf in der britischen Armee: Er gilt als „Anti-Aufstands-Spezialist“. Und über 14000 der in Westdeutschland stationierten britischen Soldaten sind ständig in Nordirland im Einsatz, sie werden im Turnus abgelöst. – (Korrespondentenbericht London)

Zivildienstpflichtige beschließen Warnstreik

Osnabrück. Im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Gewissensschikane hatten viele Zivildienstpflichtige beim Bundesamt für den Zivildienst ihre Personalakten zur Einsicht angefordert. Vom Bundesamt haben sie jetzt anstelle der gewünschten Akte Briefe erhalten, in denen die Akteneinsicht verweigert wurde mit der Begründung, dies sei eine politische Provokation der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Akteneinsicht erhalte nur, wer auf eigene Kosten nach Köln zum Bundesamt für den Zivilschutz anreise und dort einen Termin vereinbare. Auf einer Versammlung der Zivildienstpflichtigen haben sich die Anwesenden einstimmig für eine Stunde Warnstreik am 14. April ausgesprochen.

6 streikende VW-Arbeiter gegen SRK-Prozeß

Wolfsburg. Während ihres Warnstreiks am 6. April beschlossen sechs Arbeiter der Halle 12 des VW-Werkes folgenden Brief an das Oberlandesgericht Lüneburg: „Wir haben heute vom Prozeß gegen das Soldaten- und Reservistenkomitee Munster erfahren. Wir befinden uns gerade im Streik gegen Schmückers Lohnraubpläne. Wir haben in der ‚Volksmiliz‘ gelesen, daß das SRK den Lohnkampf der Arbeiter unterstützt. Wir finden es richtig, daß der Teil der Arbeiterklasse, der in die Armee gepreßt ist, Lohnfortzahlung erkämpft. Wir meinen, daß die Ausrichtung der Bundeswehr auf den Einsatz gegen die Arbeiterbewegung zielt. Wir fordern: Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten! Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr! Sofortige Einstellung des Prozesses gegen das Soldaten- und Reservistenkomitee Munster!“

Sicherheitspolitik im Schulunterricht soll ausgebaut werden

Kassel. Bundeswehr und Schulbürokratie haben in Hessen gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt: 1974: 1071, 1975: 1356, 1976: 1583, 1977: 1583, davon waren 722 Veranstaltungen von Jugendoffizieren in Schulklassen von je zwei Stunden, und 861 waren Besuche von Schulklassen in Truppenteilen oder sonstigen Einrichtungen der Bundeswehr in Hessen. 1978 planen das Kultusministerium und Verantwortliche aus der Bundeswehr einen gemeinsamen Lehrgang „Sicherheitspolitik im Unterricht“, wo der Einsatz des „Weißbuches“, von „Lehrfeld Bundeswehr“ und „Verteidigung und Entspannung gleich Sicherheit“ als Unterrichtsmaterial geplant werden soll.

davon waren 722 Veranstaltungen von Jugendoffizieren in Schulklassen von je zwei Stunden, und 861 waren Besuche von Schulklassen in Truppenteilen oder sonstigen Einrichtungen der Bundeswehr in Hessen. 1978 planen das Kultusministerium und Verantwortliche aus der Bundeswehr einen gemeinsamen Lehrgang „Sicherheitspolitik im Unterricht“, wo der Einsatz des „Weißbuches“, von „Lehrfeld Bundeswehr“ und „Verteidigung und Entspannung gleich Sicherheit“ als Unterrichtsmaterial geplant werden soll.

Streikdrohung gegen Bespitzelung durch politische Polizei

London. Die Gewerkschaftsorganisationen auf der britischen Marinewerft in Chatham haben mit Streik gedroht, wenn die Polizei des britischen Verteidigungsministeriums nicht aufhört, die Beschäftigten des Werkes zu bespitzeln und zu schikanieren. In einem bis zum 10. April, 14 Uhr, befristeten Ultimatum fordern sie eine Erklärung des Hafenadmirals und die Bekanntgabe der Dienstvorschriften der Polizei des Verteidigungsministeriums. Der Sprecher der Gewerkschaften im Betrieb, James Lewis, sagte: „Die Gestapo-Methoden müssen aufhören, oder wir legen die Werft lahm.“

Besatzer demonstrieren militärische Präsenz

Westberlin. In der Tagespresse werden seit einigen Wochen die Militärmanöver der Besatzertruppen mit Ort und Zeit angekündigt. Das gab es früher nicht. Von der Durchführung der Herbstmanöver der Besatzer wußten die Redaktionen der Lokalpresse nicht einmal. Mit der Ankündigung ihrer militärischen Übungen wollen die Besatzer ihre Präsenz in der Stadt demonstrieren. Sie treffen Vorbereitungen für ihre Parade, die dieses Jahr wieder stattfinden soll, und für den Besuch des Präsidenten Carter.

Scheel-Rede vor der Kommandeurstagung

Saarbrücken. Vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr hat Scheel erklärt, das größte Problem sei, daß vor allem in der Jugend die Bundeswehr nicht als Friedensdienst begriffen werde. In den Schulen solle mehr Propaganda für den Zweck der Bundeswehr und der NATO gemacht werden und in der Bundeswehr selbst dem wachsenden Kampf der Soldaten schnellstens entgegengewirkt werden. Scheel: „Die Soldaten lernen, mit der Technik, dem Gewehr, umzugehen, aber sie wissen nicht, wofür sie das einsetzen sollen. Diese Entwicklung halte ich für sehr bedenklich.“ Auf dieser Grundlage könne auch das Prinzip von Befehl und Gehorsam schlecht einleuchtend werden. Gehetzt hat er gegen den Streik der Zivildienstpflichtigen, das habe schließlich auch Auswirkungen auf die Moral der Truppe. Mit Beifall wurde Scheels Aussage von dem hohen Offizierspack bedacht, um die Pläne des westdeutschen Imperialismus zu verwirklichen, reiche nicht der bloße Drill, sondern an der Bundeswehrhochschule müsse die theoretische und praktische Ausbildung, in deren Zentrum die Werte unserer Gesellschaft stünden, verbunden werden.

Volkserhebung im Tschad gegen die französische Invasion

Die französischen Imperialisten haben seit Ende Februar insgeheim ihr Interventionskorps im Tschad verstärkt. Jetzt hat die bürgerliche Presse in Paris ihr komplicenhaftes Schweigen gebrochen: „Man kann nicht sagen, daß die Präsenz unserer Truppen besonders diskret wäre, obwohl man sie (in der Hauptstadt N'Djamena) in freundliche Organisatoren des Club Mediteranné (T-shirt und Jeans) verkleidet hat; sie fahren in Jeeps, auf denen die Kokarde mit den französischen Farben hastig schwarz übermalt wurde." Alle noch nicht unter Kontrolle der Frolinat (Nationalen Befreiungsfront des Tschad) befindlichen Städte sind besetzt worden. Als am 29. März in Abbeché ein Mädchen von Soldaten vergewaltigt, ihre Mutter erschossen wird, kommt es zu einer Volkserhebung. „Am nächsten Morgen beginnt bei der Schule eine Demonstration. Man sagt später in N'Djamena: 3000 aufgregte Jugendliche, nichts weiter … Nein, die gesamte Bevölkerung nimmt teil." Gefordert wird der Abzug aller imperialistischen Militärs und Agenten. Eine australische Entwicklungshelferin bekommt Prügel, ein sowjetischer „Dentist" wird totgeschlagen. „Die tschadische Armee steht 500 Meter weiter und rührt sich nicht …" Seitdem beginnen sich die mehr als 3000 französischen „Zivilisten" im Tschad hastig abzusetzen. Die Fallschirmjäger und Legionäre dagegen befestigen ihre Stellung. (Korrespondentenbericht des Figaro, 6. April) Die französische Intervention steht im direkten Gegensatz zu der zwischen der Regierung Malloum und der Frolinat erreichten Vereinbarung über die Errichtung einer Regierung der nationalen Einheit nach dem Abzug der französischen Truppen, der von einer Militärkommission der Nachbarstaaten Libyen und Niger überwacht werden sollte. Es scheint, daß die französischen Imperialisten die Regierung des Tschad als Geisel genommen haben.

Olympia '80 mit Arbeitsdienst und „Anti-Terror-Gruppe"

„Züge mit Komsomolfreiwilligen fahren neuerdings nicht mehr in erster Linie *ab*. Sie kommen *an*. „Wir helfen den Moskauern beim Bau olympischer Objekte", stand auf den roten Spruchbändern der Wagen des ersten Sonderzuges dieser Art, der vor knapp anderthalb Jahren auf dem Kiewer Bahnhof eintraf. Jeder Sonderzug wird seitdem noch genauso herzlich begrüßt wie der ersten, aber über ihre Zahl ist bereits keine offizielle Statistik mehr zu bekommen." (Horizont 5/78) Die Mehrzahl der Olympia-Bauten wird in einem gewaltigen Arbeitsdienstprogramm vom Komsomol, der Jugendorganisation der KPdSU, gebaut, die der schrankenlosen Ausbeutung durch die neuen Zaren unterworfen werden. Im Winter wie im Sommer wird im Vierschichtsystem daran gebaut. „Nur noch zweieinhalb Jahre" sind es bis 1980. Die Peitsche muß schärfer geschwungen werden, um die Rebellion der Jugendlichen gegen diese ungeheuerliche Zwangsarbeit zu unterdrükken. Der sowjetische Generalleutnant Loshkin ist beauftragt worden, eine Sicherheitsabteilung für die Olympiade 1980 in Moskau aufzubauen und hat sich zu diesem Zweck bei der „Anti-Terror-Gruppe" der westdeutschen Bourgeoisie GSG 9 umgesehen. „O Sport, du bist der Frieden! Sechs Wörter, drei Zeilen nur und doch ein ganzes humanistisches Programm, die ganze Idee Olympias." (Horizont 5/78) Mit Maschinenpistole im Anschlag soll dieser Leitgedanke durch Aussaugung der sowjetischen Arbeiterklasse bis aufs Blut verwirklicht und hinter solchen Friedensgesäusel die Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren gegen die Völker der Welt verdeckt werden.

Zu geringe Ernten in Polen

Ungeheure Verschuldung bei den westlichen Imperialisten und den Sozialimperialisten sowie die wachsende Dringlichkeit der Modernisierung der Industrie zwingt die Revisionisten Polens zur Exportoffensive. So betrug Ende 1977 die Verschuldung allein an „Hartwährungsländer" 10 bis 11 Mrd. US-Dollar. Die Exporte wuchsen 1977 um 11,4 % (1976: 7,5 %), die Importe um 5,5 % (1976: 10,8 %). Der Anteil von landwirtschaftlichen Erzeugnissen am Export ist hoch, die landwirtschaftliche Produktion aber sinkt ständig. 81,1 % der landwirtschaftlichen Produktion wird privat betrieben, auf Staatsgütern und 2 % in Genossenschaften. Jeglicher Profit geht in die Modernisierung der Industrie. Dagegen ist die Mechanisierung der Landwirtschaft gering. Die geringen Ernten werden nach dem Motto „Alles für den Export, nicht für die Massen" durch Plünderung der Bauern „ausgeglichen". Die Getreideeinfuhr steigt (1977: 7 Mio. Tonnen Getreide), um die Versorgung der Massen halbwegs sicherzustellen und Futter für den Viehbestand zu garantieren.

Hartnäckig versucht die neue Bourgeoisie Polens die schlechten Ernten, die sie mit dem schlechten Wetter begründet, über Preissteigerungen durch die Volksmassen bezahlen zu lassen. Oder es gibt für lange Zeiträume wie im letzten Jahr eben kein Schweinefleisch für die Massen. Nachdem die landwirtschaftliche Bruttoproduktion 1974 gerade noch um 1,6 % gestiegen war, fiel sie 1975 um 2,1 % und 1976 erneut um 0,7 %. 1977 erreichte sie noch nicht einmal wieder den Umfang von 1975.

Den Sozialimperialisten wird in Afrika der Boden heiß unter den Füßen

Das eritreanische Volk widersetzt sich der Unterwerfung – In Angola sollen Säuberungsaktionen den Widerstand ersticken

Die UdSSR hat durch ihre Militärberater und kubanische Truppen den Angriff auf Eritrea, das fast vollständig von den Volksmassen beherrscht wird, eröffnet. Gleichzeitig sind jedoch in Ogaden, dem Süden Äthiopiens, erneut Kämpfe der Massen gegen die Aggressoren entbrannt. In Angola schließlich, wo die UdSSR bereits als Kolonialmacht herrscht und raubt, stoßen Befriedungsaktionen ihrer Truppen auf heftigen Widerstand. Der Appetit der neuen Zaren ist groß – aber reichen die Kräfte?

„Im Indischen Ozean kreuzen sich wichtige Seestraßen, die Afrika, Asien und Australien miteinander verbinden. Diese Wasserstraßen sind für die Sowjetunion von außerordentlich großer Bedeutung. Es ist der einzige das Jahr über befahrbare Seeweg zwischen dem europäischen Teil der UdSSR und dem sowjetischen Fernen Osten. Für kein anderes Land der Welt spielt der Transit über den Indik eine so große Rolle", schrieb ein Journalist in der außenpolitischen Zeitschrift der Supermacht, der „Neuen Zeit". Damit sind Hegemonialanspruch und Absicht der UdSSR umrissen: Kontrolle der Öl- und Transportrouten der westlichen imperialistischen Länder, strategisch für den Kampf um Europa ausschlaggebend, sowie Etablierung als Kolonialmacht in Afrika in der Jagd nach Höchstprofit.

Die Herrschaft über Eritrea, die nur durch Zerschlagung des Befreiungskampfes des eritreanischen Volkes errungen werden kann, ist dafür Bedingung. Denn was soll der Einsatz für die Herrschaft über ein Äthiopien, das keinen Zugang zum Roten Meer hat? Mit Überfall oder Blitzkrieg gegen Eritrea werden sich die Sozialimperialisten schwer tun: ihnen stehen Arbeiter und Bauern, eine Jugend gegenüber, die im Volkskrieg – er währt schon vierzehn Jahre – für ihr Recht auf Selbstbestimmung das Land weitgehend befreit, die Produktion in ihrem eigenen Interesse wiederaufgenommen und ihre demokratischen, bewaffneten Machtorgane aufgebaut haben. Sie haben es mit Volksmilizen zu tun. Angesichts der verschärften Rivalität beider Supermächte um das Horn von Afrika, angesichts der sozialimperialistischen Aggression haben die eritreanischen Befreiungsorganisationen EPLF und ELF entscheidende Schritte unternommen, um eine gemeinsame Front zu errichten und die Spaltungsmöglichkeiten der Imperialisten einzuschränken: bereits Oktober 1977 wurde eine gemeinsame Erklärung für die nationale Einheitsfront erarbeitet und beschlossen. Am 18. März wurde eine „Gemeinsame Politische Führung" gebildet, deren erstes Treffen jetzt am 20. April stattfinden wird. Es wurden fünf gemeinsame Komitees eingerichtet: Verteidigung, Wirtschaft, Soziales, Information und Außenpolitik.



Eritrea wird fast vollständig von den Volksmassen beherrscht. Die eritreanischen Befreiungsorganisationen erklären: „Wir bestimmen über unser Schicksal ohne jede fremde Macht." Die Ernte wird eingeholt bei stetiger Wachsamkeit gegen feindliche Überfälle.

Die jetzige Offensive gegen Eritrea zwingt die Aggressoren zur weiteren Demaskierung. Februar noch hatte der kubanische Vizepräsident Rodriguez erklärt, niemals würden kubanische Truppen gegen das eritreanische Volk marschieren. Das war zwar schon damals gelogen, denn bereits Oktober/November 1977 wurden Panzer, kubanische Truppen und sowjetische Offiziere in die belagerten Städte Massawa und Asmara verbracht. Mitte März wurde ein großer Ausbruchversuch aus Asmara von den eritreischen Befreiungsstreitkräften zurückgeschlagen. Zu diesem Zeitpunkt vollzog schließlich die kubanische Regierungszeitung „Granma" den Schwenk: im Norden Äthiopiens müßten die „sezessionistischen Bewegungen" geschlagen werden.

Bedingung dafür war die Befriedung des Ogaden, um sich mit voller Stärke Eritrea, dieser „Waffe der Konterrevolution" (Neue Zeit), zuzuwenden. Zwar wurde am 18. März verkündet, das Kriegsziel im Ogaden, die „Befreiung" des besetzten Gebietes, sei vollständig erreicht. Die Volksmassen setzen jedoch den Kampf fort. Nach Berichten der Westsomalischen Befreiungsfront wurden z.B. 400 Soldaten beim Versuch, den Distrikt Hiddi-Lola zurückzuerobern, getötet. So werden Kräfte gebunden, die die UdSSR dringend für den Angriff gegen Eritrea braucht.

„Denken wir doch an Angola!" ruft die „Neue Zeit", um im Namen des Kampfes gegen den „Sezessionismus" die beabsichtigte Unterwerfung des eritreanischen Volkes zu rechtfertigen. Das verstehen viele anders, als es die neuen Zaren meinen. Unübersehbar ist, daß Angolas Wirtschaft durch die UdSSR ruiniert wird. Die zahlreichen Kooperationsabkommen Angolas mit der UdSSR sind Erlaubnisscheine für den nahezu ungehinderten Zugriff der Supermacht auf die natürlichen und von den Arbeitern und Bauern produzierten Reichtümer Angolas. Beim Fischfang fährt die Sowjetfangflotte den Löwenanteil ein und liefert einen Happen an Angola ab. Diamanten, Gold und Kaffee werden weit unter Weltmarktpreisen abgeführt – was Wunder, daß die erwarteten Einnahmen aus der Kaffeeproduktion bei weitem nicht erreicht werden? Daß die Volksmassen an den verschiedensten Stellen des Landes den Kampf gegen die neue Kolonialmacht führen? Die großen Befriedungsaktionen, seit März im wesentlichen von kubanischen Truppen vorgetragen, werden mit bewaffneten Gegenangriffen beantwortet, und die Besatzermacht soll erhebliche Verluste an Truppen wie Material erleiden.

Ihr Rivale, die USA, wittert Morgenluft. Die USA, Großbritannien und Frankreich wollen mit vierzehn Kriegsschiffen direkt im Roten Meer Seemanöver durchführen. Der UNO-Botschafter der USA, Andrew Young, erklärt, Ogaden und Eritrea könnten das „Vietnam" der Sowjetunion werden. Er muß es wissen. Bloß: Kampfziel der Völker am Horn von Afrika ist nicht, die Eroberungsfeldzüge der neuen Zaren zurückzuschlagen, damit die US-Imperialisten wieder ins Geschäft kommen.

Die eritreanischen Befreiungsorganisation verfechten einmütig die Auffassung: „Wir bestimmen über unser Schicksal ohne jede fremde Macht." Die Konferenz der Außenminister der Arabischen Liga hat die „aggressiven Akte fremder Streitkräfte" am Horn von Afrika verurteilt und gefordert, daß die Einmischung jeder nichtafrikanischen Macht zu unterbleiben hat. Im Juli findet in Khartoum, Hauptstadt des Sudan, der sich von der sozialimperialistischen Einnistung befreit hat, die nächste Gipfelkonferenz der OAU statt. – (Z-Red.)

Sozialimperialisten dringen in die italienische Wirtschaft ein

Exportoffensive durch Kompensationsgeschäfte vorbereitet / Italienische Revisionisten profitieren am Osthandel

Nach den USA, Westdeutschland und Japan ist Italien der viertgrößte Handelspartner der russischen Sozialimperialisten unter den westlichen imperialistischen Ländern. Während die Handelsbilanz der UdSSR gegenüber den erstgenannten Ländern riesige Defizite aufweist, ist Italien selbst zunehmend in die roten Zahlen geraten. 1977 überstiegen die sowjetischen Exporte nach Italien die Importe von dort um 300,2 Millionen Rubel. In den 60er und zu Beginn der 70er Jahre war die italienische Handelsbilanz mit der Sowjetunion immer positiv gewesen.

Die italienischen Imperialisten gehörten zu den ersten im Westen, die komplette Industrieanlagen in die Sowjetunion exportierten, um sich damit ein neues Feld imperialistischer Expansion zu erschließen. 1966 vereinbarte Fiat den Bau eines kompletten Autowerks, 1970 wurde im sowjetischen Togliatti die Produktion aufgenommen, 1974 die Jahresleistung von 660000 Autos erreicht und damit erstmals die italienische Autoproduktion durch die sowjetische überflügelt.

1969 schloß die Sowjetunion ein Abkommen mit den italienischen Staatsmonopolen ENI (Öl) und Finsider (Stahl) über die Lieferung von elf Anlagen für die Gasindustrie und 1 Million Tonnen Großrohren gegen sowjetische Erdgaslieferungen. Mit einem weiteren derartigen „Kompensationsgeschäft" wurde später die Lieferung von noch 2 Millionen Tonnen Rohren gegen Kohle-, Eisenerz- und andere Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion vereinbart.

„Kompensationsgeschäfte", also Zahlung von Anlagen mit Waren statt mit Geld, bedeuten für die Sozialimperialisten, daß sie den Absatz ihrer Exportwaren, vor allem Rohstoffe, auf den westlichen Märkten, ihren dortigen Lieferanten „überlassen" und sich deren fortgeschrittene Produktivkraft aneignen können, ohne zuvor durch eigene Exporte Devisen auf dem Weltmarkt zu erlösen.

Seine volle Blüte erreicht das Kompensationssystem in Verbindung mit Exportüberschuß wie gegenüber Italien. Die Sowjetunion fordert in Höhe ihres Überschusses bares Geld in umtauschbarer Währung, für das sie beliebige Waren auf dem Weltmarkt erstehen kann, während die italienischen Imperialisten, obwohl Gläubiger von Kompensationen im Wert von insgesamt 700 Millionen Rubel, sich bei ihrer Versorgung mit Rohstoffen auf Jahrzehnte an den sowjetischen Lieferanten binden mußten. 84 % aller italienischen Ölimporte und 33 % des Erdgases stammen mittlerweile aus der Sowjetunion.

„Der Export von ganzen Betrieben erfolgt in der Regel auf Kredit, der vom Lieferanten gewährt wird",

erfährt man aus der sowjetischen Zeitschrift „Außenhandel" (3/1978). Daß der Verkäufer dem Käufer den Kredit für die Zahlung vorzuschießen hat und dann nicht einmal Geld zur Zahlung verlangen kann, ist eine ganz eigentümlich sowjetische „Regel". Der Regel entspricht es wohl auch, wenn die Sowjetunion gleich die Kreditbedingungen mitdiktiert. So beschied der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew der Creme der italienischen Finanzbourgeoisie, die mit dem Fiat-Chef Agnelli an der Spitze zur Tagung der italienisch-sowjetischen Handelskammer nach Moskau gereist war, im Februar 1977:

„Verehrte Vertreter der offiziellen und Geschäftskreise Italiens, ich muß Ihnen aber offen sagen, daß die Sowjetunion nicht ein Land ist, das Kredite zu beliebigen Bedingungen aufnehmen wird." (Außenhandel 3/1977)

In einem Aufsatz über die „Effektivität der Zusammenarbeit auf Kompensationsgrundlage" rühmt der Kandidat der Wirtschaftswissenschaften Sawin die Vorteile, die sich aus der Aneignung der überlegenen Produktivkraft der westlichen imperialistischen Länder durch Kompensationsgeschäfte für die Sozialimperialisten ergeben:

„Im Produktionsprozeß funktionieren die Grundfonds, die mit dem ausländischen Kredit geschaffen wurden, als ‚unentgeltliche'." (Außenhandel 5/1977)

Auch für das Problem, daß immerhin die Kompensationen geliefert werden müssen, hat Kandidat Sawin eine probate Antwort. Die Tilgungszahlungen sollen ausgeglichen werden durch – Preisaufschlag, so daß die nach den Kompensationslieferungen noch verbleibenden Waren zum Wert der Gesamtproduktion verkauft werden. Sollen die sowjetischen Volksmassen und die RGW-Länder („Außenmarkt zu gewöhnlichen kommerziellen Bedingungen") doch zahlen.

Die Verpflichtung zu Kompensationsgeschäften und zur Hilfe bei der Kreditbeschaffung ist im italienisch-sowjetischen Handelsabkommen von 1975 ausdrücklich festgeschrieben.

Die Struktur der italienischen Exporte hat sich unter diesen Bedingungen fortwährend verschlechtert. 1965 bestand noch ein Drittel des Exports aus Fertigwaren, 1975 nur noch ein Vierzehntel, während allein 40 % der Produkte der italienischen Stahlindustrie vor allem Rohre waren. Nach der Lieferung kompletter Fabriken gehen mittlerweile traditionelle italienische Exporte wie Textilien, Schuhe und Arzneimittel drastisch zurück. In ihrem Wirtschaftsfachblatt schlagen die italienischen Revisionisten vor, zur Verbesserung ihrer Exportchancen sollten sich die italienischen Imperialisten ganz in die „internationale Arbeitsteilung" der Sozialimperialisten pressen lassen.

„Ein Ausweg aus vielen Schwierigkeiten könnte die Entwicklung der Zusammenarbeit und Spezialisierung sein, die gegenwärtig von den Regierungen des Ostens warm befürwortet wird, die aber offensichtlich ein tieferes Eingreifen des italienischen Staates als bisher erfordert." (Politica ed Economia 1/1977, S. 69)

Daran soll es nicht mangeln. Schon bevor sich die italienischen Revisionisten in die Regierungsmehrheit hievten, hatten sie sich im Zwischenhandel festgesetzt. Bereits in den fünfziger Jahren haben sie Im- und Exportgesellschaften für den Osthandel, größtenteils im Besitz der revisionistisch beherrschten Genossenschaften, gegründet. Zum Teil befinden sich diese Gesellschaften direkt in gemeinsamem Besitz der Sozialimperialisten und der PCI, so die „Restital", die schon länger sowjetisches Kupfer und Gold auf den Weltmarkt wirft und seit kurzem gemeinsam mit einer staatlichen italienischen Bank und der UdSSR auch ins Industriediamantengeschäft eingestiegen ist. Anfangs Instrumente zur Füllung der Parteikasse haben sich diese Gesellschaften inzwischen zu Hebeln der direkten Verflechtung der Revisionisten mit dem Finanzkapital verwandelt. Der Genossenschaftskonzern ist heute der drittgrößte Italiens. Kürzlich mußte sein Vorsitzender den Hut nehmen, nachdem ruchbar geworden war, daß er mit den Genossenschaftsanteilen der Arbeiter und Bauern in eine marode Stahlfirma einsteigen wollte.

In Handelsabkommen haben die Sozialimperialisten ihre Absicht, die Früchte ihrer Offensive im Warenexport mit Kapitalexport zu ernten, mit „Gründung gemischter sowjetisch-italienischer Firmen in Italien" angekündigt. Mit verschärfter Ausbeutung versuchen die italienischen Imperialisten dagegen, ihre angeschlagene Konkurrenzstellung wiederherzustellen. Die Arbeiterklasse kann diese Anstrengungen ebensowenig unterstützen wie das „neue Entwicklungsmodell" der Revisionisten. – (Z-Red.)

Carters Menschenrechtssprüche werden in Lateinamerika als Interventionsdrohung verstanden

Die Meinungsverschiedenheiten des US-Präsidenten Carter mit dem brasilianischen Präsidenten Geisel seien bis zuletzt nicht ausgeräumt worden. „Trotzdem freundliche Worte". Und herausgekommen sei eigentlich gar nichts. Für die US-Imperialisten hätte die Annullierung des Vertrags Brasiliens mit den BRD-Imperialisten über die Lieferung von Atomkraftwerken herausspringen müssen. Ein Fehlschlag also. Stattdessen entwich Carter solcher Unsinn wie: „Pele ist mein Freund."

Die Versuche des US-Imperialismus, sich direkt in die inneren Angelegenheiten der Länder Lateinamerikas einzumischen, werden immer krampfhafter, die Front der Länder Lateinamerikas gegen diese Versuche immer stärker. In Venezuela sah sich Carter gezwungen, die führende Rolle dieses Landes beim Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zu begrüßen. Wie sonst soll der US-Imperialismus auch noch einen Fuß in der Türe behalten, die er Ende des 19. Jahrhunderts mit brutaler Gewalt aufgestoßen hat?

Zu diesem Zeitpunkt hatte der sich stürmisch entwickelnde amerikanische Kapitalismus das Stadium des Imperialismus erreicht und begann seine gefährlichsten Konkurrenten, den deutschen und den britischen Imperialismus, zu überflügeln:

Stahlproduktion in Mio. Tonnen

	1870	1890	1913
Großbritannien	0,2	3,6	7,7
Deutschland	0,2	2,2	18,3
Frankreich	0,1	0,7	4,7
USA	0,1	4,3	31,3

Quelle: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Band I, Teil 2, Seite 22

Hauptgegner auf dem mittel- und südamerikanischen Kontinent war der britische Imperialismus, der sich seine Position dort durch Förderung der Unabhängigkeitsbewegungen gegen Spanien und Portugal und den großen Produktivitätsvorsprung seiner Industrieprodukte erobert hatte. Die erste Konfrontation endete zugunsten der US-Imperialisten: Großbritannien mußte die Vorherrschaft der USA über Panama anerkennen. Als 1893 an der Mündung des Orinoko, damals unter britischer Kolonialherrschaft, Gold gefunden wurde, schrieb der US-Präsident Cleveland an die britische Regierung: „Heute sind die Vereinigten Staaten praktisch der Souverän auf diesem Kontinent und ihr Befehl ist Gesetz ... Es ist nicht einfach wegen ihres höheren Charakters als zivilisierter Staat, auch nicht weil Weisheit und Gerechtigkeit und Unvoreingenommenheit die unverwechselbaren Eigenschaften der Vereinigten Staaten sind. Es ist deshalb so, weil ... ihre unbegrenzten Quellen zusammen mit ihrer isolierten Position sie zum Herrn der Situation und praktisch unverwundbar gegen überhaupt jede Macht machen." Die Briten verstanden sehr wohl, daß das nicht nur leere Drohungen waren, und traten das Mündungsgebiet des Orinoko an Venezuela ab in der Hoffnung, mit neokolonialistischen Methoden ihren Einfluß aufrechterhalten zu können. Aber auch auf diesem Feld begannen die US-Imperialisten ihre britischen Konkurrenten heftig zu attackieren. Zwar war der Einfluß britischen Kapitals in den USA mit 3 Mrd. US-Dollar um 1900 noch hoch, die US-Imperialisten hatten aber bereits 500 Mio. US-Dollar (1898) im Ausland investiert, davon in Kanada 150 Mio., Mexiko 185 Mio. Kuba 50 Mio., übriges Lateinamerika 55 Mio., in Europa dagegen nur 10 Mio.

Bis 1913 waren die US-Investitionen in Lateinamerika auf 1,25 Mrd. Dollar angewachsen, 80% davon in Mexiko. (Aus: H.U. Faulkner, American Political and Social History, Handbuch der amerikanischen Marine, 1944)

Um den Rest des Einflusses der alten spanischen Kolonialmacht in Lateinamerika zu liquidieren, brachen die US-Imperialisten 1898 den Krieg vom Zaun, nachdem sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des bereits weitgehend von US-Kapital beherrschten Kuba durch Erhöhung des Einfuhrzolls für Zucker weiter verschärften und die bürgerlich-revolutionäre Bewegung in Kuba massiv unterstützten. Die Spanier wurden durch die vom späteren US-Präsidenten Theodore Roosevelt modernisierte und vergrößerte Marine so vernichtend geschlagen, daß sie sich nicht nur von Kuba, sondern gleich auch noch von Puerto Rico und den Philippinen zurückziehen mußten. US-Präsident McKinley begründete, warum er nicht daran denke, die Inseln wieder herauszugeben: „Es blieb uns nichts anderes übrig, als sie alle zu nehmen, die Philippinos zu erziehen, sie geistig höher zu heben, sie zu zivilisieren und zu christianisieren und bei Gott, das Beste zu tun für sie als unsere Mitmenschen, für die Christus auch gestorben ist." Carter scheint von ihm abgeschrieben zu haben.



Vergangene Träume des US-Imperialismus: Präsident Franklin D. Roosevelt sitzt bei einem Besuch (1943) in Brasilien, das während des Zweiten Weltkrieges Verbündeter der USA war, vor dem brasilianischen Präsidenten Vargas und inspiziert Militäreinrichtungen.

Der US-Imperialismus war mit einem kriegerischen Paukenschlag in die Konkurrenz der Imperialisten eingetreten und setzte seine Expansion mit unverminderter Geschwindigkeit fort. Bis zum Ersten Weltkrieg intervenierte er in nahezu allen Ländern Mittelamerikas und der Karibik (siehe KVZ Nr. 14/78). Während er aber die imperialistische Konkurrenz relativ leicht aus dem Felde räumen konnte, entstand ihm ein Feind, der ihn immer wirksamer und unerbittlicher bekämpfen sollte: die Völker Lateinamerikas. Als 1902 „zur Vergeltung nichtbezahlter Schulden" Großbritannien, Deutschland und Italien die Häfen Venezuelas blockierten und sie durch die Drohung des US-Präsidenten Roosevelt, die Marine einzusetzen, gezwungen waren, einen Schiedsspruch zu akzeptieren, erklärte der argentinische Außenminister Drago unter dem Beifall aller Präsidenten Lateinamerikas, daß kein Land, ob europäisch oder amerikanisch, das Recht habe, Schulden mit Waffen einzutreiben. Der Versuch der US-Imperialisten, mit Hilfe der Panamerikanischen Union, einer Vorläuferin der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), ihren Einfluß in Lateinamerika weiter auszubauen, schlug fehl.

Einen abgrundtiefen Haß auf die US-Imperialisten hatte das mexikanische Volk. Die US-Monopole besaßen 58% des Anlagekapitals bei Erdöl, 68% der Kautschukplantagen, 78% der Bergwerke und hatten damit bis zum Jahre 1912 die einstmals führenden Briten nahezu ausgeschaltet. Die US-Imperialisten waren auch die Hauptprofiteure der Politik des Diktators Díaz, ausländisches gegenüber mexikanischem Kapital zu bevorzugen, die Kleinbauern zugunsten der Großgrundbesitzer zu enteignen, in die Schuldknechtschaft zu treiben und einem brutalen Regime der Zwangsarbeit unter der Knute der Großgrundbesitzer zu unterwerfen. Allein der US-Zeitungskönig Hearst besaß in Nordmexiko mindestens eine Million Hektar Land, nahezu ein Drittel des gesamten Landes war in der Hand ausländischer Kapitalisten. Die mexikanischen Arbeiter hatten sich trotz brutaler Verfolgung durch das Díaz-Regime in illegalen, meist anarchosyndikalistischen Zirkeln organisiert. Im Juni 1906 waren die Arbeiter der US-Kupferminen von Cananea vor allem unter den Forderungen nach Mindestlohn und achtstündigem Arbeitstag in den Streik getreten. Der Streik wurde von den mexikanischen Behörden mit Unterstützung der US-Angestellten des Konzerns und der Hilfe von US-Truppen niedergeschlagen. Im gleichen Jahr wurden Hunderte von Textilarbeitern im Süden Mexikos niedergeschossen, als sie sich weigerten, auf ein Regierungsdekret hin ihren Streik abzubrechen. Die US-Imperialisten erkannten, daß Díaz die mexikanische Revolution nicht mehr aufzuhalten in der Lage war, und als Díaz 1910 auch noch die britischen Konkurrenten bei der Vergabe von Ölkonzessionen bevorzugte, kauften sich die US-Ölkonzerne einen Mann der liberalen Opposition, Madero, der sich zunächst an die Spitze der revolutionären Bestrebungen setzen konnte, obwohl er bezüglich der Bauern ein völlig halbherziges Programm aufgestellt hatte, das keinerlei Garantien für die Enteignung des Großgrundbesitzes enthielt. Ma-
des Großgrundbesitzes enthielt. Ma-
dero tat alles, um die Liberalen mit den Großgrundbesitzern gegen die revolutionären Erhebungen der Bauern zu verbinden. Im Norden Mexikos hatte Pancho Villa, ein Bauer, eine bewegliche und disziplinierte Armee aus Landarbeitern und Bauern zusammengeschweißt, die den Truppen der Großgrundbesitzer große Niederlagen bereiteten und auch gelegentliche Überfälle auf das ehemalige mexikanische Gebiet nördlich des Rio Grande, das die US-Bourgeoisie kassiert hatte, durchführte. US-Präsident Wilson verlegte 100000 Mann Truppen an den Rio Grande, ließ 5000 Mann nach Mexiko einmarschieren, um Pancho Villa zu fangen und die Bauernrevolution niederzuschlagen, angesichts der Millionen Hektar US-Landbesitzes in Mexiko seine „vaterländische Pflicht", wie Hearst in seinen Zeitungen schreiben ließ. Je tiefer die Truppen eindrangen, desto unerbittlicher wurden sie vom mexikanischen Volk bekämpft. Nach 9 Monaten mußten sie unverrichteter Dinge wieder abziehen.



Im Juni 1977 stellten puertoricanische Jugendliche ein Polizeifahrzeug aufs Dach und lieferten der Polizei von Chicago heftige Kämpfe, nachdem diese 2 Puertoricaner erschossen hatte. Allein in Chicago leben heute 200000 Puertoricaner, deren Land von den US-Imperialisten in kolonialer Abhängigkeit gehalten wird. Mehrere Versuche der US-Imperialisten, Puerto Rico als US-Staat zu annektieren, der letzte von US-Präsident Henry Ford, sind wegen des anhaltenden Widerstands der puertoricanischen Volksmassen gescheitert. Sie führen den Kampf auch in die Metropolen des US-Finanzkapitals.

Pancho Villa, der Bauernführer des Nordens, hatte sich mit Zapata, dem Führer im Süden des Landes verbunden; Zapata forderte die Zerstörung des Großgrundbesitzes (der Latifundien) zugunsten der Rückgabe des geraubten Landes der Kleinbauern an die Dörfer und die Errichtung von öffentlichen Landwirtschaftsbanken. Dann parlamentarische Regierungsform, Abschaffung der Steuern für die kleinen Gewerbetreibenden und Unterwerfung ausländischer Betriebe unter die mexikanische Gesetzgebung. Es war ein kleinbürgerliches Programm, und da die Arbeiterklasse Mexikos in den Kämpfen der Bauern nicht die Führung hatte, sondern selbst noch die Führung der Liberalen akzeptierte, mußten die beiden Bauernführer schließlich scheitern. Zapata wurde 1919, Pancho Villa 1923 durch die Großgrundbesitzer ermordet, nachdem es den herrschenden Klassen durch einige Zugeständnisse gelungen war, die Kampfkraft der Bauern zu lähmen. In der Verfassung Mexikos wurde ein Paragraph aufgenommen, der für Ausländer den Erwerb von Grundeigentum in einem 50 Kilometer breiten Streifen entlang der Küste und einem 100 Kilometer breiten Gebiet entlang der Grenze verbot und ansonsten festlegte, daß die ausländischen Grundeigentümer „sich in bezug auf dieses Eigentum wie Mexikaner verhalten müssen" und zum Schutz dieses Eigentums nicht ihre Regierung zu Hilfe rufen dürfen. Natürlich verhinderte dieser Paragraph nicht die neokolonialistische Ausbeutung durch die US-Imperialisten, die seither nicht
US-Imperialisten, die seither nicht
mehr militärisch in Mexiko interveniert haben, sondern neokolonialistische Methoden der Ausbeutung und Ausplünderung des Landes anwandten. Ausdruck davon war die Ernennung von D.W. Morrow, einem Partner des Finanzkapitalisten Morgan, zum Botschafter in Mexiko. Von nun an galt die Politik der „Dollardiplomatie" als großer Trumpf der US-Imperialisten, mit der sie in den 20er und 30er Jahren ihre imperialistischen Konkurrenten, vor allem den britischen Imperialismus, in ganz Lateinamerika ausbooteten.

Ob „sanfte Worte und ein dicker Knüppel" des Präsidenten Th. Roosevelt, die „Politik der guten Nachbarschaft" von Kennedy oder Carters „Menschenrechte", alle diese Sprüche liefen für die Völker Lateinamerikas auf das Fortbestehen der Ausbeutung und Unterdrückung durch den US-Imperialismus hinaus. Kein Wunder, wenn der Besuch Carters in Brasilien und Venezuela für die US-imperialistischen Interessen so wenig erfolgreich war. Carter hat den Wind zu spüren bekommen, der zum revolutionären Sturm werden kann. – (Z-Red.)



Pancho Villa (auf dem mexikanischen Präsidentenstuhl) und rechts (mit Sombrero) Emiliano Zapata, die beiden Führer der mexikanischen Bauern im Dezember 1914. Die mexikanische Revolution scheiterte an der fehlenden Führung durch die Arbeiterklasse.

„Faszinierendes Sterben"

In deutschen Kunstkinos laufen derzeit Filme über das „Aussterben" der australischen Ureinwohner. Werner Herzog, „progressiver Filmemacher" hat sich in der SZ von 1./2. April darüber ausgelassen unter der Überschrift, „Faszination über ein Sterben". „Da lungern sie also auf den Missionsstationen herum, die Schwarzen, haben Cowboyhüte auf, das Transistorradio in der Tasche und betrinken sich. Die Kuhhirten können nur bis drei zählen, ganz einfach deshalb, weil es in ihrer Sprache keine Zahl über drei gibt, von da an ist alles ‚viele'."

Dieser Filmemacher hat sich von diesem Sterben so faszinieren lassen, daß er jetzt selbst einen Film machen will unter dem Titel „Wo die grünen Ameisen träumen" – ein schöner rassistischer Dreck wird dabei rauskommen. Mit rassistischer Unterdrückung werden die „Aboriginals", wie die Angehörigen der australischen Völker von den Kolonialisten genannt werden, ausgerottet, mit rassistischer Unterdrückung werden sie heute als billigste Lohnsklaven in die Fabriken der weißen Siedler gepreßt.

Patrick White, australischer Nobelpreisträger für Literatur, redet von der „tierhaften Grausamkeit der Schwarzen", Herzog davon, daß das „Steinzeitliche keine Chance zum Überleben hat" – beide machen die blutige Kolonialisierung zu einem Naturereignis, die Ausrottung der Aboriginals zu einer geschichtlichen Notwendigkeit und stehen direkt in der Tradition des jahrhundertelangen blutigen Kolonialismus gegenüber dem australischen Kontinent und den ihn bewohnenden Völkern.

Als Kapitän Arthur Philip 1788 mit 700 Strafgefangenen im Auftrag der britischen Krone die blutige Geschichte der Besiedlung Australiens einleitete, lebten ca. 2,5 Mill. der australischen Ureinwohner – „Aboriginals" von den Kolonialisten genannt, als Jäger und Sammler auf dem Kontinent. In den fast 200 Jahren Kolonialisierung sind 45000 reinrassige „Aboriginals" der Vernichtung entgangen und etwa 80000 Mischlinge. Die ehemalige Strafkolonie Australien wurde schnell auf die Interessen der englischen Fabrikbesitzer ausgerichtet. Sträflinge, die in England für ihre Verbrechen eine niedrige Strafe erhalten hätten, wurden in die Verbannung nach Australien geschickt, um dort die Schafzucht aufzubauen und die englischen Wollfabriken zu beliefern.

Die Bewohner Australiens waren für diese Ausbeutung des Kontinents ein Hindernis. Zu Beginn der Besiedelung wurden sie wie Tiere gejagt und mit vergiftetem Mehl ausgerottet. Die Überlebenden wurden in die Savannen getrieben, in denen sie jeglicher Lebensgrundlage beraubt wurden. Die heute noch lebenden Bewohner leben als Viehhirten, Bettler und Missionsabhängige. Sie sind in Elendsunterkünften in den Städten zusammengepfercht. Wenn sie keine Arbeit bekommen, müssen sie von der „Fürsorge" leben, die zum Betteln zwingt; wenn
ge" leben, die zum Betteln zwingt; wenn
sie Arbeit finden, sind sie die Schlechtestbezahlten.

Die australische Kolonialregierung, deren Staatsoberhaupt die britische Krone ist, „will nun endlich etwas tun, um diese entrechtete Minderheit in den Genuß der vorbildlichen australischen Sozialversorgung kommen zu lassen". Ihr Plan ist, die Ureinwohner in die Fabriken als billigste Lohnarbeiter zu pressen. „Das Ergebnis dieser Umerziehung ist ein verzweifelter, leerer, farbiger Proletarier, dem jeder Sinn für seine Vergangenheit, seine Tradition, seine geistige Welt ... verlorenging", heißt es zynisch im Merian. Verlorengegangen ist ihm seine Tradition mit Gewalt, sie wurde ihm ausgetrieben, denn die Aboriginals hielten seit der Besiedlung an ihrem Recht auf den australischen Boden fest.

Die westdeutschen Imperialisten haben das pazifische Becken neu entdeckt. 1976 haben sie für 1485 Mio. DM aus Australien importiert und für 1645 Mio. DM exportiert. 1977 wurde eine Deutsche Industrie- und Handelskammer in Sydney gegründet. Sie haben mit der Kolonialregierung in Australien einen „Deutsch-Australischen Wanderungsvertrag" für deutsche Auswanderer abgeschlossen, um selber durch Export billiger Facharbeiter in größerem Umfang in das Geschäft der Ausbeutung des Kontinents einzusteigen. „In vielen Berufszweigen herrscht in Australien keine so weitgehende Spezialisierung wie in Europa. Der Einwanderer muß deshalb oft zunächst mit einer Beschäftigung allgemeiner Art und in niedriger Stellung beginnen, bis landesübliche Ausbildung und Erfahrung ein den Fähigkeiten entsprechendes Weiterkommen ermöglichen." (Merkblatt „Australien" für Auswanderer der Bayerischen Beratungsstelle für Auswanderer)

Locken tun die westdeutschen Imperialisten besonders die riesigen Rohstoffvorkommen in Australien. „In den letzten Jahren wurden immer wieder neue, umfangreiche Mineralvorkommen entdeckt. Besondere Bedeutung haben die riesigen Eisenerz- und Bauxitlager. Australien ist eines der größten Bauxitförderländer der Welt und verfügt schätzungsweise über ein Drittel der Weltreserven an Bauxit."(Ländermerkblatt Australien der Bremer Landesbank vom Oktober 1974)
Was es mit der „Faszination des Sterbens" in Australien auf sich hat, von der die westdeutschen Imperialisten und ihre Kamera-Begleittruppe reden, kann man an dieser Gier nach dem Tierreichtum, den mineralischen, pflanzlichen Reichtümern des Kontinents ablesen. – (S-Red)

Nepal befreit sich vom Imperialismus

„Nepal ist entschlossen, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen", erklärte der nepalesische Ministerpräsident Bista Anfang Februar. Bisher hatten die Imperialisten über die „Nepal Industrial Development Corporation" unter Führung der Export-Import-Bank of Washington und der Kreditanstalt für Wiederaufbau das Land über Kredite mit Zinssätzen von 11 bis 16% wie eine Zitrone ausgequetscht und den Aufbau der eigenen Wirtschaft unterdrückt. Die Sozialimperialisten taten das Ihre, um Nepal in ihre Abhängigkeit zu bringen. Sie zwangen Nepal 1976 ein Abkommen über den Import von 80000 Tonnen Dieselöl (zwei Drittel des Landesbedarfs), zahlbar in US-Dollar, auf.

Jetzt geht Nepal daran, mit Unterstützung der Volksrepublik China und anderer Staaten der Dritten Welt sich aus dieser Umklammerung zu befreien. Für den Fünfjahrplan 1975 – 1980 wurde festgelegt, das Schwergewicht auf den Ausbau der Landwirtschaft, der Transportwege und der Industrie, vor allem den Energiesektor zu legen, um Selbstversorger zu werden. In der Landwirtschaft soll vor allem die Reis-, Weizen- und Zuckerproduktion und -verarbeitung ausgedehnt werden. Über die Asian Development Bank, eine Kreditorganisation unter der Kontrolle der asiatischen Staaten, werden über Kredite mit Zinssätzen von 1% und Laufzeiten von 40 Jahren Bewässerungsanlagen finanziert, um die agrarische Produktion zu steigern. 1976/77 konnte die Reisproduktion um 6% und die Weizenproduktion um 16% gesteigert werden, die Zuckerrohranbaufläche wurde verdoppelt. Durch den Ausbau der Birgunj-Zuckerfabriken kann allein hier 70% des Landesbedarfs an Zucker produziert werden. Eine mit Hilfe der Volksrepublik China errichtete Baumwollfabrik, in der 12% des Landesbedarfs an Textilien hergestellt werden, wurde Anfang 1977 in Betrieb genommen. Zur Förderung der Holzwirtschaft stellten die OPEC-Staaten über ihren Sonderfonds ebenfalls einen Kredit zur Verfügung. Ein wichtiges Vorhaben im Fünfjahrplan Nepals ist der Aufbau einer nationalen Eisen- und Stahlindustrie. Bisher mußte der gesamte Bedarf importiert werden. Der Löwenanteil der heimischen Stahlproduktion soll für den Ausbau der Straßen- und Brückenanlagen und für den Kraftwerksbau verwandt werden. Nepal ist bestrebt, den Außenhandel mit den anderen Staaten der Dritten Welt zu intensivieren. Zum Ausbau des Transportwesens sicherte die Volksrepublik China Anfang 1978 materielle Unterstützung zu. Der indische Ministerpräsident Desai garantierte bei seinem Besuch Ende 1977 Nepal den Zugang zum Meer zwecks Intensivierung des Außenhandels. 1971 hatte die Regierung Gandhi ein Transitabkommen zur Kontrolle des Außenhandels Nepals durchgesetzt, so den Zugang Nepals zum

durchgesetzt, so den Zugang Nepals zum
Meer über Indien erschwert und das Transitabkommen Nepals mit Bangla Desh weitgehend behindert. Desai sicherte auch die Transitverbindung nach Bangla Desh zu und betonte das Bedürfnis zur Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Basis vertrauensvoller Zusammenarbeit.

1948 hatten die Völker Südasiens die britischen Imperialisten vertrieben. Nach der siegreichen chinesischen Revolution waren die Imperialisten, voran die Supermacht USA, bestrebt, die sich an der Grenze zur Volksrepublik China wie ein Gürtel erstreckenden Länder Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal und Burma unter ihren Einfluß zu bringen, um sich so eine strategische Aufmarschposition gegen die Volksrepublik China zu verschaffen. Die reichen Bodenschätze dieser Region und die Ausbeutung der Arbeiter zu Hungerlöhnen waren für sie verlockende Perspektiven. Über den Colombo-Plan von 1950, den „Plan für die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung Süd- und Südostasiens", sicherten sie sich als „fördernde Mitglieder" den Zugriff auf diese Länder. Die Kreditvergabe machten sie von für sie „förderungswürdigen" Projekten, insbesondere zum Abbau der Rohstoffvorkommen, abhängig. Sämtliche Maschinen und Ausrüstungen mußten aus den imperialistischen Ländern importiert werden.

Wie Nepal versuchten sie auch Burma ihrem Einfluß zu unterwerfen. Über eine „Konsultativgruppe" unter Führung der US-Imperialisten wurden nur für sie interessante Projekte der Förderung der Zinn-, Zink-, Blei-, Wolfram- und Ölvorkommen finanziert. Burma hat jetzt im langjährigen Entwicklungsplan 1973 – 1993 als Schwerpunkte den Ausbau der Landwirtschaft in kooperativen Farmen, des Bergbaus und der weiterverarbeitenden Industrie gesetzt. Über die Asian Development Bank wird die Errichtung eines Fischereiprojektes zur Erweiterung des Fluß- und Seefischfangs und der Ausbau von acht Küstenhäfen finanziert. Mit einer jährlichen Fischfangquote von einer Million Tonnen soll so der heimische Bedarf gedeckt und der Überschuß exportiert werden. Bei der Verarbeitung von Bambus- und Schilfrohr zu Polyesterfasern und dem Aufbau der Textilindustrie wird Burma von der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) unterstützt. Über den OPEC-Sonderfonds werden Bewässerungsanlagen und der Aufbau des Nachrichtenwesens finanziert. Ende 1976 wurde eine Gruppe von ölsuchenden imperialistischen Gesellschaften des Landes verwiesen. (Z-Red.)

Höhenflug des Goldes – Verfall des Dollars
Ein neuerliches Gangsterstück des US-Imperialismus

„Gold vor neuem Höhenflug – Gold weiter im Aufwärtstrend. Denn der Dollarverfall treibt immer mehr Anleger in das Gelbe Metall", so kann man es gegenwärtig in den Wirtschaftspostillen des Finanzkapitals lesen. Tatsächlich hat der Goldpreis an den Börsen des internationalen Finanzkapitals einen Spitzenkurs bei 190 Dollar pro Unze erreicht, was 10 Dollar unter dem bisherigen Höchststand von 200 Dollar liegt. Zunächst ist es wichtig zu klären, wer den Geldverkehr be-



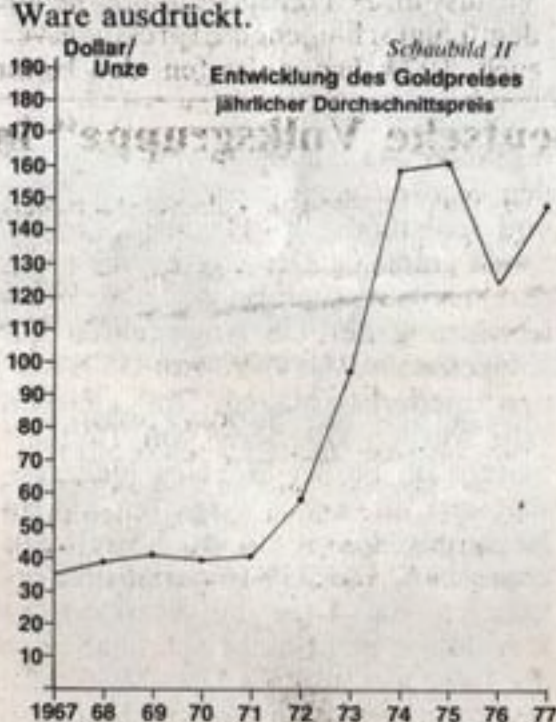
* Währungseinheit des IWF 1977–1 SDR: 0,86 US-Dollar

herrscht und in wessen Hände der Goldbesitz monopolisiert ist.

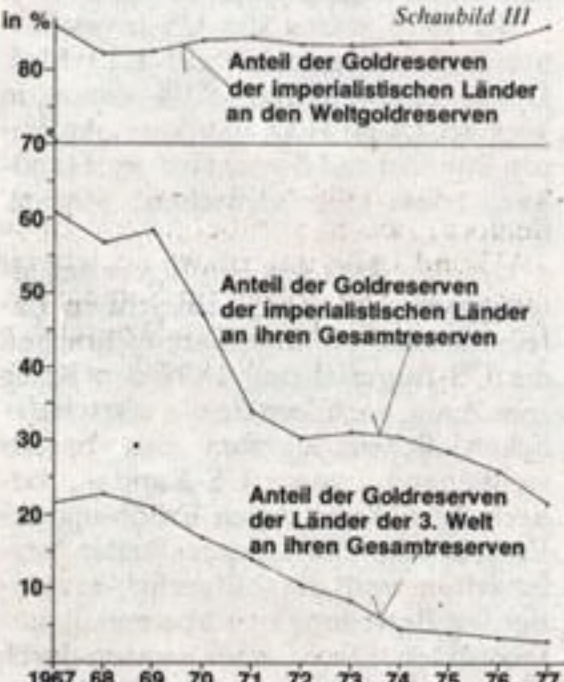
84% der Weltgoldreserven befinden sich in den Händen der Staatsbanken der imperialistischen Länder, davon allein 27% in den Händen des amerikanischen Finanzkapitals (Schaubild I). Man sieht, daß die Verteilung der Goldreserven in den letzten 10 Jahren relativ konstant geblieben ist, bis auf einen Einbruch bei den imperialistischen Ländern in den Jahren 1967 und 1968. Dieser Einbruch ist dem US-Imperialismus geschuldet, der in seinem damaligen Vernichtungskrieg gegen das vietnamesische Volk Milliardensummen für den Ausbau seiner Vernichtungsmaschinerie aufwendete. Sein dadurch entstandenes Handelsdefizit haben die US-Imperialisten aus ihren Goldreserven ausgleichen müssen.

1971 mußte der damalige US-Präsident Nixon erklären, daß der Wert des Dollars ab dato nicht mehr an ein festes Goldgewicht gebunden ist. Auf Grundlage der Institutionalisierung des US-Dollars als Weltgeld sind die US-Imperialisten seit diesem Zeitpunkt dazu übergegangen, Dollarscheine zu drucken ohne zum Rücktausch in Gold verpflichtet zu sein. Die rasant anwachsenden Weltwährungsreserven (Schaubild IV) sind Entsprechung dieser ungedeckten Dollardrucke. Dieses Gangsterstück des US-Imperialismus hat zu einer weltweiten Aufblähung des Geldvolumens geführt, deren Folge die wachsende Inflationierung der Dollarwährung auf der einen Seite und der steigende Goldpreis auf der anderen Seite ist (Schaubild II). Die Tatsache, daß der Goldpreis stärker gestiegen ist, als es dem Dollarverfall entspricht, drückt nur die „Flucht der Imperialisten ins Gold" aus. Dollars, die ihre Funktion als Goldaufbewahrungsmittel verloren haben, inflationieren in den Tresoren der Kapitalisten. Das bedeutet für den Kapitalisten im Tauschvorgang, daß er z.B. einen Monat später entsprechend der Inflationierung weniger Waren bekommt als vorher.

Welcher Kapitalist, welches imperialistische Land kann sich auf einen solchen, vom US-Imperialismus betriebenen Schwindel einlassen? Da hört jede Bündnistreue der Imperialisten auf, beherrscht doch jeden einzelnen Imperialisten der Drang, bei Strafe des Rückfalls gegenüber seinen Konkurrenten, diesen auszustechen. Die übrigen Imperialisten machen den Betrug des US-Imperialismus nicht mit und stürzen sich aufs Gold, das im Gegensatz zu bedrucktem Papier vergegenständlichte Arbeit enthält, die den Wert des Goldes wie jeder anderen Ware ausdrückt.



Dem Wertverfall des Dollars, der sich insbesondere gegen die Länder der Dritten Welt richtet, um billig an ihre Naturreichtümer zu kommen, haben die Länder der Dritten Welt ihren wachsenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß entgegengestellt. Insbesondere die OPEC-Staaten haben in den letzten Jahren durch Erhöhung des Ölpreises dem Raubbau der Imperialisten an ihrem Rohstoffreichtum gewisse Schranken gesetzt. Diese Maßnahme hat zu einer



relativen wirtschaftlichen Stärkung der OPEC-Länder geführt und zu einer Vergrößerung ihrer Devisenreserven (Schaubild III).

Die Imperialisten haben nichts davon, wenn Gold und Dollars in ihren Tresoren herumliegen. Was sie sich bis zu einem bestimmten Grad aufgeschatzt haben, ist das Plus der Handelsbilanzen durch die räuberische Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt zustandegekommen. Des weiteren horten sie in ihren Tresoren eine gewisse Reserve, die zur Finanzierung ihrer Kriegszüge gegen die Völker der Welt für sie sofort verfügbar sein muß. Ansonsten kann aus Gold und Dollars nur dann mehr Geld werden, wenn es umgehend wieder in die Mehrwertproduktion zurückfließt. Den Kapitalisten interessiert einzig die Aussaugung der lebendigen Arbeit, die ihm den Höchstprofit schafft, und den profitablen Einsatz des aus den Arbeitermassen in den imperialistischen Metropolen herausgesaugten Profits.

Die Imperialisten, an der Spitze der US-Imperialismus, haben die ungleichmäßige Entwicklung der Länder, die ein Ergebnis des Imperialismus ist, genutzt, um den Großteil des Goldes der Welt an sich zu ziehen und in alle möglichen Winkel der Erde als Geldverleiher einzudringen und durch Kapitalexport die Früchte der Ausbeutung der Arbeitermassen in der Dritten Welt zu ernten. Der US-Imperialismus hat so ein dichtes Netz von Kreditforderungen über die Länder der Dritten Welt gelegt, für die er Zins und Zinseszins zurückfordert. Für die Länder der Dritten Welt sind diese Schulden längst unzahlbar geworden. So gesehen gebärden sich die Imperialisten gern als „Anwalt der Länder der Dritten Welt". Über dem IWF, der für die Imperialisten ein Mittel zur Konzentration der Kreditbeziehungen der Länder der Erde unter Fuchtel des US-Imperialismus ist, wurden im Februar über 524000 Unzen Feingold im Wert von 69,5 Millionen US-Dollar „zugunsten der Entwicklungsländer versteigert", wie die Imperialisten zu diesem Gaunerstück feststellten. Die Namen der Banken, die das Gold ersteigert haben, zeigen, daß es sich um nichts anderes als eine Umverteilung der Goldreserven der Imperialisten untereinander gehandelt hat.



Diese üblen Methoden der Imperialisten machen schnell deutlich, warum ihre Goldreserven im Verhältnis zu den Weltgoldreserven weiter steigen, sind sie doch direkte Frucht der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt. Der Anteil der Goldreserven an ihren Gesamtreserven nimmt ab. Das heißt, die imperialistischen Länder haben gegenüber früher heute relativ mehr Devisenreserven in Dollars als in Gold. (Schaubild III) Es ist wie oben Ergebnis der ungeheuren Ausplünderung und Ausbeutung der unterdrückten Völker und der Arbeiterarmeen in den imperialistischen Metropolen.
(Z-Red.)

(Z-Red.)

Das reaktionäre Suharto-Regime ist bis in die Grundfesten verfault

Am 22.3.78 hat in Djakarta die Volksversammlung den Präsidenten von Indonesien, Suharto, einstimmig wiedergewählt. Vor dieser Wahl ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen indonesischen Studenten und Oberschülern und dem Militär gekommen. Der Ernennung Suhartos zum Staatsoberhaupt war ein riesiger Wahlschwindel vorausgegangen. Die sogenannte Volksversammlung setzt sich zusammen aus 920 Abgeordneten, 320 davon wurden in Wahlen zur Volksversammlung im letzten Sommer gewählt, der Rest wird von Suharto persönlich ernannt, meist hohe Armeegeneräle. Das Militärregime Suhartos ist an die Regierung gekommen durch Putsch gegen die Regierung Sukarno, die die schmale Schicht der nationalen Bourgeoisie vertrat und zwischen den Interessen der Imperialisten, der Kompradoren und Großgrundbesitzer und den Interessen der Massen nach Besserung ihrer Lage und nach Revolution zerrieben wurde. Es hat den Ausverkauf der nationalen Interessen Indonesiens an die Imperialisten nur erkaufen können durch brutale Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen.

Bis zu einer Million Menschen wurden ermordet, noch immer befinden sich 80000 politische Gefangene in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Das ist General Suhartos „Neue Ordnung", um „die politische Szene Indonesiens von Emotionen zu befreien." (FAZ, 13.4.77) Um sich diese „Ordnung" bestätigen zu lassen, hat das Regime im letzten Sommer die Wahlen zur Volksversammlung durchgeführt. Den bürgerlichen Oppositionsparteien war es verboten, Staatsbedienstete zu beleidigen und abschätzig über die Politik der Regierung zu sprechen, einige hundert Mitglieder der oppositionellen Muslim-Partei wurden wegen aufrührerischer Reden verhaftet, 2,5 Millionen Wahlzettel verschwanden, und eine weitere Million hatte nicht wählen können, weil ihnen die Wahlausweise nicht zugestellt wurden. Durch die Rebellion der Massen, angeführt vor allem durch die oppositionelle Muslim-Partei, war die Regierung unter Druck geraten und ließ Reformen verkünden: Außenminister Malik versprach Stärkung des Parlaments, ein neues Presserecht und Schutz von einzelnen gegen willkürliche Verhaftungen. „Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Zeit nach seiner Überzeugung nicht nur reif für diese Reformen sei, sondern daß ihre Verweigerung eine gefährliche Entwicklung einleiten könnte." (FAZ, 19.1.78)

Die Forderung nach dem Rücktritt Suhartos wurde nach den Parlamentswahlen überall erhoben. Im Dezember berichtete die „Indonesian Times", wie die Studenten, ermutigt durch die erkämpfte Liberalisierung, auf die Straße gingen und forderten, daß die Verfassung von 1945 (unter dieser Verfassung wurde die Unabhängigkeit Indonesiens proklamiert) gelten müsse, und Spruchbänder mit „aufhetzenden Parolen" nach Rücktritt von Suharto trugen; danach war diese Zeitung und mit ihr sechs andere verboten. (Neue Zürcher Zeitung, 21.12.78) „Der Höhepunkt der Protestbewegung war offenbar am vergangenen Mittwoch erreicht, als Studentenführer aus Djakarta, Bandung, Bogor und Surabaja sich zur Audienz beim Präsidenten meldeten, um ihm ‚im eigenen Interesse' den Abschied nahezulegen. Sie wurden nicht empfangen. Statt dessen schlugen die Streitkräfte zu." (FAZ, 24.1.78) 800 Studenten wurden verhaftet; aber bis zum 22.3. wurden die Aktionen fortgesetzt. Zwei Wochen vorher ließ das Ministerium für Ausbildung sämtliche Oberschulen in Djakarta schließen und die Universitäten auf Java mit Militär umstellen. Während der Volksversammlung kam es zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und dem Militär.

Das Suharto-Regime ist morsch. Weil es den Imperialisten in die Hände arbeitet, wird es von den Massen bekämpft. Die Imperialisten wollen den uneingeschränkten Zugriff auf die Reichtümer des Landes. Indonesien ist mit rund 130 Millionen Einwohnern fünftgrößter Staat der Erde, dicht besiedelt, hat eine hoch entwickelte Agrikultur und ist reich an Bodenschätzen, nach denen sich die Imperialisten die Finger lecken. Innerhalb eines halben Jahres hatte Suahrto alle unter Sukarno erfolgten Nationalisierungen rückgängig gemacht, mit Hilfe von Dekreten der Gier der Imperialisten nach Ausbeutung der indonesischen Volksmassen und Ausplünderung der Reichtümer freie Bahn zu schaffen. Ausländische Investoren wurde jede Menge Land zur Nutzung freigegeben, bei grantiertem Schutz vor Nationalisierungen, vor Aufruhr und Revolution, dazu Steuerfreiheit. Ein Zusammenschluß der Gläubigerländer, u.a. der BRD, USA und Japan, kann durch Mehrheitsbeschlüsse der indonesischen Regierung bestimmte wirtschaftliche Maßnahmen vorschreiben, als erstes die Neuordnung der indonesischen Wirtschaft nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds. Damit hatten die Imperialisten sich freie Bahn geschaffen: 3378,4 Mio. Dollar ausländisches Kapital wurden bis '74 neu investiert, die Investitionen der BRD-Imperialisten stiegen von 1966 bis 1976 um 76,7 Mio. DM. Das indonesische Erdöl liegt dicht unter der Erdoberfläche und zeichnet sich durch extrem niedrigen Schwefelgehalt aus, wodurch die Förder- und Raffinierungskosten niedrig sind. Der Zusammenschluß der OPEC-Länder, an dem sich auch Indonesien beteiligt, hat der Raubgier der Imperialisten gewisse Schranken gesetzt, die sie aber durch bestimmte Vorrechte gegenüber der staatseigenen Ölfirma PERTAMINA wieder eingerissen haben, die sich laut Financial-Times „flexibel" gegenüber den Imperialisten zeigte: inzwischen ist sie mit über 10 Milliarden Dollar verschuldet und zahlungsunfähig, mit ein Grund für die Forderung, Suharto abzusetzen. Suharto hatte versucht, die Schulden durch erhöhte Steuern und Preise auf die Massen abzuwälzen. Eine ähnliche Lage ergibt sich in der Landwirtschaft: Obwohl Reisanbauland, ist Indonesien gezwungen, Reis aus den USA zu importieren, weil durch die Verarmung und Enteignung der Bauern das Land verödet, was die imperialistischen Konzerne durch Lieferung von Dünger und Saat und Insektizidien zu überhöhten Preisen vorantreiben. Insbesondere die Hoechst AG ist dabei, sich Anteilscheine an der Ausplünderung zu sichern. Die Regierung mußte auf Druck der Imperialisten Dekrete erlassen, die die Bauern zur Abnahme der Waren zwingen.

Gleichzeitig, so meldet die Peking Rundschau vom 17.1.78, macht der Zusammenschluß der Vereinigung Südostasiatischer Länder (ASEAN) Fortschritte. Im letzten Jahr sind unter Beteiligung Indonesiens Vereinbarungen getroffen worden über die Sicherung der Malakka-Straße, gemeinsame Maßnahmen zur Verteidigung der staatlichen Souveränität, Versorgung mit Getreide, Petroleum und anderen Grundstoffen, Verlegen von Unterwasserkabeln und Verstärkung der Fernmeldeverbindungen sowie Fonds zur Unterstützung bei Auslandsschulden. Deswegen versuchen die Imperialisten in einer Lage, die für sie brenzlig wird, den Druck weiter zu verschärfen: „Die Investitionen ausländischer Firmen haben sich seit 1975 empfindlich verringert. Dank Präsident Carter ist die Frage der Menschenrechte für westliche Regierungen zu einem Kriterium der Beurteilung von Entwicklungsländern geworden; Suharto bekam das Ende April deutlicher denn je zu spüren, als sein Besucher Genscher ihn mit schockierender Unverblümtheit auf die politischen Gefangenen ansprach." (Süddeutsche Zeitung, 30.12.77) Unter dem Deckmantel der Menschenrechte suchen diese Räuber ihren Zugriff auf die Völker Südostasiens zu verstärken, je mehr der Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt Fortschritte macht. – (KHG Westberlin)

Ein mutiger Schritt gegen die Erpressungen der Imperialisten und ihre weitere Ruinierung der sambesischen Wirtschaft

In der vergangenen Woche kündigte die Regierung Sambias an, die Kupferproduktion des Landes um 15% zu senken. Hat sie sich damit der Erpressung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) gebeugt, der seinen Kredit an Sambia in Höhe von 390 Mio. Dollar (s. KVZ 14/78) u.a. an die Bedingung geknüpft hatte, daß Sambia die Kupferproduktion einschränkt und gegebenenfalls einige Gruben ganz stillegt?

Oberflächlich mag es so scheinen, aber *nur* oberflächlich.

Die US-Imperialisten, weltgrößter Kupferproduzent, hatten Anfang April die kupferproduzierenden Länder der Dritten Welt, hauptsächlich Chile, Sambia, Zaire und Peru, für den anhaltenden und rapiden Preisverfall verantwortlich gemacht und ihnen die Ausweitung ihrer Kupferproduktion vorgeworfen. Glauben diese Roßtäuscher mit ihrer zynischen Unverfrorenheit im Ernst, daß die Völker der Welt ein so kurzes Gedächtnis haben?

Nehmen wir Sambia. Anfang des Jahrhunderts hatten die Imperialisten, gelockt durch reiche Bodenschätze, v.a. eben Kupfer, ihr Interesse an dem Land nördlich des Sambesi entdeckt. 1924 stieg US-amerikanisches Kapital als erstes in die Ausbeutung von bald 20000 afrikanischen Arbeitern in den Kupferminen ein. 1945 betrug die Kupferproduktion in Sambia, das damals noch Nordrhodesien hieß und unter Verwaltung eines britischen „Kolonialbüros" stand, bereits ein Achtel der Weltproduktion mit Ausnahme der Sowjetunion. Die existierende landwirtschaftliche Produktion wurde teilweise vernichtet, eine selbständige Industrieproduktion im Keime erstickt. Trotz seiner großen Reichtümer lebte das Volk von Sambia in tiefem Elend. Die Lage verschärfte sich weiter, als das Land 1953 gewaltsam in eine Föderation mit Südrhodesien (Zimbabwe) gepreßt wurde. Seine im Ansatz entwickelte Infrastruktur wurde damit zerstört, sein Transportwesen, seine Elektrizitätsversorgung usw. völlig auf die südrhodesische Kolonie ausgerichtet. Die Beseitigung dieser kolonialen Hinterlassenschaft, der weitgehenden Abhängigkeit von Rhodesien war das größte Problem und die erste Aufgabe des Volkes von Sambia nach der Erkämpfung der Unabhängigkeit 1964. Es packte diese Aufgabe an, errichtete z.B. 1965, ein Jahr nach der Unabhängigkeit, seine erste Universität, eröffnete bald darauf eine große Kohle- und Koksgrube, baute das erste Wasserkraftwerk und suchte die Verbindung und den Zusammenschluß mit den anderen ostafrikanischen Ländern. Ein wesentlicher Erfolg bei der Festigung der Unabhängigkeit war der Bau und schließlich die Fertigstellung der Tansam-Bahn durch das tansanische und das sambische Volk mit Unterstützung der Volksrepublik China.

Dank seiner reichhaltigen Bodenschätze, über die sich das Volk von Sambia Schritt für Schritt die Kontrolle erkämpfte, entwickelte sich Sambia in den ersten Jahren nach seiner Befreiung zu einem der wohlhabendsten Länder Afrikas. Bis 1970 ist seine Zahlungsbilanz positiv, verdoppeln sich die Löhne der Arbeiter, wird die Landwirtschaft mit Hilfe der Erlöse aus den Kupferexporten entfaltet. Ab 1970 stürzen die Kupferpreise ins Bodenlose, steigen vorübergehend Ende 1973 und 1974, um danach noch tiefer zu sinken. Die Folgen für Sambia wie für die anderen kupferproduzierenden Länder der Dritten Welt sind katastrophal. Seine Zahlungsbilanz wird negativ, um so mehr noch, als die Preise der Importe ständig steigen; es gerät in die unbarmherzige Schuldknechtschaft der Imperialisten, die Schuldendienstrate steigt von 3,1% 1970 auf 9,1% 1976. 1977 lasten Schulden von 1,27 Mrd. Dollar auf dem Land, 120 Mio. Dollar Tilgung und 66 Mio. Zinsen werden fällig. Die Kupferpreise dekken die Produktionskosten nicht mehr; Sambia *muß* produzieren, weil die imperialistischen Gläubiger Geld sehen wollen, aber je mehr Kupfer produziert wird, desto größer der Druck auf die Preise.

Unter diesen Bedingungen ist die Einschränkung der Kupferproduktion, die von den CIPEC-Staaten Zaire, Peru und Sambia vor einem Monat beschlossen und jetzt von Sambia angekündigt wurde, eine fortschrittliche Tat, die die Einheit dieser Länder im Kampf für höhere Kupferpreise stärkt. Als Reaktion schon auf die *Ankündigung* der Einschränkung durch Sambia stiegen die Kupferpreise auf den höchsten Stand seit Juli letzten Jahres.

Aber mehr noch. Mit der Ankündigung der Produktionsbeschränkung antwortet Sambia auf die Versuche der Imperialisten, es zur Anerkennung der „internen Lösung" in Zimbabwe zu zwingen. 1973 hatte das rhodesische Siedlerregime die Grenze nach Sambia geschlossen, um die Regierung unter K. Kaunda dazu zu zwingen, an seiner Seite den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterdrücken. Stattdessen schloß Sambia seinerseits die Grenzen nach Rhodesien und weigerte sich, weiterhin seine Kupferexporte, monatlich 27000 Tonnen, durch Zimbabwe nach Beira in Mozambique zu transportieren. Seither werden die Exporte und Importe Sambias fast ausschließlich über Tansania und den Hafen Dar es Salaam abgewickelt, obwohl die Imperialisten, voll Wut über den Verlust ihres Transportmonopols und den fehlgeschlagenen Erpressungsversuch, 1974 dazu aufriefen, den Hafen von Dar es Salaam so wenig wie möglich anzulaufen (vgl. Frankfurter Allgemeine 14.12.74).

Die bürgerliche Presse macht viel über das angebliche „Versagen" der Tansam-Bahn, über die geringe Auslastung ihrer Transportkapazitäten, die Verzögerung des Transports usw. her. Unleugbar gibt es zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden, bis diese Bahn ihre volle politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung entfaltet. Während sich aber die Imperialisten noch sehnlichst einen handfesten Krach zwischen Tansania und Sambia herbeiwünschen, rief das tansanianische Transportministerium die Behörden der Tansam-Bahn dazu auf, den Transport von und nach Sambia zu beschleunigen und bevorzugt durchzuführen. (Neue Zürcher Zeitung, 2.4.78) Die Einschränkung der Kupferproduktion und damit die Verminderung des Transportvolumens trägt zur schnellen Lösung der aufgetretenen Schwierigkeiten bei und vermindert den von den Imperialisten ausgeübten Druck auf Sambia, durch Wiederbenutzung der Transportwege durch Zimbabwe vor der Befreiung des Landes die „interne Lösung" anzuerkennen und damit dem bewaffneten Befreiungskampf in den Rücken zu fallen. – (Z-Red)

Die „Deutsche Volksgruppe" in Namibia

Bereits vielen Imperialisten und Kolonialisten hat der Befreiungskampf des Volkes von Namibia unter Führung der SWAPO den Garaus gemacht. In der „Afrika Post", dem Organ der südafrikanischen Kolonialisten in der BRD, klagen die deutschen Siedler über die anhaltende Kapitalflucht und Geschäftsschließungen in „Deutsch-Südwest". Im UN-Sicherheitsrat brüten die fünf westlichen imperialistischen Mächte über „endgültigen Vorschlägen für die Unabhängigkeit Namibias", um die Vertreibung der Imperialisten aus Namibia zu verhindern und eine ihrer letzten Bastionen im südlichen Afrika zu sichern. Derweil organisieren sich die kolonialistischen Siedler in „Kommandotrupps" und „Landwehren". Am 1.8.1977 gründeten sie die „Interessengemeinschaft der deutschsprachigen Südwester", um ihre Banken, Minen, Hotels und Ländereien in der „letzten deutschen Kolonie" zu retten.

Die „deutsche Volksgruppe" in Namibia, das sind die alten deutschen Kolonialisten, die im vergangenen Jahrhundert das Land besetzten und in blutigen Kolonialkriegen die afrikanischen Volksstämme ihrer Herrschaft unterwarfen. Ihre Kolonialbesitze umfassen 5000 bis 35000 Hektar, auf denen sie die afrikanischen Landarbeiter ausbeuten. Der Kolonialist E. von Goldammer, Besitzer einer 16000-Hektar-Farm, erklärte: „Immer frecher wurden sie in ihren Forderungen. (...) Seit vor einiger Zeit im Nachbarort ein weißes Farmerehepaar ermordet wurde, fühlen wir uns nicht mehr sicher."

Die Bourgeoisjournaillen vom „Zeit Magazin" fürchten das „Ende der Gemütlichkeit" für die Kolonialisten in Namibia und sehen die deutschen Besitztümer wanken. „Das Hansa-Hotel ist das beste am Platz im ehemals kolonial-deutschen Swakopmund. (...) Das deutsche Ehepaar Scheidthauer hat es mit viel Liebe und deutschem Erfindungsgeist aufgebaut. Heim nach Deutschland oder durchhalten?" (Zeit Magazin 8/78)

In den Rössing-Uranminen in Swakopmund beuten die Kolonialisten und Imperialisten die afrikanischen Minenarbeiter aus. Obwohl der Uranoxydgehalt der Rössing-Minen nicht überdurchschnittlich hoch ist, ist die „Urangewinnung am Rande der Namib außergewöhnlich wirtschaftlich", preist die „Afrika Post" die Ausbeutungsbedingungen für die Imperialisten. Ende '76 errichtete der Rössing-Konzern in der Nähe des Bergwerks die Siedlung Arandis, um die Minenarbeiter unter seiner Kontrolle niederzuhalten. Erfahren mußten sie jedoch, daß auch die Einpferchung der Arbeiter in Gettos und die blutigste Unterdrückung des namibischen Volkes den Sturz ihrer Herrschaft nicht verhindern kann. „In Swakopmund, (wo) die ergiebigste Uran-Mine der Welt ausgebeutet wird, lernen die Deutschen mit der Erkenntnis fertig zu werden, daß die ‚SWAPO' jede freie Wahl gewinnen würde." (Zeit Magazin)



Deutsche Kolonialisten fürchten um ihre „Katastrophe". Das Volk von Namibia befreit sich von Ausbeutung und Unterdrükkung.

Ihre letzte Hoffnung setzen die Kolonialisten in Namibia auf die Spaltung des namibischen Volkes und die Zerschlagung des Befreiungskampfes. „Die Schwarzen müssen an der Regierung beteiligt werden", erklärt Swakopmunds Bürgermeister Detleefs (Bild), und die „Turnhallen-Allianz" biete die derzeit einzige Chance, dem Land eine Regierung zu geben, „der die schwarze Bevölkerung zustimmen kann und die die berechtigten Ansprüche der Weißen befriedigt." Die von den Imperialisten ernannten „Vertreter der afrikanischen Volksstämme" in der Turnhallen-Allianz erhielten jedoch keinerlei Unterstützung des Volkes. Dies von den Imperialisten und Kolonialisten so hoffnungsvoll begonnene Manöver ist am Kampf des Volkes von Namibia gegen das Siedlerregime gescheitert. Die „Katastrophe – das heißt eine kommunistische SWAPO-Volksrepublik mit dem Exodus aller Südwester Weißen" muß verhindert werden, klagt ein „Deutsch-Südwester" in der „Afrika Post", „Sonst: Adieu Südwest." – (Z-Red.)

Nigeria wehrt sich gegen die imperialistische Ausplünderung und unterstützt den Befreiungskampf im südlichen Afrika

Die Regierung von Nigeria hat am 22. März alle staatlichen und öffentlichen Einrichtungen angewiesen, ihre Einlagen aus der nigerianischen Tochtergesellschaft der britischen Bankgesellschaft Barclay's International zurückzuziehen. Sie hat das Recht der Bank, Gewinne aus Nigeria zu exportieren, um ein Drittel eingeschränkt. Sie hat ferner ein Drittel der Ausländer in der Verwaltung der Bank ausgewiesen. Die nigerianische Regierung hat damit auf die Erklärung des Vorsitzenden der Bank, Tuke, geantwortet, der erklärt hatte, Barclay's denke nicht daran, seine Geschäfte in Südafrika einzustellen.

Die Maßnahme der nigerianischen Regierung beendet praktisch das Geschäft dieses imperialistischen Räubers in Nigeria. Die nigerianische Niederlassung war mit 90 Zweigstellen, Einlagen von rund 3,6 Milliarden DM und Gewinnen von rund 117 Millionen DM der zweitwichtigste Außenstützpunkt von Barclay's. Die größten Interessen im Ausland hat Barclay's in Azania.

Barclay's Bank ist die größte britische Privatbank. Ihre Geschäfte mit der Ausplünderung Azanias macht sie vor allem über die Anglo-American Corporation, an der sie – wenngleich die Anglo-American hauptsächlich von US-Kapital kontrolliert ist – beteiligt ist und deren Bankgeschäfte im ganzen südlichen Afrika sie betreibt. Der Vorsitzende des Anglo-American Direktoriums Oppenheimer ist zugleich Direkter von Barclay's Bank International. Anglo-American beherrscht die Bergwerksindustrie, vor allem die Gold- und Diamantenproduktion.

Von seinem südafrikanischen Standort aus trägt Barclay's völlig unverhüllt zur Finanzierung und Bewaffnung des rhodesischen Siedlerregimes bei. Während die britische Muttergesellschaft entsprechend der offiziellen Politik der britischen Imperialisten alle Geldgeschäfte nach Zimbabwe nach der „Unabhängigkeitserklärung" des Smith-Regimes eingestellt hat, investiert Barclay's Südafrika über Barclay's Rhodesia, vergibt Staatskredite, betreibt die Bankgeschäfte der übrigen Monopole in Zimbabwe.

Die Erklärung der nigerianischen Regierung hat Schrecken bei den Imperialisten ausgelöst. Am Tag darauf erklärten mehrere große imperialistische Banken, darunter die britische Midlandsbank und die zweitgrößte US-Bank, die City-Corp., sie hätten die „konventionellen" Geschäfte mit Kunden eingestellt, die „südafrikanische Interessen haben". Sie taktieren, weil sie um Profite aus ihren afrikanischen „Operationen" fürchten.

Nigeria ist mit 80 Millionen Einwohnern der volkreichste Staat Afrikas. Es ist der größte Produzent der Welt an leichtem schwefelarmen Erdöl. Mit diesen Erdölvorräten versorgen sich bisher vor allem die US-Imperialisten. Für die britischen Imperialisten ist Nigeria der neuntgrößte Handelspartner, der staatliche Automobilkonzern British Leyland baut in Nigeria seine größte Auslandsniederlassung auf. Außer Erdöl werden in Nigeria noch Zinn, Kohle und andere Bodenschätze gewonnen.

Nigeria kämpft gegen die Abhängigkeit von seinen Rohstoffexporten. 1976 waren 94% der Exporte Erdölexporte. 1977 wurden 200 ausländische Gesellschaften verpflichtet, zwischen 100 und 40% nigerianisches Kapital zu beteiligen. Im Frühjahr dieses Jahres hat Nigeria beschlossen, die Ölproduktion einzuschränken, um sich gegen die Preisdrückerei der Imperialisten zu wehren. Die Einfuhr von 14 Importgütern wurde eingeschränkt, um so die Abhängigkeit vor allem von den britischen Importen zu bekämpfen. Nach einem Handelsbilanzdefizit 1976 konnte Nigeria 1977 einen Handelsbilanzüberschuß erzielen und gleichzeitig den Anteil des Erdöls an den Exporten um 2% einschränken.

Die russischen Sozialimperialisten, die sich mit dem Bau eines Stahlwerks in Nigeria einnisten wollten, sind jetzt wiederholt ermahnt worden, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Obwohl festgelegt war, daß das Werk mit nigerianischem Koks betrieben werden soll und dafür ausreichend Kohle vorhanden ist, behaupten die Sozialimperialisten, das Werk könne nur mit dem Koks betrieben werden, der zu 70% von ihnen importiert wird.

In zahlreichen Erklärungen hat die nigerianische Regierung jede Einmischung der Imperialisten und besonders der beiden Supermächte in die afrikanischen Angelegenheiten verurteilt. Als der US-Präsident Carter da war, mußte er sich in der Rede des Staatspräsidenten Olusegun Obasanjo folgendes anhören:

„Ich glaube, daß es angemessen ist, unsere tiefe Besorgnis über das gegenwärtige Ausmaß ausländischer Kollaboration mit dem südafrikanischen Regime auszudrücken, vor allem in ökonomischen und militärischen Angelegenheiten, die zur Stärkung der Apartheid-Maschinerie von Unterdrückung und Verfolgung der einheimischen afrikanischen Mehrheit führen."

„Aus Anlaß eines Abkommens über eine „interne Lösung" erklärte das nigerianische Staatsoberhaupt: „Wir glauben, daß der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden muß, bis die offene Aggression gegen unsere Brüder aufhört und das südliche Afrika befreit ist. Keine Lösung in Zimbabwe, an der die Patriotische Front nicht aktiv beteiligt ist, kann Stabilität und eine dauerhafte Lösung für das politische Problem des Gebiets bringen." – (Korrespondentenbericht London)

Wer steckt hinter dem „Club of Ten"?

„Club of Ten", Klub der Zehn, steht unter ganz- oder halbseitigen anzeigen, die seit 1973 in britischen und US-amerikanischen und seit kürzerer Zeit in westdeutschen imperialistischen Zeitungen erscheinen. „Eine Gruppe internationaler Geschäftsleute, die gebildet wurde, um die Aufmerksamkeit auf die doppelte Moral der Welt zu lenken", sagt der ominöse Klub von sich selbst. Forderungen wie nach Anerkennung der Bantustans durch die westlichen Imperialisten, „Aufklärung" über die Atombewaffnungspläne des Siedlerregimes in Azania (Südafrika), Warnungen vor sozialimperialistischem Einfluß im südlichen Afrika und Forderung nach größerer Einmischung der US-Imperialisten, das ist der Inhalt einiger Anzeigen. In der Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28. März fordert der „Club of Ten" die Anerkennung der „Inneren Lösung" in Zimbabwe und der Turnhallenkonferenz in Namibia durch die Bundesregierung. Diese Forderung wird noch vergleichsweise mäßig vorgebracht, ansonsten werden in den Anzeigen schon härtere Scheinangriffe gegen die Politik Carters, gegen den britischen Außenminister Owen, gegen die britische imperialistische Presse usw. gefahren. Das Giftgebräu hat den Zweck, ideologisch und politisch den Imperialisten Raum zu schaffen. Die Reaktion soll mobilisiert werden, die imperialistischen Politiker erhalten „Druck der öffentlichen Meinung", das brauchen sie, um ihre imperialistische Afrikapolitik gegen die Arbeiterklasse durchsetzen zu können.

Mit den Mitgliederversammlungen der Soldaten- und Reservistenkomitees vom 6. April ist in der Kampagne für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA bisher eine halbe Million (506601) DM gesammelt worden. Das ist ein guter Ausgangspunkt, um dieses Ziel bis zum 1. Mai beträchtlich überzuerfüllen. Das Regierungspräsidium Tübingen wird die auf dem Konto der ZANU beschlagnahmten Gelder bedingungslos herausgeben müssen.
Alle zu den Demonstrationen und Kundgebungen in Westberlin (27. April), Hannover (28. April), Köln (29. April), München (30. April) und Frankfurt (1. Mai)! Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

1972 wurde Gerrard Sparrow zweimal nach Südafrika eingeladen, einmal sechs Wochen auf Kosten der Fremdenverkehrsbehörde, einmal auf Einladung der Regierung. Sparrow ist früherer Richter am britischen Kolonialgerichtshof in Bangkok, danach Nachtklubbesitzer, schlechter Schriftsteller, Labour-Kandidat für die Unterhauswahl – eine verkrachte Existenz also. In Südafrika trifft er zweimal mit dem Staatssekretär im Informationsministerium, Rhoodie, und dem Informationsminister Mulder selbst zusammen. Nach Sparrows eigenen Angaben über diese Reisen in einem späteren Buch beauftrage Mulder ihn mit der Aufgabe der Anzeigen für den „Club of Ten". Kurz nach diesem Besuch bietet die südafrikanische Regierung einem Londoner Verlag die garantierte Abnahme von 750 Exemplaren, wenn dieser Sparrows Buch über Südafrika veröffentlicht.

1973 werden erste Anzeigen des „Club of Ten" von Sparrow in der britischen Presse aufgegeben. Die britische Zeitung Guardian – die die Anzeigen auch abdruckt – behauptet, die Texte würden über einen verschlüsselten Telexkanal direkt aus dem Informationsministerium in Pretoria an die Botschaft in London und von dort an Sparrow weitergegeben.

1974, nach verschiedenen Auseinandersetzungen innerhalb der britischen Presse um die Anzeigen und einer Regierungsuntersuchung, gibt Sparrow die Namen der fünf Mitglieder des „Club of Ten" bekannt, die ihm – wie er sagt – von der südafrikanischen Botschaft übergeben wurden. Es sind Louis Luyt, als „Kunstdünger-Millionär" beschriebenes Mitglied der in Azania schmarotzenden Siedlergesellschaft, Werner Ackermann (Immobilienmakler), Jan Pickard (Financier), Charalampos Nichas (Besitzer von großen Kartoffelplantagen), Lampos Nichas (Besitzer mehrerer Großfarmen im südlichen Afrika). Alle fünf leben in Südafrika.

Die ersten drei Gestalten bilden die „Außenpolitische Gesellschaft" in Pretoria. Louis Luyt ist für andere Anzeigenserien bekannt – unter dem Markenzeichen „Kampagne für Fairness im Sport" veröffentlichte er 1973 in Großbritannien Anzeigen für die Unterstützung der „Südafrika-Spiele", die das Siedlerregime als Antwort auf den Ausschluß bei den Olympischen Spielen organisiert hatte.

Die Propagandakampagnen der Imperialisten in der Richtung „Club of Ten" werden zunehmen. Nicht umsonst ist der stellvertretende Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium plötzlich aus dem Dienst geschieden, um einen hohen Posten bei einer Werbeagentur in den USA anzutreten. – (Korrespondentenbericht London)

Kriegsopferversorgung und -fürsorge

Almosen und Schikane für das Blutopfer der Arbeiterklasse auf den Schlachtfeldern der imperialistischen Kriege

7. Artikel aus der Serie: Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

In der Epoche des Imperialismus wird der Weltmarkt zum Schauplatz für den Kampf der großen Kapitalistengruppen um Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären, Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die imperialistische Konkurrenz bringt gesetzmäßig Kriege hervor. Zweimal haben die deutschen Imperialisten Weltkriege begonnen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen fast aller Länder der Welt haben für die Konkurrenzschlacht der Imperialisten um die Aufteilung der Welt bluten müssen. 6,8 Millionen Menschen mußten nach Angaben der deutschen Bourgeoisie im 2. Weltkrieg ihr Leben lassen. Nach beiden Weltkriegen zwang die Bourgeoisie die Millionen von Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und -waisen durch Hungerrenten und ein abgefeimtes „Versorgungs"-System, wieder in die Produktionsschlacht. Mit der Ideologie „Versorgung der Opfer des Krieges" leugnet die Bourgeoisie, daß im „Frieden" der Imperialismus genauso tagtäglich Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiterklasse in der Produktion ruiniert. Verstärkt wird diese Blutspur stets, wenn die Bourgeoisie, wie heute, den Krieg erneut vorbereitet.

Jetzt, wo die Bourgeoisie immer schärfer darangeht, auf Kosten der Volksmassen ihre Kassen für einen erneuten Krieg zu füllen, setzt sie ihren Arbeits- und Sozialminister H. Ehrenberg in Marsch, die nun infolge Alters und vorzeitigen Verschleißes für das Kapital zum großen Teil unproduktiv gewordenen Kriegsopfer, ebenso wie die Rentner insgesamt, durch zunehmenden Entzug ihrer Lebensgrundlage schneller ins Grab zu bringen.

Kernstück des „Versorgungs"-Systems der Bourgeoisie für die Kriegsopfer ist das nach dem 1. Weltkrieg im Reichsversorgungsgesetz 1920 entwickelte System von Grund- und Ausgleichsrente. Entsprechend der in Prozentpunkten festgelegten Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) erhalten die Kriegsopfer ab 30% MdE eine Grundrente, die so niedrig angelegt ist, daß sie einen „Anreiz zur Wiedereingliederung in das Berufsleben" darstellen soll. Zusätzlich zur Grundrente erhalten Schwerbeschädigte ab 50% MdE eine Ausgleichsrente (Höhe vom Einkommen und der MdE-Quote abhängig). Zusammen sind Grund- und Ausgleichsrente so bemessen, daß sie nicht zum Leben ausreichen und den ökonomischen Zwang darstellen, auch die letzte verbliebene Arbeitskraft der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen.

Daß die Bourgeoisie dieses System im Bundesversorgungsgesetz (BVG) 1950 wieder installieren konnte, ist Ausdruck der Lage, daß – auch wenn die Massen gegen die Hungerrenten demonstrierten – die Arbeiterklasse Ende der 40iger Jahre eine schwere Niederlage im Kampf gegen die Fortsetzung der Herrschaft der Bourgeoisie hat hinnehmen müssen.

Bundesversorgungsgesetz: Spaltung, Prellerei, Schikane

Um möglichst viele Opfer ihrer Kriege vollständig um ihre Ansprüche zu prellen, hat die Bourgeoisie den Personenkreis derjenigen, die sie als Kriegsopfer anzuerkennen bereit ist, von vornherein stark eingeschränkt. „Anspruch auf Versorgung" haben im wesentlichen ehemalige Angehörige eines „militärischen oder militärähnlichen Dienstes", wenn sie nachweisen können, daß ihre Schädigung durch die „diesem Dienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht wurde". Nach der für das BVG geltenden Kausalitätsnorm muß jeder den lückenlosen ursächlichen Zusammenhang nicht nur zwischen dem schädigenden Ereignis und dem Schaden, sondern auch zwischen dem Schaden und dem daraus später folgenden Leiden belegen.

Die Bourgeoisie setzt Versorgungsärzte, Versorgungsdezernenten und Sozialrichter in Marsch um dem Rentenbewerber zu belegen, daß die „wesentliche Ursache" für die Ruinierung seiner Gesundheit nicht im imperialistischen Krieg, sondern in seiner Person oder seiner Familie zu suchen ist. Dazu wird er der kleinlichsten und gehässigsten Schikane unterworfen.

In den „Anhaltspunkten für die Ärztliche Gutachtertätigkeit im Versorgungswesen", herausgegeben vom Bundesminister für Arbeits- und Sozialordnung, werden die Versorgungsärzte verpflichtet, alle Krankheits- und Versicherungsunterlagen daraufhin zu durchforsten, ob sich ein Anhaltspunkt für eine solche „wesentliche Ursache" finden läßt. Jede Krankheit, gegebenenfalls Todesursache und Sterbealter der Eltern, Geschwister, der Ehefrau und der Kinder müssen ausgewertet werden. Der Beschädigte selber wird einer derart eingehenden medizinischen Untersuchung unterworfen, wie sie ein Arbeiter, der zum Zweck des Gesundwerdens einen Arzt aufsucht, sein ganzes Leben nicht erhält.

Bleiben trotz allem noch Gesundheitsstörungen, die anerkannt werden müssen, steht am Ende des Verfahrens die Feststellung der „Minderung der Erwerbsfähigkeit", die dem Antragsteller zugebilligt wird. Von dem Grad der MdE (z.B. 50% bei Verlust einer Hand) hängt die Höhe der Rente ab. Um den Grad der MdE möglichst niedrig zu halten, werden sogar die Erkenntnisse der bürgerlichen Medizin umgelogen (siehe Kasten).

Der Widerstand gegen diese gut organisiert Prellerei äußert sich in einer Flut von Prozessen vor den Sozialgerichten, allein 1976 lagen 26000 Kriegsopferklagen vor. Selbst nach dem Tod des Kriegsgeschädigten hört derartige „ärztliche Gutachtertätigkeit" nicht auf. Die Witwe und die
keit" nicht auf. Die Witwe und die
Kinder eines Kriegsversehrten haben nur dann Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn in einem Gutachten festgestellt wird, daß der Kriegsbeschädigte auch an den Kriegfolgen gestorben ist. Ist er an einer anderen Krankheit gestorben, haben sie allenfalls Anspruch auf „Beihilfe", die oft nur 2/3 der Witwengrundrente (387 DM) ausmacht.

Haushaltsstrukturgesetz: Maßnahmen zur Beseitigung der Kriegsopfer

Die Durchführung der Expansionspläne der Bourgeoisie kostet Geld. Der Haushalt für Sozialausgaben macht mit 38,8 Mrd. DM 1976 fast ein Viertel des Staatshaushalts aus. Hiervon gehen mehr als 25% in die Kriegsopferversorgung; alle diese Gelder fehlen der Bourgeoisie in ihrer Kriegskasse. Daher mußte die Bourgeoisie daran gehen, „Leistungen" nach dem BVG weitestmöglichst einzuschränken. Dies treibt sie sowohl mit der allgemeinen Rentensenkung voran, als auch mit den Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes 1976, mit dessen Durchsetzung das Ehrenberg-Ministerium der Endlösung der Kriegsopferfrage Schritte näher kommen will.

Innerhalb der Leistungen der Kriegsopferversorgung setzte das Haushaltsstrukturgesetz am größten Teil der Kriegsopfer an: von den 2,1 Mio. Versorgungsberechtigten waren 1976 1027000 Witwen. Bis 1976 war der Teil der Leistungen, der an Kriegerwitwen bezahlt wurde, auf über 5 Mrd. DM (50%) aller Versorgungs- und Fürsorgeleistungen gegenüber 3,8Mrd. DM (30%) für die Beschädigten selbst angestiegen (Soziale Sicherung).

Mit der Änderung der Regelung der *Witwenbeihilfe* wurde dem ein Riegel vorgeschoben: Bisher gab es in der Regel für die Witwen, deren Mann 70% und mehr beschädigt war, Witwenbeihilfe; bei 50% und 60% MdE des Beschädigten mußte die Witwe eine um 25% geminderte Hinterbliebenenversorgung (dadurch verursacht) nachweisen. Jetzt wurde auch hier die Kausalität zur Generallinie erhoben; eine um 15% geminderte Hinterbliebenenversorgung wird jetzt zur Voraussetzung gemacht bei 50% bis 90% MdE des verstorbenen Beschädigten. Berechnet nach der Anzahl der heute lebenden Schwerbeschädigten wird es dadurch statt 260000 nunmehr mindestens 430000 solcher Prüfungen geben, in denen die Familienverhältnisse bis ins Kleinste ausspioniert und ausgeschnüffelt werden.

Ein ähnlich scharfer Einbruch konnte in der Versorgung der Beschädigten selbst erzielt werden: *Badekuren* werden jetzt nur noch unter „Berücksichtigung von Kurmaßnahmen anderer Sozialleistungsträger" gewährt. Ist z.B. ein Beschädigter zwecks Wiederherstellung seiner in der Produktion verschlissenen Arbeitskraft auf Kosten der Krankenkasse in Kur gegangen, kann er jetzt eine Badekur wegen seines Kriegsleidens erst in zwei Jahren beantragen. Ergebnis: Die für Heilbehandlung, Badekuren und Krankenbehandlung bewilligten Gelder sinken von 1977 bis 1978 um 31%

Scharf gekürzt wurde der *Berufsschadensausgleich* für Schwerbeschä-
Scharf gekürzt wurde der *Berufsschadensausgleich* für Schwerbeschä-
digte, denen bislang 40% der Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen des Berufs, den der Beschädigte aufgrund seiner Ausbildung und Fähigkeiten ausüben würde (Vergleichseinkommen), und seinem jetzigen Einkommen zuzüglich der Ausgleichsrente gezahlt wurde. Erstens wird jetzt das Vergleichseinkommen nur noch zu 75% angerechnet, sobald der Schwerbeschädigte das Alter erreicht hat, für das im ursprünglichen Beruf die Altersgrenze festgelegt ist oder aber, wenn er in seinem jetzigen Beruf von der „flexiblen Altersgrenze" (wegen Nichtschädigungsfolge) Gebrauch macht. Früher hatte das volle Vergleichseinkommen immer bis zum 65.Lebensjahr gegolten.

Zweitens wurde die Berechnungsformel für das monatliche Vergleichseinkommen so verändert, daß nicht mehr das aktuelle Einkommen der Berufsgruppe, der man angehört hätte, gilt, sondern eins, das, auf den bundesdeutschen Durchschnitt berechnet, über 200 DM weniger ausmacht.

Drittens: Wenn der Schwerbeschädigte aufgrund der Ruinierung seiner Gesundheit auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz gehen muß, gilt diese Einkommensverschlechterung als „Nachschaden", der nicht angerechnet wird, während früher diese Einkommensverschlechterung zu einem höheren Berufsschadensausgleich geführt hatte.

Der schärfste Angriff durch das Haushaltsstrukturgesetz wurde gegen die Fürsorgeempfänger geführt. So hat nur Anspruch auf Leistungen der Kriegsopferfürsorge, wer – schädigungsbedingt – trotz eigenem Einkommen nicht in der Lage ist, eine „angemessene Lebensstellung" zu erlangen (Ehepaar: 690 DM und Miete). Das schnelle Ansteigen der Ausgaben im Bereich Fürsorge bis 1975 wirft ein grelles Licht auf die immer elender werdenden Verhältnisse gerade der älteren Kriegsopfer.

Hier wurde zunächst einmal die Dauer des zu fördernden Erholungsaufenthaltes auf drei Wochen gekürzt, zudem „. . .kann dem Großteil unserer Kriegsopfer zugemutet werden, Erholungsaufenthalte vor allem für ihre Familienangehörigen durch angesparte Eigenmittel selbst zu finanzieren", schreibt Trometer aus dem Ehrenberg-Ministerium. Ergebnis: Beschleunigter Rückgang in der Antragstellung, der 1976 bereits zur Einsparung von 66,8 Mio. DM (44%) geführt hat. Das wird sich entsprechend auf die Lebenserwartung der Betroffenen auswirken.

Als nächstes wird jetzt bei der Erziehungsbeihilfe für Kinder der Anteil ihrer Wohnkosten in der Familie weggelassen. Hiervon sind vor allem die niedrigsten Einkommen betroffen: :„. . .bei ungüstigen wirtschaftlichen Verhältnissen tritt immer auch eine Kürzung der Erziehungsbeihilfe ein." (Dr. Pfeifer in „Behindertenrecht"). Das machte als Einsparung 1976 34,5 Mio. DM aus. Schließlich wurde die Wohnungsfürsorge ab 1977 gestrichen. Jetzt gibt es nur noch „Beratung": Geraten wird, beim Sozialamt Wohnungshilfe im Rahmen der Altenhilfe zu beantragen.

Die durch das Haushaltsstrukturgesetz beschlossenen Maßnahmen sind sämtlich so angelegt, daß die Einspa-
sämtlich so angelegt, daß die Einspa-
rungen erst richtig in den nächsten Jahren zur Geltung kommen werden, wenn kaum noch Witwen Anträge auf Witwenbeihilfe bewilligt bekommen und wenn sich der Gesundheitszustand der Beschädigten, denen die Erholungsfürsorge oder die Badekur vorenthalten wurde, so verschlechtert, daß sie früher sterben werden, was dann zum Anstieg der „natürlichen Abgangsquote" führt.

An den Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes wird eine Verschiebung der Kriegsopferfürsorge hin zur Sozialhilfe deutlich. Hin und her geschoben vom Versorgunsamt zur Fürsorgestelle, vom Sozialamt zum Sozialgericht, so stellt sich die Bourgeoisie die Kriegsopfer der 80ger Jahre vor. Unbrauchbar geworden für die Produktion, erwartet die Kriegsopfer auch keine bessere Lage als die übrigen Rentner, ihr Lebensstandard soll eher noch weiter gedrückt werden.

Daß in einer solchen Lage „Unruhe" entsteht unter den Betroffenen, schreibt Direktor Pfeifer, und gibt sich verwundert: „Auch bei den täglichen Beratungsgesprächen käme es oft zu Auseinandersetzungen."

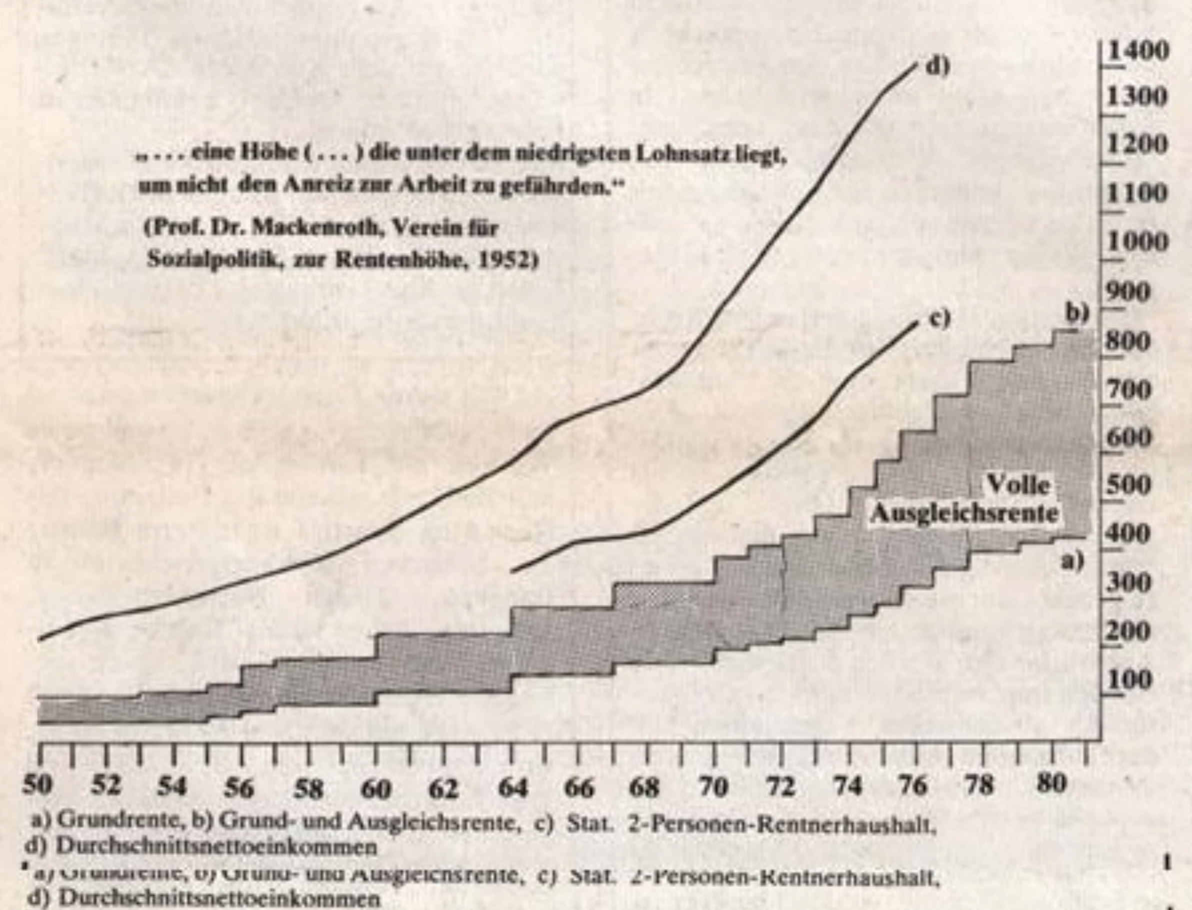
Das Ehrenberg-Ministerium versucht, in der Kriegsopferversorgung mit hundertfacher Spaltung auf Grundlage des BVG sowie den vielfältigen Neuregelungen, den Widerstand gegen diese Almosen und Schikane brutal zu unterdrücken. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bezirk Münsterland/Emsland)

Bürgerliche Medizin im Dienste des Rentenbetrugs

Zum Rentenbetrug abgerichtet werden sollen schon die Medizinstudenten, nach dem Motto: Traue keinem Patienten, er könnte ein Rentenjäger sein. Dazu ist es notwendig, daß der Arzt „sich dabei aber Mühe gibt, vorsichtiger und listenreicher zu sein als die Täuscher", denn „willensschwache, faule und betrügerische Menschen können oft der Versuchung nicht widerstehen" (Helm, Chirurgie). Klappt das nicht, einen kranken Menschen in einen „Rentenjäger" umzuwandeln, macht man sich sogar daran, die bürgerliche Wissenschaft umzulügen.

So heißt es z.B. in dem bereits erwähnten Buch des Bundesministeriums für Arbeits- und Sozialordnung über die „ärztliche Gutachtertätigkeit": „Die Fettleber kommt vor allem bei Überernährung (. . .), bei chronischem Alkoholismus und als Begleiterscheinung chronischer Darmkrankheit vor. Sie ist nicht die Folge von Jahre zurückliegenden Gefangenschaftseinflüssen." Anspruch auf Rente hat man nicht, wenn man etwas dicker ist oder zwei bis drei Flaschen Bier am Tag trinkt. Gefangenschaft soll überhaupt keine Ursache sein. Sie hat ja üblicherweise nichts mit üppigen Gelagen zu tun, sondern mit Hunger und schlechter Ernährung. Im gebräuchlichen Pathologie-Lehrbuch findet man folgendes: „Paradoxerweise kann es auch bei Hungerzuständen zur Leberzellverfettung kommen. Hunger führt zur Erhöhung freier Fettsäuren im Blut, zur Hyperlipidarzidämie (Fettleber, d. Verf.)." (Grundmann, S.19). Für die Gutachtertätigkeit soll das nicht gelten!

Kriegsopferrenten: Zwang zur Lohnarbeit durch Almosen



a) Grundrente, b) Grund- und Ausgleichsrente, c) Stat. 2-Personen-Rentnerhaushalt, d) Durchschnittsnettoeinkommen

a) Grundrente, b) Grund- und Ausgleichsrente, c) Stat. 2-Personen-Rentnerhaushalt, d) Durchschnittsnettoeinkommen

Das Schaubild zeigt: Die Kriegsopferrente ist ein Almosen und beinhaltet neben dem gesetzlichen auch den ökonomischen Zwang zur Lohnarbeit. Für das Schaubild haben wir einen verheirateten Kriegsbeschädigten ohne Kind, mit 70% MdE angenommen, der nicht mehr in die Ausbeutung gepreßt werden kann und daher zur Grundrente die volle Ausgleichsrente bekommt. (Ausgleichsrente bekommen nur 109000 Kriegsbeschädigte gleich 10,5%; Durchschnittshöhe 220 DM 1977, ohne 100% MdE). Er erhält keinen Berufsschadensausgleich (1977 nur 12% derKriegsbeschädigten).

Die Bourgeoisie zahlt nicht mal soviel Geld wie nötig ist, um das elende Niveau eines statistischen Rentnerhaushaltes zu erreichen, auch wenn man den Ehegattenzuschlag von derzeit 71 DM hinzurechnet. An Entschädigung für den Verlust seines einzigen Besitzes, der Arbeitskraft, denkt die Bourgeoisie erst recht nicht; deutlich wird dies beim Vergleich seiner Kriegsopferrente mit dem Durchschnittsnettoeinkommen.

Die SPD protzt groß mit der Reform der Kriegsopferversorgung (Dynamisierung), die sie 1970 vorgenommen hat. Die Untersuchung dieser Reform zeigt, daß die Kriegsopferrenten gesenkt wurden:

Im Vergleich mit den statistischen Ausgaben für einen Rentnerhaushalt wurden die Kriegsopferrenten von 77% im Jahre 1967 über 74% im Jahre 1970 auf 69% im Jahre 1974 gedrückt. Das Verhältnis der Kriegsopferrenten (in unserem Beispiel immer 70% MdE) zum Durchschnittseinkommen wurde von 47% im Jahre 1967 über 43% 1970 auf 41% 1974 gesenkt. Diese Verhältnisse „besserten" sich 1975 und 1976 (45%, bzw. 48%) durch die Senkung des Lohnniveaus.

Das wurmt die Bourgeoisie und mußte einen Mann vom Schlage Ehrenbergs zu „Reformen" beflügeln. Kürzung der Renten durch Verschiebung des Anpassungstermins, sowie in den nächsten drei Jahren minimale Erhöhungen. „Ausreichende Versorgung" schwätzt die Bourgeoisie. Ausreichend wozu? Noch kein Bourgeoispolitiker ist dafür eingetreten, daß alle, die nicht mehr arbeiten können, mindestens 75% des Facharbeiterlohns als Rente erhalten.

Mit all ihren Reformen will die Bourgeoisie die Massen betrügen. Dem kann man nur einen Riegel vorschieben, indem alle Versicherungskassen und auch die Kriegsopferversorgung zu einer einheitlichen Sozialversicherung zusammengefaßt werden, die von den Versicherten selbstverwaltet und von den Kapitalisten und dem Staat finanziert wird. In dieser Versicherung wird man sich auch auf die zusätzliche Versorgung der durch den Krieg oder die Produktionsschlacht besonders ruinierten Kollegen verständigen. Das muß man mit den Gewerkschaften durchsetzen und dafür müssen auch die Mitglieder der Kriegsopferverbände gewonnen werden.

(Zahlen: Soziale Sicherheit 1977, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

In der nächsten KVZ:
Das Arbeitsförderungsgesetz – Plünderung der Versicherungskasse durch die Kapitalisten – Ehrenberg als Oberaufseher der industriellen Resevearmee, Spaltung, Schikane, Lohndrückerei und Zwangsarbeit